



# Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 11 – 15. März 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

## DIESE WOCHE

### Aktuell

**Reise ins Morgenland**  
In wessen Auftrag forderte die Kanzlerin einen Regierungswechsel in Syrien? **2**

### Deutschland

**Die SPD-Hochburg wackelt**  
Die CDU versucht es bei dieser Bremen-Wahl mit jemand Unkonventionellem **3**

### Hintergrund

**China könnte obsiegen**  
Eine »Große Mauer aus Sand« und »Flugzeugträger-Killer« gegen die Westmächte **4**

### Preußen / Berlin

**Phantasie ist gefragt**  
Wider das Wohnungsproblem: Kleingärten sollen dauerhaft bewohnbar werden **5**

### Ausland

**Gemieden wie Aussätzige**  
Wahlsieger von Regierungsbeteiligung ausgeschlossen **6**

### Kultur

**Verschwispt und verschwägert**  
Mantegna und Bellini **9**

### Geschichte

**Ein Entenflügler mit vier Herstellernationen**  
25 Jahre »Eurofighter« **10**



Abserveiert: Hubertus Knabe, hier vor der Gerichtsverhandlung über seinen Verbleib am Arbeitsplatz

Bild: pa

## Der lange Arm der Stasi

Stecken ehemalige DDR-Kader hinter der Absetzung von Hubertus Knabe?

Seit die DDR von ihren Bürgern abgeschafft wurde, arbeiten alte SED-Kader und ehemalige Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) daran, eine breite Revision des DDR-Geschichtsbildes zu erreichen. Mit der umstrittenen Absetzung von Hubertus Knabe als Leiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen scheinen sie realistische Möglichkeiten zu sehen, ihrem Ziel näher zu kommen.

Weil es dem letzten SED-Chef Gregor Gysi, der die Parteiführung im Dezember 1989 übernahm, gelang, die Auflösung der Partei zu verhindern – das Hauptargument war, dass dann das Vermögen verloren gehe – stand der Partei, die sich nach viermaligem Namenswechsel heute Die Linke nennt, ihr gesamter riesiger Apparat nebst einem geschätzten Vermö-

gen von 24 Milliarden Mark weiter zur Verfügung. Diese umfangreichen Ressourcen konnten im Vereinigungsprozess und danach erfolgreich für ideologische Kampagnen eingesetzt werden. Eine Schlüsselrolle kam dabei von Anfang an dem „Kampf gegen rechts“ zu. In diesem Zusammenhang spielt die Amadeu Antonio Stiftung unter ihrer Vorsitzenden Anetta Kahane, alias Stasi-IM „Victoria“, eine Hauptrolle.

Ihr jüngstes Projekt war eine Fachtagung über den angeblichen „rechten Rand der DDR-Aufklärung“. Es ging bei dieser Tagung, die praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, auch um die Gedenkstätte in der ehemaligen Zentralen Untersuchungshaft-

anstalt des MfS in Berlin-Hohenschönhausen. Die Absetzung Knabes wurde begrüßt als Chance, das Gedenkstättenkonzept zu verändern. Es scheint sogar eine von den alten Seilschaften der Stasi initiierte Aktion gewesen zu sein. Jedenfalls sieht es ein ehemaliger MfS-Führungsoffizier so.

Von einer Filmproduzentin, die aktuell an einem Film über den Untergang der DDR arbeitet, erfuhr die Verfasserin dieser Zeilen, dass sie während ihrer Recherche auch bei dem ehemaligen MfS-Führungsoffizier Schwanitz angerufen habe. Es handelt sich dabei nicht um irgendeinen Stasi-Kader, sondern um den Sohn von Wolfgang Schwanitz, der lange Jahre Chef der Stasi-Bezirksverwaltung

Berlin und später als General im MfS sogar stellvertretender Minister war.

Schwanitz junior hielt die Anruferin für eine Sympathisantin und nahm daher kein Blatt vor den Mund. Er kam auf die Absetzung Knabes zu sprechen. Endlich sei es „uns“ gelungen, Knabe loszuwerden. „Wir“ würden nun nicht ruhen, bis der letzte Zeiteuge aus Hohenschönhausen verschwunden sei. Endlich müsse wieder klargemacht werden, dass in Hohenschönhausen nur Lumpen und Verbrecher gesessen hätten.

Diese Worte lassen keinen Zweifel daran, dass die Stasi-Seilschaften bei der Kaltstellung Knabes ihre Finger im Spiel hatten und sich auf gutem Weg sehen, ihre Geschichtsfälschungen mithilfe der Amadeu Antonio Stiftung nachhaltig verbreiten zu können.

Vera Lengsfeld

### Amadeu Antonio Stiftung als willfähriger Helfer

JAN HEITMANN:

### Undemokratisch

Nur dort, wo öffentliche Kontrolle möglich ist, wo ein System von Spielregeln die Träger staatlicher Macht verpflichtend bindet, ist Demokratie möglich. Kontrolle setzt jedoch Kenntnis der Personen und Tatsachen voraus. Demokratie kann somit nur dort herrschen, wo die Quellen der Information uneingeschränkt zugänglich sind, wo es dem Staatsbürger möglich ist, sich zwischen verschiedenen Meinungen und Überzeugungen frei zu entscheiden und so an der politischen Willensbildung verantwortlich teilzuhaben.

Das Bestreben, möglichst wenig über die eigene Tätigkeit öffentlich zu machen, kennzeichnet alle militärischen Strukturen und ist systemimmanent. Als Teil der Exekutive steht die Bundeswehr jedoch im Blickpunkt der Öffentlichkeit, die einen gesetzlichen Anspruch auf Informationen in Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat. Folglich war der regelmäßig vom Bundesverteidigungsministerium erstellte „Bericht zur Materiallage der Hauptwaffensysteme“ der Bundeswehr bisher öffentlich zugänglich – wenn auch angesichts der desolaten Einsatzbereitschaft für die Bundeswehr-Spitze höchst blamabel.

Nun hat das Ministerium dafür gesorgt, dass sich das nicht mehr wiederholt. Nicht etwa, indem es für eine Verbesserung der Materiallage gesorgt hat, sondern indem es den Bericht als „Geheim“ eingestuft hat. Selbst Bundestagsabgeordnete dürfen ihn nur in der Geheimschutzstelle des Parlaments einsehen. Über den Inhalt sprechen dürfen sie jedoch nicht. Damit werden die öffentliche Debatte und die politische Willensbildung hinsichtlich Einsätze, Ausrüstung, Personalstärke und Finanzierung der Streitkräfte erheblich erschwert. Demokratie geht anders.

## Verbrechen bleiben ungesühnt

Deutsche Behörden ignorieren Hinweise auf islamische Kriegsverbrecher

Die Strafverfolgungsbehörden haben 7000 Hinweise auf Kriegsverbrecher unter den in den letzten Jahren ins Land gekommenen Asylsuchern einfach ignoriert. Das kam durch eine Anfrage der FDP-Bundestagsabgeordneten Linda Teuteberg heraus.

Dass es Kriegsverbrecher unter den Asylsuchern in bedenklicher Anzahl gibt, ist durch gelegentliche Medienberichte bekannt, nach denen wirklich verfolgte Asylsucher – wie einige zuvor zwangsversklavte Jesidenfrauen – zufällig auf der Straße, in Asylunterkünften oder auch in sozialen Netzwerken ihre einstigen Peiniger oder Verfolger vom „Islamischen Staat“ in Deutschland wiedererkannt hatten.

Selbst solche Fälle wurden heruntergespielt oder oft sogar angezweifelt

Von 2014 bis 2019 habe das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge rund 5000 Hinweise auf „Straftaten nach dem Völkerrecht“ an das Bundeskriminalamt und den Generalbundesanwalt weitergeleitet, berichtet die „Bild“ unter Berufung auf das Bundesinnenministerium. Von anderen Behörden seien 2000 weitere Hinweise ähnlicher Art gekommen. Nur in 129 Fällen seien Ermittlungen aufgenommen worden. Noch erschütternder als diese Zahlen ist die

Erklärung des Innenministeriums für die behördliche Untätigkeit: „Die große Zahl der Hinweise hat es nicht zugelassen, allen zum Beispiel durch polizeiliche Vernehmungen unmittelbar nachzugehen.“

Dabei ist es nicht so, dass diese 7000 Verdächtigen nur in ihren Heimatländern zu Kriegsverbrechen fähig wären. Fast alle haben ihre mutmaßlichen Taten in islamischen Konflikten aus radikalislamischen Motiven begangen. Solche Verbrecher würden doch ihre Gesinnung mit ihrer Ankunft in Deutschland nicht einfach an den Nagel hängen,

benämigen Kritiker der behördlichen Untätigkeit. Zudem hätten sie durch ihre islamische Überzeugung gar kein Schuldbewusstsein. Vielmehr seien für viele gewalttätige Moslems solche Taten der Weg ins islamische Paradies, wie es schon so oft in den letzten Jahren durch Terror bezeugt sei.

Dieser Personenkreis stelle eine immense Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar, aber auch für das Asylrecht an sich in seiner derzeitigen Form, weil es massenhaft Schwerstverbrecher und Betrüger ins Land gelockt habe, welche die wirklich Verfolgten auch hier noch weiterverfolgten. Andernfalls hätte es diese 7000 liegengelassenen Anzeigen nicht gegeben. **B.B.**

## BfV gibt nach

Verfassungsschutz akzeptiert »Prüffall-Urteil«

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) „will nicht weiter mit der AfD darüber streiten, ob man sie als Prüffall bezeichnen dürfe“. Was wie ein freiwilliges Entgegenkommen wirkt, ist tatsächlich das Anerkennen eines Urteils des Verwaltungsgerichts Köln. Dieses hatte im Februar einem Eilantrag der AfD stattgegeben und der Behörde die Bezeichnung der Partei als Prüffall untersagt. Die AfD hatte argumentiert, der öffentliche Gebrauch dieses Begriffs durch den Verfassungsschutzpräsidenten Thomas Haldenwang habe einen „stigmatisierenden Charakter“. Auch das Gericht vertrat die Auffassung, der Bezeichnung Prüffall komme in der Öffentlichkeit eine negative Wir-

kung zu. Dieser Eingriff in die Rechte der AfD sei „rechtswidrig und auch unverhältnismäßig“.

Das BfV hätte Beschwerde gegen diese Entscheidung einlegen können, hat aber darauf verzichtet. Der Rechtsstreit solle nicht weiter „vom eigentlichen Thema ablenken“, teilte die Behörde mit. Womöglich steckt tatsächlich die Furcht dahinter, die AfD könne sich auch in der nächsten Instanz durchsetzen. Auch wenn sich die Klage der AfD nicht dagegen gerichtet hatte, dass das BfV sie prüft, sondern nur dagegen, dass das Amt dies öffentlich gemacht hatte, ist der Prozessausgang für den Verfassungsschutz und insbesondere für dessen Präsidenten eine peinliche Niederlage. **J.H.**



## MELDUNGEN

## Neuer Rekord bei Fluggästen

Wiesbaden – Während die Menschen in Deutschland „für das Klima“ auf die Straße gehen, haben sie keine Hemmungen, als Flugpassagiere erheblich zum Schadstoffausstoß beizutragen. Von den 24 größten Verkehrsflughäfen in Deutschland traten im Jahr 2018 rund 122,6 Millionen Passagiere eine Flugreise an, ein neuer Höchstwert seit Beginn der Aufzeichnungen. Laut Statistischem Bundesamt ist das ein Zuwachs um 4,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Pro Kalendertag starteten 2018 durchschnittlich knapp 336 000 Passagiere eine Flugreise. Das entspricht in etwa der Bevölkerung der Stadt Bielefeld. Der Flugverkehr mit dem Ausland, auf den etwa vier Fünftel aller Fluggäste entfallen, hat sich mit einer Steigerung von 5,5 Prozent auf 99,0 Millionen Passagiere stärker erhöht als der gesamte Flugverkehr. Die Zahl der Passagiere mit einem Ziel im Inland nahm mit 23,5 Millionen dagegen um 0,8 Prozent leicht ab. J.H.

## Meinolf Michels verstorben

Großeneder – Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Meinolf Michels ist am Montag vergangener Woche im Alter von 83 Jahren verstorben. Während seiner 22-jährigen Parlamentszugehörigkeit als Direktkandidat für den Wahlkreis Höxter-Lippe II zeigte er nicht nur auf seinem Fachgebiet Landwirtschaft Profil. So kämpfte er gemeinsam mit seiner Parteifreundin Erika Steinbach gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und stimmte im Bundestag 1991 dagegen. Geboren am 2. November 1935 in Großeneder, Kreis Höxter, besuchte Michels nach dem Volksschulabschluss die Landwirtschaftliche Fachschule und übernahm den elterlichen Betrieb. Seit 1972 fungierte er als Kreislandwirt und Vorsitzender des Kuratoriums der Landvolkhochschule Hardehausen. Er hatte zahlreiche politische und gesellschaftliche Ämter und Mandate inne: Mitglied des Gemeinderates von Großeneder von 1964 bis 1974, Mitglied der Amtsvertretung Borgentreich von 1969 bis 1974, Mitglied des Rates der Stadt Borgentreich seit 1975, ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Großeneder von 1969 bis 1974 und der Stadt Borgentreich seit 1976, Mitglied des Kreistages seit 1969, stellvertretender Landrat des Kreises Warburg von 1969 bis 1974 und des Kreises Höxter seit 1975 und viermal direkt gewähltes Mitglied des Bundestages von 1980 bis 2002. Als Abgeordneter war er Obmann der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der CDU/CSU-Fraktion sowie Vertreter der Bundesrepublik in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und zugleich Vertreter in der Versammlung der Westeuropäischen Union. Für seinen sozialen Einsatz erhielt er 1989 die päpstliche Auszeichnung Komtur des Silvesterordens, außerdem das Bundesverdienstkreuz am Bande und für seine Verdienste im berufsständischen Bereich 2002 vom Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverband die Schorlemer-Plakette in Silber. Weggefährten haben ihn als gradlinig und wertorientiert in Erinnerung, Pflichtgefühl, Verantwortung und Zivilcourage hätten bei ihm oberste Priorität gehabt. Er habe immer „klare Kante“ gezeigt; bei ihm habe man immer gewusst, „woran man war“. J.H.

## Merkel gießt Öl ins Feuer

In wessen Auftrag forderte die Kanzlerin von der Arabischen Liga einen Regierungswechsel in Syrien?

Nach dem Gipfel der EU mit der Arabischen Liga in Sharm-el-Sheikh erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem Pressestatement am 26. Februar zum Thema Syrien, dass dort ein politischer Veränderungsprozess nötig sei und führte dazu aus: „Ich habe die Mitgliedstaaten der Arabischen Liga gebeten, mit uns gemeinsam auf diesen politischen Veränderungsprozess hinzuwirken. Das heißt für mich: Verfassungskomitee und dann eine inklusive Beratung darüber, wie die Ordnung Syriens in Zukunft aussehen kann.“

Diese Erklärung wirft eine Reihe von Fragen auf. Zuerst stellt sich die nach der Vereinbarkeit des für Syrien von außen beabsichtigten Regimewechsels mit dem völkerrechtlichen Verbot der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates. Dieses Interventionsverbot dient dem Schutz der Souveränität der Staaten und des Selbstbestimmungsrechts der darin lebenden Völker. Der Schutzbereich dieses Verbotes ist aufgrund der zunehmenden Zusammenarbeit der Staaten in den vergangenen Jahrzehnten tendenziell zwar kleiner geworden. Es besteht jedoch im Völkerrecht Einigkeit darin, dass ein Aufruf zum Regierungswechsel ebenso wie die darauf abzielenden Aktivitäten jedenfalls dann diesem Verbot unterfallen, wenn die Initiative von der Regierung eines anderen Staates ausgeht. Dies ist durch Merckels Aufforderung zur Einleitung „eines politischen Veränderungsprozesses“ erfolgt. Damit hat die Bundesregierung ein in der UN-Charta fixiertes Grundprinzip des Völkerrechts erkennbar verletzt. Sodann stellt sich die Frage, was Merkel veranlassen könnte, gerade jetzt die Forderung nach einem Regimewechsel in Syrien zu stellen. Immerhin sind dort mittlerweile die Kämpfe zwischen den Bürgerkriegsparteien weitgehend beendet. Der Islamische Staat (IS) ist besiegt, und man diskutiert nun über die Frage der Rückführung der islamischen Terroristen in die Herkunftsländer. Hunderttausende Syrer, die in der Türkei Zuflucht gefunden hatten, sind bereits in ihre Heimat zurückgekehrt. Die syrische Regierung hat die Kontrolle über den allergrößten Teil des Staatsterritoriums zurück gewonnen. Sie fordert die ins Ausland geflüchteten Staatsangehörigen auf heimzukehren, um am Wiederaufbau ihres zerstörten Landes mitzuwirken. Arabische Nachbarstaaten, welche die diplomatischen Beziehungen nach

2011 unterbrochen hatten, beziehen sukzessive wieder ihre Botschaften in Damaskus. Sogar der Tourismus kommt langsam in Gang. Der französische Reiseveranstalter Clio bietet Reisen zu kulturhistorischen Stätten in Syrien an. Daraus folgt: Syrer sind weder zu Hause noch in Deutschland noch schutzbedürftig. Mit ihrer Rückführung nach Syrien kann begonnen werden. Ein Anspruch auf Asyl oder subsidiären Schutz besteht nur so lange, wie die fluchtbegründende Situation im Heimatstaat anhält.

Allerdings zeichnet im Widerspruch dazu das Auswärtige Amt in Berlin immer noch ein Bild von Syrien in den düstersten Farben mit dem Ergebnis, dass die Innenminister der Bundesländer Abschiebungen nach Syrien weiterhin nicht zulassen wollen. Da Deutschland derzeit in Syrien keine diplomatische Vertretung hat, fragt es sich, aus welchen Quellen dieses verheerende Bild gespeist werden könnte. Liegt es vielleicht einfach darin begründet, dass hier das ideologisch-propagandistische

taktische mit der syrischen Regierung, um die echten Syrer zu identifizieren und um eine vertragliche Garantie für die Sicherheit der zurückgeführten Personen zu erhalten. Dies wird jedoch mit der Begründung abgelehnt, das Assad-Regime habe sich schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht. Zugleich aber unterhält die Bundesregierung gute Beziehungen zu anderen Staaten der Region, wie beispielweise Saudi-Arabien oder den Iran, deren Liste mit schwe-

Deutschland entstehen? In wessen Auftrag handelt sie dabei? Jedenfalls nicht im Auftrag der Mehrheit des deutschen Volkes und offensichtlich auch nicht der Mehrheit der Menschen in der EU. Wen meint sie eigentlich, wenn sie die arabischen Staaten auffordert, „mit uns gemeinsam“ auf politische Veränderungen in Syrien hinzuwirken? Schließlich bleibt auch die Frage offen, woraus die Kanzlerin die Legitimation ableitet, für ein Volk auf einem anderen Kontinent zu sprechen und von welchem Demokratieverständnis sie sich leiten lässt, wenn sie dem syrischen Volk vorschreiben will, wie seine politische Ordnung Syriens auszusehen hat. Hat sie nichts gelernt aus den desaströsen westlichen Versuchen, anderen, insbesondere islamischen Staaten, ein ihnen fremdes Regierungssystem aufzuzwingen? Sie endeten stets in einer Katastrophe, ob in Afghanistan, dem Irak oder Libyen. Chaos und Fluchtbewegungen sind heute noch allort zu spüren. Jedes Volk muss für sich selbst entscheiden, welches das geeignete politische System für sein Land ist. Dazu braucht es keine Einmischung von außen, schon gar nicht von einer Regierungschefin, die nicht nur ihr Land, sondern ganz Europa gespalten hat. Die Kanzlerin sollte in der ihr noch verbleibenden Zeit lieber Ordnung in dem Land schaffen, das sie seit 13 Jahren – inzwischen mit merklichen Demokratiedefiziten behaftet – verwaltet, dessen Grenzen offen sind, dessen Armee wehrunfähig ist, dessen Bildungs- und Pflegesysteme notleidend sind, ein Land, in dem die seit 2015 von ihr unter Verletzung von nationalem und EU-Recht ins Land geholten etwa 1,5 Millionen Ausländer zum Teil unkontrolliert mit mehreren Identitäten rechtswidrig mehrfach Sozialleistungen beziehen, während gleichzeitig die Alters- und Kinderarmut der Deutschen evident zunimmt. Es ist ein Land, das viele der „schon länger hier Lebenden“ mit einem Irrenhaus vergleichen. Gerd Seidel



Auf dem Gipfel der EU mit der Arabischen Liga in Sharm-el-Sheikh: Angela Merkel

Bild: pa

## Warum Ex-PVV-Politiker zu Muslimen werden

Mit Joram van Klaveren ist nach Arnoud van Doorn ein weiterer früherer Weggefährte Geert Wilders' konvertiert

Einmal ist keinmal, zweimal ist immer. Mit Joram van Klaveren ist bereits das zweite Mal ein ehemaliger Parlamentarier der niederländischen Freiheitspartei (PVV) von Geert Wilders, die im Islam keine Religion, sondern eine politische Ideologie sieht, zum Islam übergetreten. Dieser als auch der vorangegangene Wechsel von Arnoud van Doorn hinterlassen Fragen. Van Klaveren saß ab 2010 sieben Jahre lang – davon vier für die PVV – im niederländischen Parlament. In diesem Zeitraum geizte er nicht mit markigen Kommentaren über den Islam und dessen Propheten. So bezeichnete er beispielsweise Mohammed als „Gäuner“ oder „Lügner“ und den Koran als „Gift“. Nach sieben Jahren an der Front der Islamkritiker wechselte der studierte Theologe und Religionswissenschaftler, der sich früher für Verbote von Burkas und Minaretten stark machte, ins Lager seiner Gegner und bekennt sich nun zur Religion Mohammeds.

Angeblich kam es zu diesem Sinneswandel im Zuge einer Recherche rund um ein weiteres kritisches Buch, das er über den

Islam schreiben wollte. Nach seiner Konversion meinte van Klaveren, über Mohammed, dessen historische Existenz von vielen Wissenschaftlern wie dem verstorbenen Nestor der holländischen Islamforschung, Hans Jansen, in Frage gestellt wird, seien „viele Lügen im Umlauf“. Seine früheren Ansichten über den Islam seien „schlicht falsch“, erklärte van Klaveren nach seiner Konversion. Der PVV, die sich 2004 nach der Ermordung Theo van Gogh durch einen radikalen Moslem gebildet und ihn bereits 2014 nicht mehr aufgestellt hatte, ließ er ausrichten, dass sie dem Islam „alles Schlechte in die Schuhe schiebt“. Der erste berühmte Islamkonvertit aus den Reihen der PVV war im Jahr 2011 Arnoud van Doorn. Auch damals rätselten die Medien über die Motive der Konversion. Auch van Doorn hatte sich vorher mit der PVV und seinem Ziehvater Geert Wilders verkracht, der ihn sogar aus der Partei hinausgeworfen hatte, weil er weiche Drogen an Minderjährige abgegeben haben soll. Van Doorn verlagerte seine eigenen Religionswechsel nach politische Tätigkeit um 180 Grad

und trat in die islamische „Partij van de Eenheid“ (PvdE) ein, die ihm seinen unislamischen Drogenkonsum verzieh und ihn zum Vorbildmuslim hochstilisierte und sogar für den Stadtrat aufstellte. In der Zwischenzeit war



Joram van Klaveren Bild: Imago

van Doorn zum islamischen Medienstar geworden. Tausende Muslime folgen ihm auf Twitter. Der TV-Sender „Al-Dschasira“ interviewte ihn. In diesem Interview verteidigte er nicht den Drogenkonsum, aber den Dschihad

und den Salafismus, der auch Gewalt in der Religion gutheißt.

Im vergangenen Jahr unterstellte die Haager PVV-Stadträtin Willie Dille wenige Tage vor ihrem Selbstmord van Doorn, einige Marokkaner angestiftet zu haben, ihr aufgrund ihrer Islamkritik mit Entführung und Vergewaltigung zu drohen und sie einzuschüchtern. Da die Sozialarbeiterin, die neben fünf eigenen Kindern zwölf behinderte Kinder bei sich aufgenommen hatte, keine Belege für diese Anschuldigungen liefern konnte, stellten die Behörden die Ermittlungen allerdings ein.

Geert Wilders bekämpft nicht die islamische Religion, sondern den Islam als politische Ideologie, die sich auf illegitime Weise als Religion ausgibt, um von den verfassungsmäßig garantierten Religionsprivilegien zu profitieren. Offenbar sieht die Mehrheit der Muslime in Holland den Islam auch in erster Linie als politische Ideologie, sonst hätte sie van Doorn und jetzt van Klaveren nicht deren Islamkritik verziehen. Denn bei beiden haben die strengen Salafisten, die bei Prophetenkritik auch schon Todesstrafen ausgesprochen haben, darauf verzichtet, weil diese

offenbar den Islam nicht als Religion gesehen und kritisiert, sondern als politische Ideologie kritisiert hatten. In Deutschland ist die Politik noch nicht so weit, hier durfte ein AfD-Bundestagsabgeordneter nicht Bundestagsvizepräsident werden, weil er im Islam keine Religion, sondern eine politische Ideologie gesehen hatte.

Beide Islamkonvertiten aus der Wilders-Partei, gehören, wie ihr Name „van“ schon sagt, zum holländischen kalvinistischen Adel, der in rechtskonservativen Kreisen bis heute eine große Rolle spielt. Die strengen konservativen Calvinisten hatten in ihren Kämpfen gegen die katholischen spanischen Habsburger ab dem 16. Jahrhundert ein Zweckbündnis mit den Osmanen geschlossen. Sie wollten „lieber Muslime als Papisten“ sein. Aus dieser Zeit stammt das zweideutige Verhältnis vieler calvinistischer Holländer zum Islam. Solange die Calvinisten diesen Kampf zusammen mit den Muslimen führten, bis ins 18. Jahrhundert, waren sie selbst eine Minderheit in ihrem Land und hatten große Sympathien für den Islam, die jetzt bei einigen wieder hochkommen. Bodo Bost

# Die SPD-Hochburg wackelt

Die CDU versucht es bei der Bremischen Bürgerschaftswahl mit einem unkonventionellen Herausforderer

**Am 26. Mai wird neben dem Europaparlament auch die Bremische Bürgerschaft neu gewählt. Der Stadtstaat war für die SPD jahrzehntelang eine sichere Bank. Das könnte sich nun ändern.**

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die Bürger-schaft der Freien Hansestadt Bremen bereits 19 Mal gewählt. Dabei gab es stets eine Konstante: Die SPD lag immer vorne. Und nur einmal, 1995, war es wirklich knapp. Bei der letzten Wahl 2015 waren 32,8 Prozent für die Sozialdemokraten zwar ihr schlechtestes Ergebnis seit 1945, sie lagen damit aber immer noch deutlich vor den Christdemokraten, die auf 22,4 Prozent kamen. Für die CDU waren Bremen und der angeschlossene Wahlbezirk Bremerhaven immer ein schwieriges Pflaster.

Doch Anfang Februar lag die Partei in einer Umfrage erstmals vor der SPD. Das Ergebnis von 25 zu 24 sagt allerdings auch aus, dass die CDU weniger von ihrer eigenen Stärke als von der Schwäche der SPD profitiert. Vor vier Jahren hatte Bürgermeister Jens Böhrnsen nach dem schlechten Abschneiden seiner Partei bei der Wahl seinen Rücktritt eingereicht. Nun verliert die Partei laut Umfragen weiter an Rückhalt. Im Mai 2018 hatte die SPD noch 26 Prozent erreicht. Nun büßte die Partei von Bürgermeister Carsten Sieling zwei weitere Prozentpunkte ein. Von ihrem selbst gesteckten Ziel für die Bürgerschaftswahl ist die CDU allerdings auch noch weit entfernt: Spitzenkandidat Carsten Meyer-Heder strebt ein Wahlergebnis von 35 Prozent an. Das erscheint derzeit utopisch. Dennoch könnte der CDU-Kandidat versuchen, eine Regierung zu stellen, sollte die Union tatsächlich stärkste Kraft werden. Rechnerisch – und das lässt die SPD hoffen – dürfte es auf jeden Fall für Rot-Rot-Grün reichen. Die Öko-Partei könnte mit 18 Prozent ein Rekordergebnis erreichen. Zudem wird die Linkspartei in ihrer Westhochburg ziemlich sicher auch ein zweistelliges Resultat einfahren.

Meyer-Heder kalkuliert hingegen auf ein Jamaika-Bündnis, was allerdings derzeit rechnerisch keine Mehrheit hätte, da die FDP lediglich auf sechs Prozent kommt. Zusätzlich verkompliziert werden Vorhersagen über die zukünftigen Machtverhältnisse in der Bürgerschaft durch die Besonderheit, dass in Bremen beide Wahlbezirke gesondert ausgezählt werden. So reicht das Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde in Bremerhaven für ein Mandat im Stadt-

Jahres Schlagzeilen machte, als er von mutmaßlichen Linksextremisten zusammengeschlagen wurde. Im Rennen um den ersten Listenplatz setzte sich Magnitz in einer Kampfabstimmung gegen den in Bremen durchaus bekannten TV-Journalist Hinrich Lührssen durch, der prompt zu den Bürgern in Wut wechselte und dort nun als Frontmann im Wahlbezirk Bremen antritt. Für die Machtverhältnisse spielen diese inner-rechten Kabalen freilich keine

mokratisch regiert wird, ist eine entscheidende für die Zukunft der gesamten SPD“, sagte Sieling. Bei der Wahl gehe es auch darum, welches Gewicht und welche Bedeutung die „traditionsreiche und wichtige Partei“ SPD für Deutschland weiter haben werde. Für die schlechten Umfragewerte machte der Regierende Bürgermeister die bundespolitische Lage verantwortlich. „Der schwierige Bundestrend für die SPD geht auch an Bremen nicht vorbei“, sagte Sie-

Quereinsteiger in die Politik“. Er sei ein Selfmade-IT-Unternehmer, der nie Plakate geklebt habe und der über Parteitage noch staunen könne, wie das alles so laufe. Er „wirkt wie eine heitere Mischung aus Wrestler und Shanty-Chor-Sänger, er redet ungeschliffen, bricht manchmal Sätze ab, steht zu Wissenslücken und denkt völlig unideologisch. Er redet über die SPD nicht schlecht, findet Robert Habeck von den Grünen gut und hinterfragt mit einer entwaff-



Am Lankenauer Höft in Bremen: Der CDU-Bürgermeisterkandidat Carsten Meyer-Heder

Bild: Imago

parlament. Dies gelang in den 80er und 90er Jahren der rechten Deutschen Volksunion ebenso wie zuletzt der konservativen Wählervereinigung Bürger in Wut (BIW) um den ehemaligen Kriminalbeamten Jan Timke, der in bewusster Konkurrenz zur AfD, deren krisengeschüttelter Verband in Umfragen immerhin auf acht Prozent kommt, ins Rennen geht. AfD-Spitzenkandidat ist der Bundestagsabgeordnete Frank Magnitz, der zuletzt Anfang des

Rolle, auch wenn regionale Medien unverhohlen darauf hoffen, dass die Konkurrenz-kandidaturen dazu führen werden, dass sowohl die AfD als auch die BIW an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern werden.

Bürgermeister Sieling kämpft unterdessen im von Arbeitslosigkeit und schleppendem Strukturwandel geprägten Stadtstaat um sein politisches Überleben. „Die Frage, wie Bremen abschneidet, und dass Bremen weiter sozialde-

ling im Interview mit der von Radio Bremen produzierten Fernsehsendung „buten un binnen“. „Wir liegen aber immerhin gute neun Prozentpunkte über dem Bundesschnitt. Und das zeigt, dass wir eine gute Arbeit machen.“

Dies sieht sein christdemokratischer Herausforderer ganz anders. Der Nachrichtensender NTV beschreibt den Zwei-Meter-Mann Carsten Meyer-Heder, der erst im März vergangenen Jahres CDU-Mitglied wurde, als „krassen

nend offenen Art das schablonenhafte Politsprech der Konkurrenz. Gerade weil er als Polit-Neuling unbelastet antritt, trauen ihm immer mehr Bremer zu, den Filz von 70 Jahren tatsächlich irgendwie zu überwinden“, heißt es in einem „Carsten Meyer-Heder: Der Soft-Rocker der CDU“ überschriebenen Porträt im Meinungs- und Debattenmagazin „The European“. Der 57-Jährige könnte tatsächlich zum ultimativen Albtraum der SPD werden. Peter Entinger

## MELDUNGEN

### Zahl der Gefährder hoch

**Berlin** – Trotz der Abschiebung von 52 Ausländern, die dem islamistisch-terroristischen sowie islamistisch-extremistischen Spektrum zugerechnet werden, ist die Zahl der salafistischen Gefährder nicht gesunken. Anfang Februar hielten sich 446 Personen in Deutschland auf, denen die Sicherheitsbehörden zutrauen, „dass sie erhebliche Straftaten begehen könnten“. 330 von ihnen befanden sich nicht in Haft. Keiner der Gefährder trug eine elektronische Fußfessel, wie die Bundesregierung auf eine schriftliche Frage des AfD-Abgeordneten Martin Hess mitteilte. Im Jahr 2017 waren auf Veranlassung des Gemeinsamen Terrorabwehrzentrums von Bund und Ländern 57 Gefährder und weitere radikale Islamisten aus Deutschland abgeschoben worden. D.J.

### Dieselfahrverbote schmerzen

**Frankfurt/Main** – Rund 71 Prozent der deutschen Arbeitnehmer kommen täglich mit dem Pkw zur Arbeit. Fünf Prozent davon sind nach eigener Aussage direkt vom Fahrverbot für Dieselfahrzeuge betroffen. Das ist das Ergebnis der neuesten Netigate-Umfrage zu den Arbeitswegen von Angestellten in Deutschland. Dieser Wert möge gering erscheinen, sei für die Betroffenen jedoch teils mit gravierenden Folgen verbunden, so das Online-Umfrageinstitut. Für die Mehrheit der betroffenen Pendler führen die Fahrverbote zu längeren Arbeitswegen und steigenden finanziellen Ausgaben für den Weg zur Arbeit. Ein Wechsel auf öffentliche Verkehrsmittel erscheint der Umfrage zufolge vielen Betroffenen gerade in den von den Dieselfahrverboten betroffenen Ballungsräumen als wenig attraktive Alternative. 78 Prozent aller Befragten gaben an, von ihrem Arbeitgeber keine Unterstützung zur Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs zu erhalten. J.H.

## Ausreise ins soziale Elend

Sorge um Altersarmut unter jüdischen Kontingentflüchtlingen – Klage über Ungleichbehandlung gegenüber Spätaussiedlern aus Russland

**K**ontingentflüchtlinge jüdischen Glaubens sollen zukünftig Russlanddeutschen bei der Rente gleichgestellt werden. Schließlich seien auch die Vorfahren der russischen Juden im Mittelalter aus Deutschland ins Russische Reich ausgewandert, woran noch die mittelhochdeutsche jiddische Sprache der Ostjuden erinnert.

Ende der 1980er Jahre hatten die jüdischen Gemeinden in Deutschland gerade noch 30 000 Mitglieder, religiöses jüdisches Leben stand in vielen Gemeinden kurz vor dem Erliegen. Heute gibt es wieder knapp 100 000 Gemeindeglieder, zu etwa 90 Prozent sowjetische Juden.

Seit damals sind etwa 230 000 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion aufgrund einer Kontingentregelung nach Deutschland eingereist. Möglich gemacht hatte es die deutsche Vereinigung, denn die letzte demokratisch gewählte DDR-Volkskammer hatte, weil die DDR eine Entschädigung für Juden abgelehnt hatte, ein Gesetz zur Entschädigung russischer Juden verabschiedet, das dann später in das Wiedervereinigungsgesetz übernommen wurde.

Die Einwanderung von jüdischen Kontingentflüchtlingen dauerte bis Ende 2004. Nachdem 2003 bis Anfang 2004 mehr Juden aus der ehemaligen UdSSR nach Deutschland als nach Israel ausgewandert waren, schlugen Israel und die Jewish Agency Alarm. Deutschland schloss daraufhin die jüdischen Kontingentflüchtlinge im Januar 2005 in das neue Zuwanderungsgesetz ein.

Seit 2005 können Juden nur noch nach einer Art Punktesystem einwandern. Nachgewiesene Deutschkenntnisse, eine nachweisbare positive Integrationsprognose (Arbeitsplatz) und die Zusage, Mitglied in einer jüdischen Gemeinde werden zu können, gehören dazu. Nur noch knapp 100 jüdische Kontingentflüchtlinge kommen seitdem jährlich nach Deutschland, die Zahl der in den jüdischen Gemeinden registrierten Menschen sinkt seitdem, sie liegt inzwischen wieder unter 100 000 Mitgliedern.

Unter den jüdischen Zuwanderern bis 2005 war der Anteil älterer Menschen sehr hoch. Viele dieser Rentner gingen nicht nach Deutschland wegen einer besonderen Zuneigung zu dem Land,

sondern weil es das einzige Land war, das ein solches Angebot für alle Juden gleich welchen Alters machte.

Viele dieser Kontingentflüchtlinge waren in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion alleingelas-

halb blieb für sie nur der Weg nach Deutschland, wenn sie nicht den Weg ins soziale Ghetto in Russland antreten wollten. Der Weg in die Altersarmut und Alterslosigkeit war jedoch auch in Deutschland programmiert,



Keine Perspektive: Juden aus Osteuropa in Deutschland Bild: Imago

sen worden, weil ihre Kinder und Enkel bereits in die USA, Israel oder nach Kanada gegangen waren, wo sie bessere Angebote bekamen.

Ältere Menschen haben die Vereinigten Staaten zum Beispiel jedoch nicht aufgenommen, des-

das hätten Demografen schon vor 20 Jahren vorausberechnen können. Neuerdings wächst der Druck auf die Bundesregierung dagegen zu handeln, auch im Koalitionsvertrag war ein Passus über diese Menschen eingebracht worden.

Da es jedoch keine Sozialversicherungsabkommen zwischen Deutschland, Russland und den meisten anderen postsowjetischen Staaten gibt, werden Rentenansprüche aus dem Herkunftsland der jüdischen Zuwanderer hierzulande nicht anerkannt. Dies bedeutet eine rentenrechtliche Schlechterstellung gegenüber der Gruppe der Spätaussiedler, deren Sozialversicherungsansprüche aus den Herkunftsstaaten bei der Rentenberechnung in Deutschland zu 60 Prozent berücksichtigt werden. Anders als die Russlanddeutschen, die oft in Generationen und großen Familienverbänden nach Deutschland einreisen und durch ihre Nachkommen für Rentengerechtigkeit in der Zukunft sorgen, reisten die jüdischen Kontingentflüchtlinge meistens ohne Kinder und oft im Rentenalter nach Deutschland ein.

Kürzlich forderte der Bundesrat daher in einer Entschließung die Regierung auf, die Möglichkeit einer Gleichbehandlung der jüdischen Kontingentflüchtlinge mit Spätaussiedlern im Rentenrecht zu prüfen. In einer ersten Lesung hat der Bundestag dies jedoch noch verschoben.

Aber der Druck von Verbänden und Lobbygruppen wird immer stärker, die beiden Gruppen rentenmäßig gleichzusetzen. Immer mehr wird eine Ungleichbehandlung von russlanddeutschen Spätaussiedlern und jüdischen Zuwanderern auch mit historischen Argumenten kritisiert. Nicht nur die Vorfahren der als deutschstämmig betrachteten Spätaussiedler, auch die der jüdischen Aussiedler aus der früheren Sowjetunion seien vor Jahrhunderten einst von deutschem Gebiet aus dorthin eingewandert.

„Die im Mittelalter aus Aschkenas (Deutschland) ausgewanderten Juden waren allemal so deutsch wie die Vorfahren der sogenannten Russlanddeutschen“, sagt etwa der jüdische Soziologe Micha Brumlik. Die jiddische Sprache der Ostjuden hätte er als Beweis anfügen können. Wenn die Kontingentflüchtlinge sich jedoch noch als Deutsche gefühlt hätten, hätten auch sie Anträge nach dem Vertriebenengesetz stellen können, was jedoch nur ganz wenige getan hatten, denn dazu hätten sie einen Sprachtest wie die Russlanddeutschen seit 1992 ablegen müssen. Bodo Bost

## Zeitzeugen



Bild: October Antilong

**Xi Jinping** – Während eines Treffens mit dem US-Verteidigungsminister James Mattis sagte der chinesische Staatspräsident im Juni 2018 mit Blick auf das Südchinesische Meer, das Peking weitgehend als sein Hoheitsgebiet betrachtet: „Vom Territorium, das uns unsere Vorfahren hinterlassen haben, werden wir kein Stück verloren geben.“ Regelungen, die auf etwas anderes hinausliefen, seien „null und nichtig.“

**Dai Xu** – Der Oberst der Luftwaffe der chinesischen Volksbefreiungsarmee und Präsident des Instituts für maritime Sicherheit und Zusammenarbeit schlug Anfang Dezember 2018 vor, jedem US-Kriegsschiff, das im Südchinesischen Meer „provokiere“, künftig zwei Schiffe der Marine Pekings entgegenzusetzen: „Eines, um es zu stoppen, und eines, um es zu rammen.“



Bild: PACOM Department of Defense

**Philip Davidson** – Für den US-Admiral und Chef des Indo-Pacific Command steht fest, dass Pekings Griff nach den Inseln im Südchinesischen Meer erhebliche strategische Konsequenzen haben wird: Seien diese erst „einmal besetzt, könnte China sein Einflussgebiet tausende Meilen Richtung Süden verschieben und seine Macht in Ozeanien bündeln“ – nicht zuletzt auf Kosten der US-Präsenz in der Region.

**Zhao Junhai** – Nachdem das chinesische Forschungstauchschiff „Jiaolong“ (Meeresdrachen), das Bodenschätze auf dem Grunde des Südchinesischen Meeres lokalisieren soll, dort auch mehrmals China-Flaggen platziert hatte, frohlockte der zuständige Projektleiter: „Einige Länder mögen sich provoziert fühlen, aber das macht nichts ... Das Südchinesische Meer gehört China, und ich möchte den sehen, der sich traut, das anzuzweifeln.“



Bild: US Army

**Eric Edelman** – Ende 2018 legte eine vom US-Kongress eingesetzte Expertenkommission unter der Leitung des früheren Under Secretary of Defense for Policy und Diplomaten ihren Abschlussbericht über die künftigen Verteidigungsstrategien der Vereinigten Staaten vor. Darin hieß es unter anderem, dass die USA im Krieg gegen China eine Niederlage kassieren könnten, wenn man kein Mittel zur Neutralisierung der „Flugzeugträgerkiller-Raketen“ der Volksbefreiungsarmee finde.

## China könnte obsiegen

Eine »Große Mauer aus Sand« und »Flugzeugträger-Killer« gegen die Westmächte

Im Südchinesischen Meer entsteht derzeit eine „Große Mauer aus Sand“, warnt der frühere Oberbefehlshaber des U.S. Pacific Command und nunmehrige US-amerikanische Botschafter in Südkorea, Admiral a.D. Harry Harris. Und tatsächlich lässt Peking in dem umstrittenen Seegebiet zahlreiche Riffe und Inseln zu Seefestungen ausbauen, um seinen Herrschaftsbereich zu erweitern.

Das Südchinesische Meer, das sich zwischen der Volksrepublik China, Taiwan, Malaysia, Brunei, Singapur, den Philippinen, Indonesien und Vietnam befindet, ist von höchster wirtschaftlicher und strategischer Bedeutung. Es verfügt über einen reichen Fischbestand und enorme Öl- und Gasvorkommen. Außerdem verlaufen hier wichtige Schifffahrtsrouten. So fahren drei Mal mehr Öltanker durch das Südchinesische Meer als durch den Suezkanal. Insgesamt muss etwa die Hälfte aller auf dem Seewege

transportierten Waren dieses pazifische Randgewässer passieren.

Seit 2009 beansprucht Peking rund acht Zehntel des Seegebietes für sich. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Spratly-, Senkaku-, Paracel-, Dongsha- und Zhongsha-Inseln, deren Riffe und Korallenatolle oft nur bei Ebbe aus dem Wasser ragen, aber angeblich zum Territorium der Volksrepublik gehören. Wenn dem tatsächlich so wäre, hätte China das Recht auf eine umliegende Wirtschaftszone von 200 Seemeilen. Allerdings wies der Ständige Schiedshof in Den Haag genau diesen Anspruch im Juli 2016 auf eine Klage der Philippinen hin zurück.

Das hinderte Peking nicht daran, die weit vor der Küste liegenden Inselchen im Südchinesischen Meer durch Landaufschüttungen und Betonkonstruktionen zu vergrößern. Allein im Sommer 2018 entstanden rund 1600 solcher

Bauwerke und unzählige Hektar „Neuland“.

Und dann ist da noch die Militarisierung der Region. So wurden auf manchen Riffen Flugplätze angelegt, auf denen Kampffjets und auch strategische Atombomber vom Typ Xian H-6K mit 3500 Kilometern Reichweite starten und landen können. Dazu kommt die Stationierung von Raketenystemen sowie die Errichtung von Geschützstellungen, Hafenanlagen, Radartürmen, Bunkern, Kasernengebäuden und Flugzeughangars. Der Zweck dieses Säbelrasens besteht ganz offensichtlich darin, die anderen Anrainerstaaten des Südchinesischen Meeres davon abzuhalten, in die reklamierten „Wirtschaftszonen“ rund um die von China befestigten Inseln einzudringen.

Hiergegen machen die USA und demnächst bald auch die früheren Kolonialmächte Großbritannien

und Frankreich mobil, indem sie Kriegsschiffe ins Südchinesische Meer entsenden, um das „Recht auf freie Durchfahrt“ einzufordern und den Kontrahenten Pekings den Rücken zu stärken. Allerdings ist China zur See längst nicht mehr so wehrlos wie in früheren Zeiten und kann eine respektable Flotte zur Abwehr jeglicher Provokationen aufbieten, wie das Abdrängen des US-Zerstörers „Decatur“ am 30. September 2018 in den Gewässern der Spratly-Inseln zeigt. Das birgt die Gefahr eines großen militärischen Konflikts in der Region – in Anbetracht der aktuellen Rhetorik hoher chinesischer Militärs könnte der bereits 2019 ausbrechen. Dabei besteht durchaus die Wahrscheinlichkeit eines Sieges der Volksrepublik China, weil die US-Flugzeugträgergruppen im Pazifik verwundbar geworden sind, seit die Streitkräfte Pekings über „Flugzeugträger-Killer“ („carrier killer“) wie die ballistische Antischiffs-Rakete Dongfeng-21D mit 1500 Kilometern Reichweite verfügen. *Wolfgang Kaufmann*

## Das Südchinesische Meer ist aus gutem Grund so umkämpft



Chinesin vor einer Karte in Nanking: Die angedeutete rote Linie verdeutlicht die Ansprüche ihres Landes im Südchinesischen Meer

## Unsinkbare Kriegsschiffe

Systematisch rüstet China Inseln im Südchinesischen Meer auf

Im Südchinesischen Meer beansprucht China unzählige Inselgruppen, Atolle, Sandbänke und Riffe. Acht davon lässt es derzeit zu Festungen und Militärstützpunkten mit Bunker- und Hafenanlagen sowie Radar- und Geschützstellungen ausbauen. Sieben davon gehören zu den Spratly-Inseln, die rund 80 Kilometer westlich der philippinischen Insel Palawan liegen. Auf dreien davon, Yongshu Jiao/Fiery Cross Reef, Meiji Jiao/Mischief Reef und Zhubi Jiao/Subi Reef, wurden jeweils Start- und Landebahnen von rund drei Kilometern Länge angelegt und Raketenysteme stationiert. Außerdem entsteht auf Zhubi Jiao/Subi Reef, der momentan größten von Menschenhand erweiterten Insel im Südchinesischen Meer, auf der die Chinesen inzwischen über die 400 Gebäude hochgezogen haben, offen-

bar ein neue große Basis für deren Marine.

Ein weiterer wichtiger Stützpunkt befindet sich auf Yongxing Dao/Woody Island, der Hauptinsel der Paracel-Inseln 400 Kilome-

ter östlich der vietnamesischen Küste. Dort probten im Vorjahr die chinesischen Atombomber vom Typ Xian H-6K Start- und Landemanöver. Zudem sind auch auf Yongxing Dao/Woody Island Luftabwehrraketen gesichtet worden.



Ausrüstung mit Nuklearwaffen: Atombomber Xian H-6K

mauern. So leben inzwischen rund 100 Fischer auf dem acht mal sechs Kilometer messenden Atoll Meiji Jiao/Mischief Reef, das über 1300 Kilometer vom chinesischen Festland entfernt liegt. *W.K.*

## China schafft vollendete Tatsachen

Die Volksrepublik China stützt ihren Hoheitsanspruch über weite Teile des Südchinesischen Meeres sowohl auf angeblich „historisch begründete Rechte“ als auch auf eine spezielle Auslegung des aktuell geltenden Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen, das 1994 in Kraft trat und 1996 von Peking ratifiziert wurde. Dessen Artikel 55 bis 75 regeln, dass Anrainerstaaten von Seegebieten das Recht auf eine Ausschließliche Wirtschaftszone von maximal 200 Seemeilen Ausdehnung ab ihrer jeweiligen Küstenlinie haben, wobei vorgelagerte Inselgruppen mit eingerechnet werden dürfen, sofern sie nicht zu weit draußen im Ozean liegen. In dieser Zone stehen dem Küstenstaat in begrenztem Umfang exklusive Befugnisse zu, wozu insbesondere die alleinige wirtschaftliche Nutzung gehört.

Das Seerechtsübereinkommen interpretiert China nun dergestalt, dass ihm auch eine Ausschließliche Wirtschaftszone um all die von ihm in Besitz genommenen winzigen und zumeist

## Peking setzt nicht nur auf Stärke

unbewohnten Felsen und Riffe in den Weiten des Südchinesischen Meeres zustehe. Dabei sind diese oftmals gar keine Inseln im völkerrechtlichen Sinne, sondern zählen gemäß Artikel 13 Absatz 2 des Seerechtsübereinkommens zu den sogenannten trockenfallenden Bodenerhebungen, weil sie ursprünglich nur dann betreten werden konnten, wenn Ebbe herrschte oder die Flut mäßig ausfiel. Das trifft beispielsweise auf das Riff Zhubi Jiao/Subi Reef zu, das derzeit intensiv überbaut wird.

Die von den Chinesen betriebene Umwandlung solcher Formationen zu permanent aus dem Wasser ragenden Inseln ändert daran nichts. So steht es im Artikel 60 und so urteilte auch der Schiedshof in Den Haag 2016 im Rechtsstreit zwischen den Philippinen und China. Umso forciert setzt Peking seinen Versuch fort, im Südchinesischen Meer vollendete Tatsachen zu schaffen, darauf bauend, dass die anderen Anrainerstaaten kaum zu Gegenmaßnahmen in der Lage sind. *W.K.*

## Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND  
DAS OSTPREUSSENBLATTChefredakteur:  
Dr. Jan Heitmann

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preussische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 2,90 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:**  
www.preussische-allgemeine.de

**E-Mail:**  
redaktion@preussische-allgemeine.de  
anzeigen@preussische-allgemeine.de  
vertrieb@preussische-allgemeine.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:**  
www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle:  
lo@ostpreussen.de

# Phantasie ist gefragt

Neue Wege gegen das Wohnungsproblem: Kleingärten sollen dauerhaft bewohnbar werden



Wer wollte hier nicht auch gern dauerhaft wohnen? Gartenhäuschen neben Wohnbebauung am Tegeler See in Berlin

Bild: Ullstein

**Laut dem Wohnungsmarktbericht 2018 der Investitionsbank Berlin (IBB) fehlen in Berlin derzeit mindestens rund 96 000 Wohnungen. Städteplaner, Architekten und Politikern diskutieren nun auch unkonventionelle Lösungen, um gegen den akuten Mangel an bezahlbarem Wohnraum vorzugehen.**

Noch im vergangenen Jahr hatte die Berliner Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (Linkspartei) zu einem „Supermarkt-Gipfel“ geladen und damit den Startschuss für den Bau von Wohnungen über Supermärkten gegeben. Nach Berechnungen des Berliner Senats steht an 330 Standorten mit eingeschossigen Lebensmittelmärkten ein Potenzial für 14 000 bis 36 000 Wohnungen bereit. Potenzial für neue Wohnheiten sieht die Senatorin auch über Fachmärkten und in Einkaufszentren. Auch könnten künftig öffentliche, landeseigene Parkplätze mit Wohnungen bebaut werden.

Das sei zudem kostengünstig, da Erschließungs- und Grundstückskosten wegfielen. 100 dieser Projekte gebe es derzeit berlinweit.

Immer intensiver denken Städteplaner, Architekten und Politiker auch darüber nach, ob nicht zumindest ein Teil der Berliner Kleingartenanlagen für Bauvorhaben genutzt werden kann.

Derzeit arbeitet die Umweltverwaltung an Plänen für die Umnutzung von 15 Gartenkolonien mit insgesamt 429 Parzellen. Diese Kleingärten sollen Platz machen für Schulen, Turnhallen und Kindergärten. Bei einem Projekt geht es darum, Platz für die Sanierung der Rudolf-Wissel-Brücke auf dem Berliner Stadtring zu schaffen.

Erst vor Kurzem machte die Berliner Baukammer darauf aufmerksam, welch großes Potenzial für den Wohnungsbau in den Hunderten von Kleingarten-Anlagen der Millionenmetropole stecke. Christian Müller vom Vorstand der Baukammer sagte: „Kleingartenanlagen mit bereits erschlossenen Straßengrundstücken sind leicht in zu bebauendes Bauland für die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften umzuwandeln.“ Müller rechnet vor, dass 200 000 Wohnungen mit je 46 Quadratmetern Wohnfläche entstehen könnten, wenn auch nur ein Fünftel der Kleingärten bebaut würde.

Tatsächlich ist gerade in Berlin das Potenzial groß: Kleingärten nehmen im Stadtgebiet eine Fläche von rund 2900 Hektar ein, gut drei Viertel davon sind

Eigentum des Landes. Insgesamt gibt es etwa 890 Kleingarten-Anlagen mit über 71 000 Gärten. Laut Senatsverwaltung hat keine vergleichbare Metropole „eine so große Anzahl an privat nutzbaren Gärten im unmittelbaren Einzugsbereich der Innenstadt“.

Der Nutzung als Bauland steht indes nicht nur das Interesse der Gartenutzer gegenüber. Die über das ganze Stadtgebiet verteilten Gartenflächen waren ursprünglich einmal als Ausgleich für die sehr dichte Bebauung gedacht. Auch das rot-grüne Regierungsbündnis hat in seinem Koalitionsvertrag versprochen, die Berliner Kleingärten dauerhaft zu sichern. Falls der Schutz nicht möglich

ist, sollen „Ersatzflächen in räumlicher Nähe“ geschaffen werden. Bereits Ende vergangenen Jahres einigte sich die Koalition darauf, die Schutzfrist für weitere knapp 7000 Parzellen in 160 Anlagen auf landeseigenen Grundstücken von 2020 auf 2030 zu verlängern.

Der Architekt Julian Breinersdorfer hat nun einen Vorschlag präsentiert, der es erlauben soll, die Garten-Oasen zu erhalten und gleichzeitig trotzdem das Wohnungsproblem zu lösen. Brei-

nersdorfer schlägt vor, den Kleingärtnern das Recht einzuräumen, ihre Parzellen zu bebauen und für Wohnzwecke zu nutzen. Dazu sollen die Laubpieper ihre Scholle für 99 Jahre pachten und maximal ein Drittel der Fläche und höchstens dreistöckig bebauen können. Zwei Drittel der Fläche würden weiterhin Garten bleiben.

Laut Breinersdorfer könnte so Wohnraum für mehr als 700 000 Menschen entstehen. Aus Sicht des Architekten würde das persönliche Baurecht auf den zehntausenden Gartengrundstücken auch helfen, die laufende Preisspirale auf dem Berliner Immobilienmarkt zu stoppen. Zum einen würde schlagartig sehr viel Bauland verfügbar sein, sodass insgesamt mit sinkenden Preisen zu rechnen sei. Obendrein würde die Nachfrage auf dem überhitzten Markt nachlassen.

Die Idee, angesichts von großer Wohnungsnot auf Kleingärten zurückzugreifen, ist keineswegs neu. Schon nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in vielen deutschen Städten Lauben in Kleingartenanlagen für Wohnzwecke genutzt. Auch in Berlin gibt es sogar heute noch Pächter, die ein Dauerwohnrecht in ihren Gartenparzellen haben, das noch aus der Nachkriegszeit stammt.

Norman Hanert

## Laubpieper sollen bauen und für 99 Jahre pachten

## Einfach weiterschlafen

Von THEO MAASS

Am 8. März durften die Berliner, die normalerweise einer Arbeit nachgehen, den Wecker am Abend zuvor abstellen. Ein arbeitsfreier Feiertag mehr, ja, den hätte jeder gern. Das muss sich auch die rot-rot-grüne Berliner Landesregierung gedacht haben. Der „internationale Frauentag“ ist eine sozialistisch-kommunistische Erfindung. Die spätere KPD-Reichstagsabgeordnete Clara Zetkin propagierte ihn schon 1910. Folgerichtig wurde in der DDR der „internationale Frauentag“ groß gefeiert, sogar der Generalsekretär des ZK der SED, Erich Honecker, ließ es sich nicht nehmen, in die Bütt zu steigen. Eines war jedoch anders als seit Neuestem in Berlin: Gearbeitet wurde nämlich trotzdem.

Heute ist der 8. März in Russland, Kuba, der Volksrepublik China, Nordkorea und nun auch in Berlin gesetzlicher Feiertag. Außerdem wird der Frauentag in afrikanischen Musterdemokratien wie Eritrea oder Uganda gefeiert.

Die Bedenken der Opposition aus CDU, AfD und FDP wischte der Berliner Senat vom Tisch. Der katholische Berliner Erzbischof Heiner Koch stellte fest, dass der Senat den Volkswillen missachtet habe, denn nach Umfragen wollte die Mehrheit der Berliner den Reformationstag oder den 9. November als Feiertag. Zudem wundert sich Koch: „Ich habe noch nie erlebt, dass erst feststeht, dass es einen neuen staatlichen Feiertag geben wird, und man erst danach überlegt, was man an diesem Tag denn eigentlich feiern oder bedenken will.“

Die Vizechefin der brandenburgischen AfD-Fraktion Birgit Bessin kritisierte das Berliner Vorgehen: „Ich wünsche mir an erster Stelle für alle Frauen im Land Sicherheit und Freiheit. Ich wünsche mir, dass Frauen egal ob in Templin, Potsdam oder Cottbus – in jedem Ort – wieder ohne Sorge auf die Straße gehen können. Außerdem wünsche ich mir, dass das islamische Kopftuch – als das deutlichste Symbol der Unterdrückung der Frau – wieder aus dem Bild unserer Städte verschwindet.“

Die Linkspartei feierte sich selbst für ihren Erfolg. Der Feiertag sei ein starkes Signal im Kampf um die Gleichstellung der Geschlechter, gegen patriarchalische Herrschaftsstrukturen. Die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Derya Caglar, jubelte: „Der heutige Tag ist ein ganz großes Zeichen dafür, dass wir auf dem Weg der Gleichstellung von Frau und Mann weiterkommen.“

Den meisten Frauen wird es egal sein. Sie werden sich morgens um 6 Uhr umgedreht und weiter geschlafen haben. Insoweit ist der 8. März 2019 gegenüber den Verhältnissen in der DDR tatsächlich ein Fortschritt.

## »Kniefall vor den Linken«

Brandenburg: Neues Polizeigesetz erntet Wut und Enttäuschung

Brandenburgs rot-rote Koalition hat sich nach monatelangem Streit auf einen Kompromiss bei der Neufassung des Polizeigesetzes geeinigt. Das Gesetz gibt der Polizei neue Möglichkeiten im Umgang mit Terrorverdächtigen. Diese können künftig in Brandenburg mit Aufenthaltsvorgaben, Meldeauflagen und Kontaktverboten belegt werden. Verzichtet hat die Koalition im Polizeigesetz allerdings auf die Möglichkeit zum Einsatz elektronischer Fußfesseln zur Überwachung von Gefährdern.

Ein Streitpunkt war die Frage, ob auch die Telekommunikation stärker überwacht werden soll. Die Linkspartei konnte durchsetzen, dass die Möglichkeit einer „Quellen-TKÜ“ im neuen Gesetz nicht enthalten ist. Bei der Quellen-TKÜ haben Ermittler die Möglichkeit, auf Smartphones und Computern von Verdächtigen ein Spähprogramm zu installieren, um Nachrichten noch vor ei-

ner Verschlüsselung mitlesen zu können. Beide Koalitionspartner vereinbarten, abzuwarten, bis in anderen Bundesländern Regelungen zur Quellen-TKÜ von Verfassungsgerichten geprüft sind.

Im Kampf gegen die grenzüberschreitende Kriminalität soll

### Opposition: »Den Ermittlern die Zähne gezogen«

künftig Schleierfahndung auf allen Europa- und Bundesfernstraßen erlaubt sein, nicht jedoch auf Landesstraßen. Zudem sollen diese Kontrollen keine Wirkungen wie nachgelagerte Grenzkontrollen entfalten dürfen. Laut „Linke“-Fraktionschef Ralf Christoffers bleibt „Racial Profiling“ tabu.

Riccardo Nemitz vom Bund Deutscher Kriminalbeamter erren, um Nachrichten noch vor ei-

TKÜ und elektronische Fußfessel: „Ganz offenbar sind diese Regelungen nun auf Druck der Linken dem Koalitionsfrieden geopfert worden.“ Andreas Schuster, Landeschef der Gewerkschaft der Polizei (GdP), sprach mit Blick auf das neue Polizeigesetz von einem „Kniefall der SPD vor den Linken“.

Kritik kam auch von der Opposition im Landtag. Den Grünen gehen die Pläne zu weit. CDU und AfD kritisieren, dass Brandenburgs Polizei nicht genug Möglichkeiten zur Kriminalitätsbekämpfung in die Hand bekomme. Der Innenpolitiker Björn Lakenmacher (CDU) sagte, von „vernünftigen Vorschlägen für ein modernes Polizeigesetz“ sei nur noch eine „weichgespülte Version“ übrig geblieben. Auch der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Thomas Jung, spricht von einem „weichgespülten“ Brandenburgs Polizeigesetz, mit dem „Ermittlern die Zähne gezogen“ würden. N.H.

## Fertsch!

Flughäfen: Sächsische Konkurrenz macht sich über BER lustig

Mit Seitenhieben in Richtung Berlin-Brandenburg wirbt die Mitteldeutsche Flughafen AG für die beiden Flughäfen Dresden und Leipzig/Halle. In den Anzeigen, die einen Monat lang in Zeitungen und auf Plakatwänden erscheinen, spielt der sächsische Flughafenbetreiber auf die Situation der Flughäfen der Hauptstadtregion an. Gemünzt auf das pannengeplagte Bauprojekt für den Großflughafen BER heißt es: „Hauptstadtflughafen auf Sächsisch: Fertsch!“ oder aber, „Lieber zwei Stunden fahren als 13 Jahre warten“.

Derzeit rangieren die beiden Verkehrsflughäfen in der deutschen Hauptstadt allerdings noch in einer völlig anderen Klasse als die Konkurrenz aus Sachsen. Tegel und Schönefeld werden jährlich von gut 35 Millionen Passagieren genutzt, Dresden und Leipzig kommen zusammen nur auf etwa vier Millionen. Deutlich bes-

ser sieht es für den Flughafen Leipzig/Halle im Luftfrachtgeschäft aus. Hier hat sich der mitteldeutsche Flughafen als Drehkreuz etabliert und liegt nach Frankfurt am Main bundesweit auf Platz zwei. Ob die beiden mitteldeutschen Flughäfen lang-

### »Lieber zwei Stunden fahren als 13 Jahre warten«

fristig auch für eine nennenswerte Zahl von Fluggästen aus Berlin und Brandenburg attraktiv werden, hängt ganz entscheidend davon ab, wann der BER in Betrieb geht.

Die Flughafengesellschaft zielt auf einen Eröffnungstermin im Oktober 2020 ab. Inzwischen wachsen im Berliner Abgeordnetenhaus allerdings die Zweifel, ob der Plan eingehalten werden

kann. Anlass dafür sind Absagen von Firmen, die im Beteiligungsausschuss über den Stand ihrer Arbeiten am BER informieren sollen. Erwartet hatten die Parlamentarier Informationen, wie es um die elektronische Steuerung und die Verkabelung im Hauptterminal steht. Aus Sicht von Christian Gräff, Obmann der Berliner CDU-Fraktion im BER-Untersuchungsausschuss, deutet die „Weigerung der wichtigsten Baufirmen über den Stand der Arbeiten am BER zu informieren“ auf eine erneute Verschiebung der Eröffnung hin.

Auch Jörg Stroedter, Vizefraktionschef der SPD im Abgeordnetenhaus, hat Zweifel geäußert, dass ein Termin im Herbst 2020 noch gehalten werden kann. Gegenüber dem Sender RBB sagte der SPD-Politiker, er sehe eine 50/50-Chance. Mit dem Bau des BER war 2006 begonnen worden. Die Inbetriebnahme des Großflughafens musste mittlerweile sechs Mal verschoben werden. N.H.

## MELDUNGEN

Schweden lockt  
Zuwanderer

**Stockholm** – Die neue schwedische Regierung will die Integration von Zuwanderern „stärken“. Dazu wird das Recht auf Familienzusammenführung für diejenigen, die in Schweden Asyl erhalten und keinen Flüchtlingsstatus haben, wieder eingeführt. Kritiker des Vorhabens gehen davon aus, dass dadurch in den kommenden drei Jahren mindestens 8400 Immigranten nach Schweden kommen werden. Der Minister für Migration, Morgan Johansson, hält das für „eine sehr gute humanitäre Maßnahme“. 90 Prozent der erwarteten Zuwanderer seien Frauen und Kinder, „die jetzt in Schweden wieder mit ihrem Vater oder Ehemann vereint werden können“. Die Maßnahme berechtigt auch „unbegleitete Kinder“, ihre Eltern nach Schweden zu holen. Viele davon erwiesen sich allerdings als Erwachsene und nicht als Minderjährige. *J.H.*

China baut  
Kraftwerk im All

**Peking** – China hat mit der Konstruktion eines Prototyps des ersten Solarkraftwerks außerhalb der Erdatmosphäre begonnen. Nach einer Erprobungsphase ab 2021 soll ab 2030 der Bau eines Großkraftwerks im Megawattbereich folgen. Die Idee dahinter: Außerhalb der Erdatmosphäre scheint bei passend ausgewählter Position des Kraftwerks die Sonne praktisch immer und in unbeeinträchtiger Stärke, ohne Nachtunterbrechung und ungetrübt durch atmosphärische Störungen. Die aufgefangene Sonnenenergie ließe sich durch Mikrowellen oder Laser auf die Erde bringen. Das Vorhandensein von entsprechend großen Aufnahmefeldern am Boden vorausgesetzt, könnte ein solches Kraftwerk seine Energie an verschiedene Punkte der Erde nach dortigem Bedarf gezielt abgeben und so hochgradig effektiv eingesetzt werden. *T.W.W.*

## EU-Skeptiker gewinnen Wahlen in Estland – Andere Parteien schließen sie von Regierungsbeteiligung aus

**Estlands bürgerliche Reformpartei erobert sich bei den Parlamentswahlen die Regierungsmacht von der linksliberalen Zentrumsparterie zurück. Wahlgewinner mit einer Verdopplung ihres Ergebnisses ist die EU-kritische Partei Ekre.**

In der estnischen Parlamentswahl vom vorletzten Sonntag hat die seit zwei Jahren regierende linksliberale Zentrumsparterie ihre Position erstmals an der Urne zu verteidigen versucht, dabei aber laut Angaben der Wahlkommission in Reval (Tallinn) nicht den gewünschten Erfolg erzielt.

Aussagekräftige Teilauszählungen hatten schon am späten Abend auf einen unerwartet deutlichen Erfolg ihres wichtigsten Gegenspielers hingedeutet, der bürgerlichen Reformpartei. Praktisch alle Kommentatoren hatten schon, wie bereits bei den vorangegangenen Wahlen im Jahr 2015, ein Kopf-an-Kopf-Rennen dieser beiden größten parlamentarischen Formationen Estlands prognostiziert.

Im März 2015 hatte sich nach der Wahl eine Dreierkoalition aus Reformpartei (RE), Sozialdemokraten (SDE) und Pro-Patria- und Res-Publica-Union (IRL) unter Premierminister Taavi Rõivas (RE) gebildet, die jedoch im November 2016 wegen des Absprungs der kleineren Parteien zerbrach.

An ihre Stelle trat damals eine Koalition aus Zentrumsparterie (K), SDE und IRL unter dem neuen Regierungschef Jüri Ratas von der K-Partei. Die Freie Partei (EVA) und die Konservative Volkspartei (EKRE) blieben als Parlamentsneulinge in der Opposition. Dort fand sich dann Ende 2016 auch die seit 1999 in der Regierungsverantwortung stehende Reformpartei wieder. Die jetzige Wahl war deshalb vor allem auch ein Plebiszit gegen die politischen Leistungen von Ministerpräsident Ratas, dem Chef der Zentristen.

Die wirtschaftsliberale Reformpartei von Spitzenkandidatin Kaja Kallas, die wahrscheinlich die

nächste Regierung stellen wird, kommt demnach auf 34 von 101 Sitzen. Dahinter folgt die linksgerichtete Zentrumsparterie von Regierungschef Ratas (26 Mandate). Nach den Stimmenverlusten der konservativen Partei Isamaa (zwei Sitze) und der Sozialdemokraten (zehn Sitze) hat die alte Regierung keine Mehrheit mehr.

Eigentlicher Wahlgewinner wurde mit 19 Sitzen die nationalkon-

rekordverdächtige Zahl von 275 000 Abstimmungsberechtigten (rund 30 Prozent) hatte von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Bei den Resultaten aus der elektronischen Stimmabgabe führte die oppositionelle Reformpartei schon am Abend haushoch, während die Zentrumsparterie zunächst sogar nur an vierter Stelle lag. E-Voting wird jedoch eher von jungen Leuten genutzt, und die

dieses Manöver als Augenwischerei, deshalb brachte die Neuaufstellung nicht den gewünschten Erfolg an der Urne.

Wahlgewinner EKRE hatte im Wahlkampf einen kritischen Ton gegenüber der Europäischen Union angeschlagen. Estland ist das Beitrittsland Mittel- und Osteuropas, das am schnellsten den Anschluss an Westeuropa geschafft hat. Arbeitslosigkeit gibt

kampf vor allem gegen die Aufnahme von weiteren Asylsuchern gewonnen. Estland hatte im Rahmen der Umverteilung der EU nach einer Quotenregelung 2016 einige Hundert Asylsucher aus dem Nahen Osten aufgenommen. Die Hälfte dieser Asylsucher ist jedoch bereits wieder aus Estland verschwunden, weshalb sich im Volk eine Stimmung gegen Asylsucher eingestellt hat.



Keiner will mit ihm mitfahren: Estlands Wahlsieger Mart Helme von der Eesti Konservatiivne Rahvaerakond (Ekre)

Bild: Imago

servative EKRE, die drittstärkste Kraft wurde und sich an Ratas' Bündnispartnern, der Freien Partei und den Sozialdemokraten, die jeweils ihre Ergebnisse von 2015 fast halbierten, vorbeischieben konnte. In zwei ländlichen Wahlkreisen im Süden und Westen des Landes konnte die EKRE-Partei sogar die Stimmenmehrheit erreichen.

Estland ist weltweit das führende Land bei der elektronischen Stimmabgabe, dem E-Voting. Eine

bilden auch in Estland nicht die Mehrheit der Wahlberechtigten.

Der Urnengang war der „langweiligste“ seit Langem, hieß es. Es fehlte an großen Kontroversen. Ministerpräsident Ratas hatte es zwar verstanden, seine Partei aus einem eher misstrauisch beäugten Sammelbecken der russischsprachigen Minderheit zu einer modernen Formation des linksliberalen Mainstreams zu schmieden. Die Bürger durchschauten jedoch

es faktisch keine mehr, und das Land hat den Sprung in die Digitalisierung noch vor den westeuropäischen Ländern geschafft. Nur die Löhne hinken noch etwas dem westeuropäischen Niveau hinterher, deshalb ist die Abwanderung immer noch beachtlich.

Anders als bei vergangenen Wahlen dominierte diesmal nicht mehr das Thema russische Minderheit. EKRE hatte im Wahl-

In einer Mitsprache bei der Regierungsbildung dürfte sich das gute Ergebnis von EKRE jedoch kaum niederschlagen, denn bei den übrigen Formationen ist die Lust auf eine Zusammenarbeit mit den Nationalkonservativen gering. Die Reformpartei schloss eine Kooperation sogar rundweg aus. Der politische Mainstream ist also auch in das einst so wankelmütige Wahlvolk Estlands eingekehrt. *Bodo Bost*

## Rückgratloser »Reaktionär«

François-Xavier Bellamy, der Retter von Frankreichs Bürgerlichen?

Der Chef der bürgerlichen Republikaner (LR), Laurent Wauquiez, schickte den Versailler Philosophen François-Xavier Bellamy als Spitzenkandidat der Partei in den Europawahlkampf. Der erst 33-jährige Bellamy, der seit 2008 stellvertretender Bürgermeister von Versailles ist, gilt als wertkonservativ und soll die traditionellen rechten Wähler zurückgewinnen, die die Republikaner in den letzten Jahren aufgrund ihrer zeitgeistigen, ideologisch unklaren Positionen an den Rassemblement National (RN), Debout la France oder die Nichtwähler verloren.

In den Mainstream-Medien wird Bellamy, dessen politischer Aufstieg mit der „Manif pour tous“ gegen die Homo-Ehe begann, als ultrakonservativer, katholischer Reaktionär dargestellt, denn in zahlreichen Zeitungsbeiträgen setzt er sich kritisch mit der gleichgeschlechtlichen Ehe und der künstlichen Befruchtung für alleinstehende Frauen oder lesbische Paare auseinander.

Doch dies ist nur eine Facette des begnadeten Redners und Autors. Die Sitzungsprotokolle aus dem Versailler Rathaus belegen vielmehr eine erstaunliche Diskrepanz zwischen Bellamys öffentlichen Erklärungen und seinen konkreten Handlungen: Als

Verantwortlicher für Jugendangelegenheiten sorgte er weder dafür, dass das Unternehmen JC Decaux Werbeplakate aus dem Stadtbild entfernte, die zu homosexuellen Handlungen anstifteten, noch verhinderte er, dass ein sich prostituierender Transvestit in einer Versailler Grundschule auftrat. Im Gegenteil, er erklärte öffentlich, dass es sich um einen Dichter handle und dass sich die Eltern keine Sorgen machen sollten.

Kürzlich sorgte Bellamy für Aufregung in progressiven Kreisen, als er erklärte „persönlich gegen Abtreibung zu sein“. Doch er schwächte seine Aussage gleich wieder mit den Worten ab, dass er „verstehe, dass diese Überzeugung nicht geteilt werde, und dass er sich niemals verletzend oder wertend äußern“ werde.

Seit er gegenüber Reuters zur Europafrage äußerte: „Zwischen der Vision von Emmanuel Macron und der von Marine Le Pen wäre ich ganz klar eher auf der Seite von Emmanuel Macron“, dürfte klar sein, dass Bellamy nicht der Erneuerer der Republikaner, sondern ein typischer Vertreter der „rückgratlosen Rechten“ ist, wie man in Frankreich sagt.

Diese Tendenz beweisen auch die Listenplätze 2 und 3, auf denen sich Agnès Evren und der bisherige EU-Abgeordnete Arnaud Danjean befinden – beide nicht gerade für authentisch rechte Positionen bekannt. Der Niedergang der LR dürfte sich somit fortsetzen, denn aufgrund fehlender ideologischer Kohärenz ist die Partei inzwischen überflüssig. *Eva-Maria Michels*



Chamäleonhafter rechter Politiker: François-Xavier Bellamy ist Spitzenkandidat von Frankreichs Republikanern für die EU-Wahl

Bild: François-Régis Salefran



Woche für Woche  
Orientierung in der Medienflut  
Klartext für Deutschland

Probabo anfordern:  
vertrieb@preussische-allgemeine.de  
Telefon 040-41 40 08 42  
Fax 040-41 40 08 51

# »Unrealistisch und falsch«

## Wissenschaftler kritisieren das Streben nach gleichwertigen Lebensverhältnissen in Deutschland

**In ihrem Bericht „Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall“ prognostizieren die Forscher des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH), dass die östlichen Bundesländer auch in Zukunft nicht an den Westen anschließen werden.**

Insgesamt zeichnet das IWH ein sehr durchwachenes Bild von der Wirtschaft der östlichen Bundesländer. In den 30 Jahren seit der deutschen Vereinigung seien zwar beachtliche Fortschritte gemacht wurden, doch habe die Wirtschaft noch immer nicht das Niveau der Westländer erreicht. Die IWH-Forscher sehen ein Reihe von Gründen hinter dieser Entwicklung: Aus Sicht des IWH hat die bisherige Subventionspolitik negative Konsequenzen, weil sie Unternehmen verleite, nicht benötigte Arbeitsplätze zu erhalten. Angeführt wird auch das Fehlen großer Konzerne, aber auch die mangelnden Attraktivität des Ostens der Republik für ausländische Fachkräfte. Der IWH-Präsident bezeichnete zudem die Bestrebungen der Bundesregierung nach Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse als „unrealistisch und falsch“. Reint Gropp empfiehlt der Politik stattdessen, sich auf die Städte zu konzentrieren, die größere Wachstumsschancen böten.

Die Frage, welche Zukunft der ländliche Raum hat, wird derzeit in Brandenburg kontrovers diskutiert. Auf starke Kritik stößt der „Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion“, den die beiden Landesregierungen Berlins und Brandenburgs vor einigen Wochen unterzeichnet haben. Der Plan sieht für die kommenden Jahrzehnte ein Wachstum der Hauptstadtregion vorrangig in zentralen Orten vor, die entlang der wichtigen Eisenbahnverbindungen liegen. In den Zwischenräumen dieser Siedlungsachsen sieht der Entwicklungsplan deutliche Einschränkungen vor, etwa beim Neubau von Wohnungen in kleineren Orten.

Die Landesregierungen in Berlin und Potsdam sehen den gemeinsamen Plan als Durchbruch. Bran-

denburgs CDU-Oppositionsführer Ingo Senftleben erklärte dagegen, er werde den Vertrag mit Berlin kündigen. Im Kern lautet die Kritik, der Entwicklungsplan würde die Entwicklungsmöglichkeiten für den ländlichen Raum abwürgen.

Anfang März untermauerte die Landtagsfraktion der CDU ihre Kritik mit einem Gutachten des Lehrstuhlinhabers für Regionale

aus. Laut Klüter würde dies saldiert einen Zuzug von 600 000 Arbeitskräften einschließlich ihrer Familienmitglieder in die Region bedeuten. Dabei stützt sich der Forscher nicht nur auf den Fakt, dass Berlin bereits seit einem Jahrzehnt das wachstumsstärkste Bundesland ist.

Gemessen an anderen europäischen Hauptstadregionen ist der

wies die Statistikbehörde Eurostat für das Jahr 2017 dagegen nur einen Anteil von 6,3 Prozent am deutschen Bruttoinlandsprodukt aus. Klüter prognostiziert, dass die deutsche Hauptstadregion zwischen 2040 und 2050 ihren Anteil am deutschen Bruttoinlandsprodukt zumindest verdoppeln wird.

Aus Sicht des Greifswalder Wissenschaftlers wird der vorge-

hinaus in die Fläche Brandenburgs gehen wird. Passend dazu empfiehlt der Wirtschaftsgeograf der Politik, nicht nur die Städte in „zweiter Reihe“ zu entwickeln, sondern bereits das Augenmerk auf die „dritte Reihe“ zu richten. Generell empfiehlt er, Brandenburg solle seinen geografischen Vorteil der Flächenverfügbarkeit als Pluspunkt ausspielen: „Erfolg



Im Osten der Bundesrepublik und ländlich geprägt: Wilhelmsau im Oderbruch (Brandenburg)

Bild: pa

Geografie an der Universität Greifswald, Helmut Klüter. Der Experte für Regionalentwicklung weist in seinem Gutachten darauf hin, dass die Berliner Wirtschaft in den letzten zwölf Jahren inflationsbereinigt um ein Drittel gewachsen ist. Bis zum Jahr 2030 geht der Wissenschaftler von einem weiteren Wirtschaftswachstum von mindestens 25 Prozent

Nachholbedarf Berlins noch imens. Berlin ist die Hauptstadt der größten Volkswirtschaft Europas. Großräume wie Paris-Ile de France oder Greater London haben aber einen viel höheren Anteil am jeweiligen Bruttoinlandsprodukt ihres Landes. So steht der Großraum Paris allein für fast ein Drittel der Wirtschaftskraft Frankreichs. Für Berlin-Brandenburg

legte Landesentwicklungsplan dieser Entwicklung nicht gerecht. Klüter geht davon aus, dass der Berliner Umlandraum das Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahrzehnten gar nicht mehr aufnehmen kann, dass die wirtschaftliche Dynamik über den Berliner Speckgürtel und auch die zentralen Orte entlang der Verkehrsachsen weit

benötigt Fläche und nur Brandenburg bietet Fläche für weitere Erfolge“. Der Wirtschaftsgeograf weist zudem darauf hin, dass auf Brandenburg in den kommenden Jahrzehnten immer stärker Entwicklungsimpulse aus anderen Metropolen wirken werden: Aus Dresden und Leipzig/Halle, aus Hamburg und zunehmend aus Stettin. *Norman Hanert*

## MELDUNGEN

### Medizintourismus rückläufig

**St. Augustin** – Nach einer Studie der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg (H-BRS) befindet sich der Medizintourismusmarkt im Umbruch. Zwar kamen 2017 noch knapp 250 000 und damit nur zwei Prozent weniger ausländische Patienten zur Behandlung nach Deutschland, doch gab es gerade bei jenen aus den Golfstaaten einen Einbruch. So sanken die Behandlungserlöse für Kuwaiter um 62, für Saudi-Araber um 36 und für Omaner um 28 Prozent. Anders bei den Patienten aus den GUS-Staaten, bei denen Russland um acht und Kasachstan um 37 Prozent zulegte. Allein aus Russland kommen inzwischen mehr Auslandspatienten als aus ganz Arabien zusammen. *T.W.W.*

### Export geht zurück

**Wiesbaden** – Deutschland hat im vergangenen Jahr Waren im Wert von 1317,9 Milliarden Euro exportiert und Waren im Wert von 1089,7 Milliarden Euro importiert. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, erreichte Deutschland damit einen Exportüberschuss von 228,3 Milliarden Euro. Im Jahr 2017 hatte der Ausfuhrüberschuss 247,9 Milliarden betragen. Der bisherige Rekordwert wurde 2016 mit einem Exportüberschuss von 248,9 Milliarden Euro erreicht. *J.H.*

### Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:  
**1.928.238.745.050 €**  
Vorwoche: 1.928.294.434.940 €  
Verschuldung pro Kopf:  
**23.261 €**  
Vorwoche: 23.262 €

(Dienstag, 12. März 2019, Zahlen: [www.steuerzahler.de](http://www.steuerzahler.de))

## Industrie in der Metropole

### Der neue Trend in der Wirtschaft hat viele Gründe

Mit der fortschreitenden Globalisierung der Wirtschaft schien es so, als würde sich die verarbeitende Industrie aus den deutschen Großstädten verabschieden. Für eine Verlagerung nach Osteuropa oder China sprechen oftmals die niedrigeren Lohnkosten. Innerhalb Deutschlands zählt sich eine Industrieansiedlung auf der „Grünen Wiese“

direktor Industriepolitik am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und Axel Werwatz von der TU Berlin, eine Untersuchung vor. Festgestellt hatten die Forscher, dass im Zeitraum von 2012 bis 2016 die Zahl von Firmengründungen im verarbeitenden Gewerbe in den großen Metropolen Deutschlands deutlich höher lag als im Rest des Landes. Besonders deutlich war diese Entwicklung am Beispiel Berlins erkennbar. Nach Angaben Gornigs gab es in der deutschen Hauptstadt zwischen 2012 und 2016 jedes Jahr mehr als 250 Gründungen im Bereich des verarbeitenden Gewerbes.

Zum Teil ist diese Entwicklung auf einen Wandel in der Industrie und neue Fertigungstechniken zurückzuführen. Viele der in den letzten Jahren entstandenen Unternehmen sind auf digitale Technologien ausgerichtet und haben einen weit geringeren Flächenbedarf als ihn bislang die klassischen Industriebetriebe hatten. Damit können sich diese Unternehmen einen Standort in einer Millionenmetropole leisten. Obendrein profitieren die Firmen dann von der räumlichen Nähe zu Kunden, aber auch zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Als weiterer Faktor kommt das immense Reservoir an Fachkräften

in den großen Metropolen hinzu. Eine Umfrage der EU-Statistikbehörde Eurostat spricht zudem dafür, dass gründungswillige Universitätsabsolventen ihre eigene Firma gern an ihrem alten Studienort aufbauen. Insgesamt gleicht der Andrang der innovativen Firmen nach Berlin offenbar den Weggang von Verarbeitungsbetrieben mit großem Flächenbedarf mehr als aus.



**Axel Werwatz** Bild: TU Pressestelle

Diese Entwicklung hat dazu beigetragen, dass die deutsche Hauptstadt nach München ihren Rang als zweitgrößte Industriestadt Deutschlands behaupten konnte. Forscher bescheinigen der Stadt sogar das langfristige Potenzial, wieder ganz an die Spitze zu rücken. Ein Pluspunkt Berlins ist, dass die Industrie hier breiter aufgestellt ist als in der bayrischen Metropole. *N.H.*

## Wer mag Reiche?

### Vergleichende Studie in vier westlichen Industrienationen

Zumindest die Deutschen, aber auch andere westliche Völker mögen ihre Reichen nicht. Diesen Schluss lässt eine kürzlich veröffentlichte vergleichende Studie des FDP-nahen Soziologen, Historikers, Unternehmers, Immobilienexperten und Autors mehrerer Bücher über den Kapitalismus, Rainer Zitelmann, zu. Der Studie zufolge halten nämlich 62 Prozent der Bundesbürger Reiche für egoistisch, 56 Prozent für materialistisch und 50 Prozent für rücksichtslos.

55 Prozent glauben, dass die Beziehungen der Eltern entscheidend dafür seien, ob jemand reich wird. Kein anderer Grund für Reichtum wurde so häufig genannt. 41 Prozent meinen, dass die meisten Reichen schlicht durch eine Erbschaft und nicht durch eigenen Verdienst zu ihrem Vermögen gekommen seien. 47 Prozent erklärten, dass Reiche erfolgreich seien, weil sie mehr riskiert hätten als andere. 43 Prozent sehen in den jeweiligen Geschäftsideen und Talenten die Ursache für den Reichtum.

Die Befragungen wurden von den Instituten Allensbach und Ipsos Mori in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten durchge-

führt. In jedem Land wurden dafür 1000 Personen befragt. Als Maßstab für Reichtum wurde ein Vermögen von mindestens einer Million Euro beziehungsweise Britischen Pfund oder US-Dollar ohne Einbeziehung von Wohneigentum genommen. Den Befragten wurden 15 Fragen mit Dutzenden Unterpunkten zu ihrer Einstellung zu Wohlhabenden gestellt.

„Anhand von mehreren Fragen haben wir eine Skala gebil-

### Differenzierung zwischen Ländern und Altersgruppen

det, die zeigt, wie stark Menschen Sozialneid empfinden“, erklärte Allensbach-Sprecher Thomas Petersen. Basierend auf Ergebnissen der wissenschaftlichen Neidforschung wurde Neid definiert als Haltung, die auf eine Schlechterstellung des Beneideten zielt, auch wenn der Neider dadurch selbst keine Vorteile hat.

In Deutschland stimmte die Hälfte der Befragten der Aussage zu, dass nach immer mehr Macht strebende sogenannte Superrei-

che schuld an vielen Problemen der Welt seien, „an Finanzkrisen oder humanitären Krisen“. Das war ein etwa doppelt so hoher Anteil wie in Großbritannien und den USA. In Frankreich waren 33 Prozent der Befragten dieser Ansicht. Trotzdem sei mit 34 Prozent die Gruppe der Befragten, die einen ausgeprägten Sozialneid gegen Reiche empfindet in Frankreich am größten, dicht gefolgt von Deutschland mit 33 Prozent. In den Vereinigten Staaten und im Vereinigten Königreich sind es 20 beziehungsweise 18 Prozent. Generell sei in den angelsächsischen Ländern die Sicht auf die Reichen deutlich positiver als in Frankreich und Deutschland, heißt es in der Analyse Zitelmans.

Das überrascht nicht wirklich. Interessanter ist schon, dass in Deutschland die Jüngeren ein positiveres Bild von den Reichen haben als die Älteren, während es in den Vereinigten Staaten umgekehrt ist. Beispielweise stimmten dem Satz, Reiche seien „gut im Geldverdiene, aber in der Regel keine anständigen Menschen“, lediglich 15 Prozent der über 60-jährigen US-Amerikaner zu, aber immerhin vier Zehntel der unter 30-jährigen. *Peter Entinger*



**Martin Gornig** Bild: DIW presse

oftmals durch günstige Grundstückspreise und Anreize der regionalen Wirtschaftsförderung aus. Wirtschaftswissenschaftler haben allerdings in den letzten Jahren auch Anzeichen für eine Reindustrialisierung großer Städte in Deutschland festgestellt. Bereits im letzten Jahr legten zum Beispiel Martin Gornig, Honorarprofessor an der TU Berlin und Forschungs-

## Schlechte Berater

Von Thomas W. Wyrwoll

In China wurden im letzten Jahr erstmals seit über 20 Jahren weniger Autos als im Jahr zuvor verkauft – das Minus betrug vier Prozent. Eine Gruppe von Fahrzeugen machte diesen Trend allerdings nicht mit: die deutschen. Sie konnten zusammen sogar um zwei Prozent im Verkauf zulegen und kamen so auf einen Marktanteil von 24 Prozent. Damit setzten die drei hier führenden Branchenriesen Volkswagen, BMW und Daimler gemeinsam immer noch rund ein Drittel ihrer Fahrzeuge im Reich der Mitte ab. Die Beratungsfirma Ernst & Young rechnet damit, dass sich dieser Wert selbst bei einem stärkeren

Konjunkturreinbruch in Ostasien halten lässt. In einem solchen Fall greife die Regierung in Peking erfahrungsgemäß zu Gegenmaßnahmen, und zudem werde die weiterhin geringe Motorisierungsrate für ein anhaltendes Käuferinteresse sorgen. Wenn die „Consultants“ hierbei munter mit einem Vergleich zu deutschen Zahlen argumentieren, so ignorieren sie die Andersartigkeit des chinesischen Marktes ebenso wie die Bemühungen der Pekinger Führung um eine gesellschaftlich sinnvolle Steuerung der Verkehrsentwicklung. Deutsche Autobauer wären also gut beraten, sich auf solche Berater nicht zu verlassen.

## Missglückte Karnevalsposse

Von Gerd Seidel

Mitte vergangener Woche erklärte die venezolanische Regierung den deutschen Botschafter Daniel Kriener zur persona non grata und forderte ihn auf, das Land innerhalb von 48 Stunden zu verlassen. Er habe sich in unzulässiger Weise in die inneren Angelegenheiten Venezuelas eingemischt. Dem war vorausgegangen, dass Kriener zwei Tage zuvor zum Empfang des von einer Südamerikareise zurückkehrenden selbsternannten Interimspräsidenten Juan Guaidó erschienen ist. Seine demonstrative Anwesenheit sowie die von weiteren Botschaftern auf dem Flughafen in Caracas sollten die Verhaftung Guaidós verhindern. Botschafter Kriener erklärte bei dieser Gelegenheit öffentlich unter anderem, dass der Regierung

Maduro die demokratische Legitimation fehle.

Es gehört zu den Grundregeln für Diplomaten, im Falle innerstaatlicher Auseinandersetzungen im Empfangsstaat zurückhaltend und unparteiisch aufzutreten. Es darf nicht der Anschein entstehen, dass sich ein Botschafter in die inneren Angelegenheiten des Staates einmischte, in dem er akkreditiert ist. Das verbietet die Wiener Diplomatenvereinbarung vom 18. April 1961 in Artikel 41. Dagegen hat Kriener offensichtlich verstoßen. Er konnte demgemäß nach Artikel 9 dieser Konvention zur unerwünschten Person erklärt werden.

Dabei ist zunächst unerheblich, dass es sich bei der Maduro-Regierung um ein korruptes Regime handelt. Nach Völkerrecht ist in Fällen innerer Konflikte die amtierende Regierung von dritten Staaten so lange als Gesprächs- und Verhandlungspartner zu akzeptieren, bis durch die Kräfte im Lande gegebenenfalls eine andere Regierung installiert wird. Ein selbsternannter Präsident Guaidó kann parallel zur Regierung diese Rolle nicht übernehmen.

Schon durch die vorausgegangene Anerkennung Guaidós als Präsident Venezuelas seitens der Bundesregierung wurde Völkerrecht missachtet. So erkannte der

wissenschaftliche Dienst des Bundestages „starke Gründe für die Annahme“, dass die vorzeitige Anerkennung Guaidós eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten sei.

Eine Erklärung zur persona non grata mit kurzer Frist zur Ausreise ist eine eher seltene Sanktion im diplomatischen Verkehr. Wenn Außenminister Heiko Maas nun versucht, diesen Schritt durch die Mitteilung umzudeuten, er habe Kriener zu einer – gewissermaßen üblichen – Konsultation nach Hause gerufen, dann mutet diese Bagatelisierung eher wie eine missglückte Karnevalsposse an. Immerhin würde Botschafter Kriener seine Immunität verlieren und könnte festgesetzt werden, wenn er die Ausreisefrist von 48 Stunden nicht einhält.

### Caracas erklärte Daniel Kriener zur persona non grata

## Wie in der DDR

Von Hermann Paul Winter

In Mitteldeutschland werde die AfD in den Betrieben zum Problem, sagte kürzlich die VW-Managerin Hiltrud Werner. Sie stößt damit in dasselbe Horn wie die Gewerkschaften, die sich als Kraft der Linken und alleinige Vertreter der Arbeitnehmerschaft sehen. Diese Anmaßung ruft Erinnerungen an den „Freien Deutschen Gewerkschaftsbund“ der DDR wach. Er beschrieb sein Selbstverständnis mit dem Satz „Dieser Staat ist unser Staat!“

Angesichts der Erfolge der AfD schrillen bei den Gewerkschaften mit Blick auf Betriebsratswahlen die Alarmsirenen. Ihr internationalsozialistischer „Kampf gegen rechts“ ergänzt sich mittlerweile ideal mit den Multikulti-Interessen der Großunternehmen. Nachvollziehbar, dass sich solch fragwürdige Zweisamkeit durch die AfD gefährdet sieht.

Obwohl sie vorgeben unparteiisch zu sein, betreiben die Gewerkschaften an den Arbeitsplätzen und auf den Straßen knallharte Parteipolitik. Sie chartern Busse, um ihre Mitglieder zu linken Randalen gegen die AfD zu bringen und vermitteln in „Bildungsangeboten“ das „Feindbild AfD“.

Das Betriebsverfassungsgesetz sieht „Maßnahmen“ von Arbeitgebern und Betriebsräten für die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vor. Verstöße können zur „Entfernung“ von Arbeitnehmern aus den Betrieben führen. „Wir schauen sehr genau hin, wie viele Arbeitnehmer die AfD erreicht“, deutet Managerin Werner schon einmal an.

Die DDR-Bürger haben sich von Gesinnungsschnüffeleien befreit – Betriebe und Gewerkschaften führen sie heute wieder ein.



Wollte mit seiner demonstrativen Anwesenheit die Verhaftung von Venezuelas Interimspräsidenten verhindern: Botschafter Daniel Kriener (li.) und Juan Guaidó

Bild: Imago

Der Verein deutsche Sprache will den „Gender-Unfug“ stoppen. Es gibt eine Liste mit 100 zum Teil prominenten Erstunterzeichnern, darunter Herausgeber Roland Tichy oder Dieter Hallervorden. Die Gender-Ideologie sei auf dem Vormarsch zur Staatsdoktrin, heißt es. Da ist viel dran. Fast 30000 weitere Unterschriften wurden bereits in nur wenigen Tagen gesammelt. So berichten es jetzt vor allem die freien Medien. Aus dem Mainstream ist dagegen bislang nicht viel darüber verlautet. Wen wundert es, sitzen dort doch gerade jene ergebenden Hofberichtersterter, die seit Jahren in vorausweisendem Gehorsam die gequirlten Gendervokabeln wie hässliche Influenza-Bazillen in die Gesellschaft husten.

Ohne mit der Wimper zu zucken, lassen viele Leute tagtäglich die wahnwitzigen Ergüsse über sich ergehen, in denen Politiker und andere Darsteller mit getragener Miene von den Bürgerinnen und Bürgern, von den Leserinnen und Lesern, von den Zuschauerinnen und Zuschauern, von den Politikerinnen und Politikern herumfaseln.

Ziel des Aufrufs des Vereins deutsche Sprache ist es, einer weiteren Verhöhnung der deutschen Sprache entgegenzuwirken. Dem kann man nur beipflichten, wengleich das arme Kind doch schon längst in den Brunnen gefallen ist und inzwischen laut aus dem letzten Loch pfeift. Gender-Unfug, was heißt das eigentlich?

Nun, seit der UN-Weltfrauenkonferenz in Peking 1995, nach der im späteren Verlauf die dort beschlossene Genderideologie in praktisch alle Gesetze fast aller Länder der Erde Einlass gefunden hat, gilt es, alles männlich Wirkende aus der Sprache, nein, aus dem Leben zu verbannen. Tschüss Macho! Militante lesbokrati-

## Frei gedacht



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

sche Feministinnen übernahmen das Ruder in Politik, Industrie, Gesellschaft und Medien. Einstige Kerle duckten bei so viel Frauenpower und Omnipotenz den verunsicherten Kopf weg, ließen den neuen Way of Life agonisch geschehen. Kaum jemand muckte auf, außer die üblichen Verdächtigen aus der sogenannten Verschwörungsszene. So wurde zum Beispiel eine ganze Weile darüber gestritten, ob der

Aschenbecher nicht doch Aschenbecher heißen müsste, der Mülleimer vielleicht besser Mülleimerin. Im Ernst. In Deutschland wurden an manchen Straßenkreuzungen die Ampelmännchen gegendert, auf neuen Verkehrsschildern sahen wir plötzlich buddelnde Bauarbeiterinnen. Der Gleichmachungswahn war ausgebrochen!

In den letzten 20 Jahren schauen wir fast teilnahmslos dabei zu, wie die Genderexperten unsere Welt umkrepelten: Zum Beispiel hatte man wegen zwingender Gendergerechtigkeit 2012 die österreichische Nationalhymne textlich verändert: „Heimat bist du großer Söhne, Volk, begnadet für das Schöne, vielgerühmtes Österreich.“ – So hatte sie bis dato geklungen. Die ehemalige Familienministerin Maria Rauch-Kallat und ihre linksgrünen Gendersoldaten wollten aber nicht nur die Söhne Österreichs in der Hymne

## Ab in die »Mülleimerin«!

Von EVA HERMAN

berücksichtigt sehen. „Ich wünsche mir lediglich, dass der Satz ‚Heimat bist du großer Söhne‘ gegen ‚Heimat großer Töchter, Söhne‘ geändert wird“, sagte die Politikerin ganz bescheiden. Schwupps, genau so kam es denn auch bald: Österreich feiert jetzt gendergerecht.

Ebenso der Gender-Vorstoß in der Werbeindustrie: Seit Jahren schon darf in den europäischen Ländern keine Werbung mehr gezeigt werden, in der beispielsweise eine Frau am Herd oder an der Waschmaschine gezeigt wird. Das fällt nämlich unter das Antidiskriminierungsgesetz. Und wer steht stattdessen im TV-oder Kino-Spot am Herd? Genau: das weichgespülte und zur Heimarbeit abgerichtete Haustier, der neue Mann. Oft mit bunt-schmuddeliger Schürze und zerstrubbeltem Haar schrubbt er die Küche, während die Kinder ihm hinter dem Rücken eine lange Nase machen, während die Frau des Hauses in schickem Nadelstreifenkostüm mit hochoberem Haupt aus dem Haus stöckelt, um natürlich Karriere zu machen. Das ist die lustige, bunte Welt des linksgrün verseuchten Medienkartells, das nun auch nach und nach unsere schöne deutsche Sprache kaputtgendet. Und die Männer, Frauen und Kinder. So erschien 2006 denn auch die „Bibel in gerechter Sprache“. Also, in gendergerechter Sprache. Darin findet man unter anderem das zentrale Anliegen, eine einseitig männliche Rede von Gott zu vermeiden. Dieser wird deswegen

hier jetzt auch oft als Frau benannt, als „die Höchste“, die „Lichtvolle“, die „Göttliche“. In einem Unterrichtsentwurf dazu heißt es: „Die feministische Linguistik untersucht den Zusammenhang von Sprache und Geschlecht. Sie kritisiert die deutsche Sprache als sexistisch, weil in ihr maskuline Formen von Substantiven und Pronomina generisch verwendet werden können. Solche Formulierungen, so sagt man, verleiten dazu, nur an Männer zu denken, auch wenn Frauen mitgemeint sind. Die Frauen bleiben ‚unsichtbar‘.“

Tja, da stehen wir nun mit unserem dummen Gesicht. An den Unis gibt es längst Gender-Studiengänge, in den Schulen Genderunterricht, an manchen Kindergärten werden die kleinen Kinder gendergerecht erzogen: So sollen die Mädchen in den österreichischen Fun&Care-Einrichtungen keine Röcke tragen und mit Autos und Pistolen spielen. Die Jungs kriegen Kosmetikkörbe und tragen Prinzessinnenkleider. Gender-Experten behaupten, dass ein Neugeborenes weder männlich noch weiblich und bisher nur vom sozialen Umfeld wie Eltern und Verwandte zu einem Mädchen oder einem Jungen „gemacht“ worden sei. Ein biologisch festgesetztes Geschlecht gebe es gar nicht. Und jeder soll

sein Geschlecht so oft wechseln dürfen, wie er möchte.

Inzwischen haben wir fast überall gendergerechte, gemeint sind gemischte, Toiletten. Die offizielle Liste der Beschreibungen eines möglichen Geschlechts beträgt heute 71 Begriffe, Tendenz wachsend. Sie wurden gemeinsam mit dem Lesben- und Schwulenverband ausgearbeitet. Um nur einige zu nennen, sie lauten unter anderem so: *androgyn*, *Mensch*, *androgyn*, *bigender*, *Frau zu Mann (FzM)*, *gender variabel*, *genderqueer*, *intersexuell (auch inter\*)*, *Transmensch*, *Pangender*, *Y-Frau*, *Butch (maskuliner Typ in einer lesbischen Beziehung)*, *Femme (femininer Typ in einer lesbischen Beziehung)*, *Drag*, *Transvestit*.

Wir haben strenge Gleichstellungsgesetze bekommen, Polizei, Feuerwehr und Militär wie auch den meisten Bildungseinrichtungen und Wirtschaftsbetrieben wurde die Frauenquote aufgedrückt: All das sind die Spuren von Gender. Frauen und Männer haben längst ein weitgehend gestörtes Verhältnis zueinander, sie verstehen sich nicht mehr als Mann und Frau. Fordernde Frauen machen die in ihrer Männlichkeit unterdrückten Männer stumm, Beziehungen verkommen zu Kriegsschauplätzen.

Gender zerstörte das Prinzip Mann, und auch das der Frau. Unserer Gesellschaft fehlt das wohlthuend männliche, starke Prinzip, wie wir auch das weibliche, warme in Wahrheit bitter nötig hätten, das verstehende, behütende, auch das mütterliche Element. Unsere Gesellschaft ist ziemlich abgekühlt dank Gender. Was der liebe Gott wohl dazu sagt?

Der Vorstoß des Vereins deutscher Sprache ist lobenswert, aber er kommt viel zu spät. Das Kind im Brunnen röchelt nicht mal mehr, es ist bereits erstickt.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hundertausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

# Verschwappt und verschwägert

Zwei Großmeister der Renaissance in Berlin – Mantegna und Bellini teilten nicht nur denselben Malstil, sie waren auch verwandt

**Schon jetzt sprechen die Berliner von einer Jahrtausendausstellung. Mit „Mantegna und Bellini – Meister der Renaissance“ hat die Gemäldegalerie am Kulturforum zwei Schwergewichte der Kunst aus Italien vereint. Deren Leinwand-Schätze haben einen beinahe unermesslichen Wert.**

Für Kunstexperten sind sie das Traumpaar der Renaissance: Andrea Mantegna und Giovanni Bellini. Ihnen widmet die Berliner Gemäldegalerie noch bis Ende Juni eine mit prachtvollen Leihgaben ausgestattete Schau. Die rund 100 Gemälde und Grafiken umfassende Ausstellung ist ein Gemeinschaftsprojekt der Gemäldegalerie mit Londons National Gallery. Beide besitzen herausragende Sammlungen der Werke Mantegnas und Bellinis.

Andrea Mantegna (um 1431–1506) war ein frühreifes Genie, das mit elf Jahren in Padua seine Ausbildung zum Maler aufnahm. Seinem Schaffen verdanken Albrecht Dürer und Leonardo da Vinci wichtige Anregungen. Der Sohn eines Schreiners brachte es 1460 zum Hofmaler des Mantuaner Markgrafen Ludovico III. Gonzaga, der mit Barbara von Brandenburg verheiratet war.

Giovanni Bellini (um 1435–1516) gehörte einer Malerdynastie Venedigs an. Er und sein Halbbruder Gentile gingen bei ihrem Vater Jacopo in die Lehre. Giovanni Pinselführung erregte die Bewunderung Dürers, der 1506 über ihn schrieb: „Sehr alt und immer noch der Beste im Gemol (im Malen).“

Der zum offiziellen Maler der Republik Venedig erhobene Bellini beschäftigte Werkstattmitarbeiter, die weltberühmt wurden: Giorgione und Tizian. Nachdem Mantegna 1453 Bellinis Halbschwester Nicolosia geheiratet hatte, bahnte sich zwischen den Schwägern nicht nur ein künstlerischer Austausch, sondern

auch ein Wettstreit an. Diesen beleuchtet die Ausstellung.

Besonders nah kamen sich die beiden Künstler mit ihren Gemälden von „Christus am Ölberg“. Auf Mantegnas um 1455 gemaltem Bild wecken zunächst die dicht im recht düsteren Dämmerlicht beieinander liegenden, vom Schlaf übermannten Jünger Petrus, Johannes und Jakobus unser Interesse. Über ihnen kniet Christus auf einem Felsen und betet. Bellini beantwortete Man-

motiv seines Schaffens und zum Qualitätsmerkmal, das ihn von seinen Zeitgenossen, vor allem seinen Konkurrenten abhob.

Verblüffend ähnlich sehen sich Mantegnas und Bellinis Gemälde der „Darbringung Christi im Tempel“. Mantegnas entstand um 1454. Josef und weitere Halbfiguren erscheinen hinter einem Fensterahmen, auf dessen Gesims das von Maria gehaltene Jesuskind steht. Der alte Simeon streckt die Hände nach dem Klei-

1470 sogar durch und wandelte die Komposition anschließend ab. Er erhöhte das Figurenpersonal und steigerte die Dramatik der Szene.

Zwei lebensvolle Porträts zählen zu den Höhepunkten der Präsentation. Faszinierende Gegenwärtigkeit entwickelt der von Mantegna gemalte „Kardinal Ludovico Trevisan“ (1459/60), dessen Bildnis zum Besitz der Berliner Gemäldegalerie zählt. Der imponierende Geistliche vermittelt

keine Gefühlsregung zeigt. Erstmals hat die Londoner National Gallery dieses berühmte Porträt verliehen.

Einfallsreich variierte Madonnenbilder machen den Hauptanteil von Bellinis Schaffen aus. Eine besonders innige Bildlösung hat er mit der „Madonna auf der Wiese“ (um 1500–1505) gefunden, die das auf blauem Umhang in ihrem Schoß schlummernde Kind anbetet. Nur ausnahmsweise wagte er sich hingegen an Man-

Rom“ (1505/06) zeigt eine friesartige Aufreihung kontrastreich beleuchteter Gestalten in Grisaillemalerei. Sie scheinen – eben noch lebendig – zu Stein erstarrt. Das Werk ist Teil einer unvollendeten Bilderfolge.

Der Auftraggeber bat nach Mantegnas Tod Bellini, sie weiterzuführen. Der malte daraufhin „Die Enthaltensamkeit des Scipio“ (um 1506–1508). Im Vergleich zu Mantegnas hart umrissenen, wie „gemeißelt“ erscheinenden Figu-



Mal betet er nach rechts, mal nach links: „Christus am Ölberg“ von Bellini (l.) und Mantegna (r.)

Bilder (2): The National Gallery, London

gnas Komposition mit seinem um 1458 geschaffenen Gemälde. Er gibt der bei seinem Schwager dicht zusammengedrängten Szene mehr Raum, erklärt die eingeknickten Jünger zu Nebendarstellern und erhebt Christus zum unumschränkten Bildmittelpunkt.

Große Sorgfalt legte Bellini auf die Schilderung der lichtdurchfluteten Landschaft. Die stimmungsvolle Landschaftsdarstellung ist eine seiner Stärken. Treffend heißt es im Katalog: „Das Gespür für Licht, für Himmel und für Landschaft wurde zum Leit-

nen aus, da er in ihm den künftigen Retter der Menschen erkennt.

Neville Rowley vom Kuratorenteam hebt hervor: Mit diesem Gemälde beziehe Mantegna „die Betrachter auf bisher beispiellose Weise ins Geschehen ein, holt sie nahe an die Heiligenfiguren und biblischen Erzählungen heran“.

Während Mantegna jedoch seine Erfindung der halbfigurigen Heiligendarstellung nur selten nutzte, trug Bellini entscheidend zu ihrer weiten Verbreitung bei. Mantegnas Gemälde der Darbringung Christi pauste Bellini um

den Eindruck, dass ihm soeben eine Eingebung zuteilwird.

Im Unterschied zu Mantegnas im büstenhaften Ausschnitt direkt vor uns in Erscheinung tretenden Kardinal hält der von Bellini porträtierte „Doge Leonardo Loredan“ (um 1501/02) Abstand zu uns. Er steht nämlich hinter einer Brüstung. Bellini präsentiert uns das mit Hornkappe und Golddamastmantel in Amtstracht wiedergegebene Oberhaupt der Republik Venedig als äußerst würdevolle Erscheinung, die bis auf den leisen Hauch eines Lächelns

tegnas Paradedisziplin: die römische Antike. Imposanter Höhepunkt der Beschäftigung mit ihr ist der „Triumphzug Cäsars“, an dem Mantegna in seinen letzten 20 Lebensjahren arbeitete.

Drei der sieben Monumentalformate aus der Sammlung von Queen Elizabeth II. sind ausgestellt. Fanfarenbläser und Vasenträger, Stiere, Elefanten und Wagen mit erbeuteten Statuen ziehen an uns vorüber. Auch sein wohl allerletztes Werk widmete Mantegna den alten Römern. „Die Einführung des Kybele-Kultes in

ren sehen Bellinis Gestalten weich geformt und leicht verschwommen aus, womit sie den Eindruck einer gespenstischen Vision vermitteln.

Veit-Mario Thiede

Bis 30. Juni in der Gemäldegalerie, Matthäikirchplatz, Berlin, geöffnet Dienstag, Mittwoch und Freitag von 10 bis 18 Uhr, Donnerstag bis 20 Uhr, Sonnabend und Sonntag von 11 bis 18 Uhr. Eintritt: 14 Euro. Internet: [www.mantegnabellini.de](http://www.mantegnabellini.de). Katalog, Hirmer Verlag, 39,90 Euro

## Bombenerfolg am Pult

1919 begann in Dessau die Karriere eines unvergessenen Dirigenten

Vor 100 Jahren kam Hans Knappertsbusch erstmals als Gastdirigent nach Dessau. Er leitete am 17. März 1919 sein erstes Konzert im Alten Theater, dirigierte zwei Tage später die „Meistersinger“ und am 31. März 1919 ein Beethoven-Konzert. Im April 1919 bekrönte er sein Dessauer Debüt an vier Abenden mit Wagners „Ring des Nibelungen“.

Dessau war begeistert. Diesen jungen Dirigenten, der das Orchester zu Höchstleistungen führte, wollte man auf Dauer haben. Doch der Dirigent war noch für vier Jahre vertraglich an Leipzig gebunden. So kam es zum Tauschen um den aufgehenden Stern am Dirigentenpult, an dessen Ende sich Dessau durchsetzte und ihn zum jüngsten deutschen Generalmusikdirektor (GMD) kürte.

Der am 12. März 1888 im heute zu Wuppertal gehörenden Elberfeld geborene Knappertsbusch schlug ein wie eine Bombe. Die Kritiker lobten den jungen Meister in den höchsten Tönen. Das Orchester war von der Persönlichkeit, Sachkenntnis und dem souveränen Dirigat beeindruckt. Er galt sofort als erste Wahl für die freie Stelle des Hofkapellmeisters und wurde mit allen Mitteln umworben. Dessau wollte Knappertsbusch. Zuerst wurde der Dirigent überzeugt. Dann Leipzig, das ihn schließlich freigab.



Knappertsbusch in Aktion

Minimum an Aufwand ein Maximum an Wirkung“.

Mitten in diese Phase des Erfolges platzte der Theaterbrand vom 22. Januar 1922, der die Wirkungsstätte von Knappertsbusch und seinem Orchester vernichtete. Die Dessauer Feuerwehr war machtlos. Die Hydranten waren

eingefroren. Als Ausweichquartiere wurden zuerst der Kristallpalast und dann der Marstall am Lustgarten genutzt. Doch die eingeschränkten Arbeitsbedingungen machten Knappertsbusch zu schaffen und bewogen ihn, nach München zu wechseln, wo er den bisherigen GMD Bruno Walter ersetzte, der nach England ging.

Der „Magier des Taktstockes“ machte nun so richtig Karriere, hatte Gastspiele in ganz Europa, gab sogar Gastdirigate in der Sowjetunion, und weilte noch mehrfach als Gastdirigent in Dessau, bis ihm die Nationalsozialisten seine Distanz verübelten. Er erhielt ein Dirigierverbot, erlebte eine berufliche Gratwanderung und wechselte 1936 nach Wien. Später gab er sich angepasst und durfte von Fall zu Fall dirigieren.

1945 gab es ein Missverständnis. Die USA sprachen ein neues Dirigierverbot aus und entschuldigten sich dafür 1948. Knappertsbusch, der inzwischen in zweiter Ehe verheiratet war, kehrte mit Wagners „Walküre“ in die Münchner Staatsoper zurück, triumphierte erneut und startete seine zweite europäische Karriere. Er galt wieder der „Magier“ am Dirigentenpult, wofür er noch heute, bald ein halbes Jahrhundert nach seinem Tod, von vielen Klassikfreunden auch außerhalb Dessaus fast wie ein Heiliger verehrt wird. Martin Stolzenau/tws

## Deutsche hinterm Mond

Enttäuschende Fortsetzung des Filmspaßes »Iron Sky« im Kino

Spätestens seit den Kaurismäki-Brüdern weiß man um den lakonischen Filmhumor der Finnen. Ein Landsmann, der das unterstreicht, ist Regisseur Timo Vuorensola, der 2012 mit „Iron Sky“ den damals wohl skurrilsten Filmspaß in die Kinos brachte. In der wilden Mischung aus Science-Fiction und Satire haben sich nach dem Weltkrieg einige Deutsche hinterm Mond eine riesige Überlebensbasis in Form eines Hakenkreuzes gebaut, um als „Mondnazis“ später mit zahnradbetriebenen Raumschiffen zu Arisierungszwecken auf die Erde zurückzukehren, wobei sie am Ende mit einer gewaltigen Kanone auch noch den Mond halb kaputtschießen.



Am Mittelpunkt der Erde: Die Mondbewohner finden den heiligen Gral

Bild: Splendid Film, 2018

In dem Independent-Film wurde querbeet alles Mögliche durch den Kakao gezogen, sogar Obamas „Yes, we can“-Politik wurde nicht verschont. Die Deutschen kamen dabei noch überraschend gut weg. Julia Dietze als blondes Vorzeigefräulein und Udo Kier als diktatorischer „Mond-Führer“ sammelten ordentlich Sympathiepunkte ein.

Diese verspielen sie allerdings in der Fortsetzung „Iron Sky: The Coming Race“ (Eiserner Himmel: die künftige Rasse/das künftige Rennen), die am 21. März in die Kinos kommt. Damit sind die deutschen Darsteller nicht allein: Der Film insgesamt verrennt sich in ein Gewirr von unzusammenhängenden Einfällen.

Neben den Mondbewohnern werden jetzt Filme wie „Jurassic Park“ und verstorbene Größen wie Apple-Chef Steve Jobs persifliert. Dass der von Außerirdischen abstammende „Führer“ einen T-Rex reitet und wie beim Letzten Abendmahl zwölf Fieslinge wie Stalin oder Bin Laden um sich versammelt, zeigt nur, dass den finnischen Filmemachern der Humor-Gaul durchgegangen ist.

Mit Lara Rossi steht außerdem eine völlig humorbefreite Heldin im Mittelpunkt, die in „Indiana Jones“-Manier im Mittelpunkt der Erde einen von Außerirdischen angelegten Heiligen Gral erobern soll. Diese wirre Handlung ist reif für die Psychiatercouch, aber nicht für den Kinossessel. H. Tews

# Ein Entenflügler mit vier Herstellernationen

Vor 25 Jahren startete der erste Prototyp des Mehrzweckkampfflugzeugs »Eurofighter« zum Erstflug

Zurzeit fliegen drei Luftwaffengeschwader den „Eurofighter“. Zwei davon sind reine Jagdverbände, während das dritte Geschwader auf die Jagdbomber-Rolle spezialisiert ist. Neben Deutschland fliegen Italien, Großbritannien, Spanien, Österreich, Saudi-Arabien, Katar, Kuwait und Oman den Mach 2 schnellen Jet.

Der „Eurofighter“ ist ein zweistrahliger Mehrzweckkampfflugzeug in Canard-Delta-Konfiguration, das bei der deutschen Luftwaffe ältere Jagdflugzeuge wie die McDonnell Douglas F-4F „Phantom II“ und die Mikojan-Gurewitsch MiG-29 sowie einen Teil der „Tornado“-Jagdbomber ersetzt hat. Der erste Prototyp startete am 27. März 1994 in Manching bei München zum Erstflug. Hunderte von Kilometern entfernt, in Warton, Großbritannien, hob bereits wenige Tage später, am 6. April 1994, ein zweiter Prototyp von einem British-Aerospace-Werksflugplatz zu seinem ersten Flug ab. Es handelt sich eben um einen Eurofighter, ein Kampfflugzeug, an dem gleich mehrere europäische Länder beteiligt sind, die sich alle in diesem Flugzeug wiederfinden wollen und sollen.

Begonnen hatte die Entwicklung der Militärmaschine bereits über ein Jahrzehnt zuvor. 1983 verständigten sich Deutschland, Italien, Spanien und Großbritannien auf die gemeinsame Entwicklung eines neuen Jägers. Damals hieß das Flugzeug noch „European Fighter Aircraft“ (EFA). Anfangs war auch der französische Dassault-Konzern beteiligt.

Ursprünglich wurde der „Eurofighter“ als reiner Luftüberlegenheitsjäger entwickelt. Er sollte der damals neuen Generation sowjet-

ischer Jäger vom Typ MiG-29 und Sukhoi Su-27 entgegentreten. In dieser frühen Phase Anfang der 1980er Jahre lagen die Vorstellungen der Partnerländer noch weit auseinander. Großbritannien suchte einen Luftüberlegenheitsjäger, der auch als Jagdbomber eingesetzt werden konnte. Frankreich war vorrangig an einem Jagdbomber interessiert, während die Jägerrolle nur eine zweitrangige Aufgabe sein

nete große Reichweite verfügen. Die extreme Manövrierfähigkeit sollte durch Schubvektorsteuerung, also eine in drei Achsen schwenkbare Heckdüse verstärkt werden.

Das Programm hing einige Zeit in der Schwebe, bis sich British Aerospace und Aeritalia für den deutschen Entwurf aussprachen. Obwohl die deutsche Luftwaffe die Technologie als nicht ausgereift ablehnte, testeten die USA und

beeindruckenden Manövrierfähigkeit der X-31 blieb es bei zwei Versuchsmaschinen.

1986 gründeten Deutschland, Italien, Spanien und Großbritannien in München die Eurofighter Jagdflugzeug GmbH, um das neue Kampfflugzeug zu produzieren. Jeweils 33 Prozent der Anteile übernahmen die Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, die 1989 von der Deutschen Aerospace AG (DA-

und die ständigen Kostensteigerungen dafür, dass diese Zahlen drastisch verkleinert wurden. 1992 kündigte die damalige Regierung Kohl sogar an, wegen der hohen Kosten der deutschen Vereinigung aus dem Programm auszusteigen. Verteidigungsminister Volker Rühle warb für eine preiswertere Version und brachte sogar die MiG-29 ins Spiel, welche die Bundeswehr von der NVA übernommen hatte.

hatte die deutsche Luftwaffe ursprünglich vorgehabt, das Radar aus der McDonnell Douglas F/A-18 „Hornet“ und ein bereits auf dem Markt befindliches Jägertriebwerk zu verwenden. 1997 senkten die Partnerländer die geplanten Produktionszahlen und verteilten die Anteile neu. Großbritannien wollte nun 232 Maschinen kaufen, Deutschland 180, Italien 121 und Spanien 87. Großbritannien hielt mit 37,42 Prozent den größten Anteil und übernahm nun die Systemführerschaft. 2003 erhielt die Luftwaffe ihre ersten „Eurofighter“ und rüstete als ersten Verband das damalige Jagdgeschwader 73 „Steinhoff“ mit dem neuen Jet aus.

Die Stückzahlen sanken weiter. Die deutsche Luftwaffe kaufte nur noch 143 Maschinen. Ausgeliefert sind 138 Flugzeuge, von denen zwölf an Österreich abgegeben wurden. Die Flugzeuge wurden in drei leicht unterschiedlichen Tranchen ausgeliefert. Tranche 1 waren zunächst reine Jäger. Erst das fünfte und letzte Los kann auch Luftangriffe fliegen und das volle Waffenspektrum einsetzen. In Tranche 2 baute man Systeme ein, die für die erste Tranche noch nicht verfügbar gewesen waren. Außerdem wurden ältere Flugzeuge auf den neuen Standard gebracht. Tranche 3 ist nicht vollständig ausgeliefert und zerfällt in drei verschiedene Baulose. Hier ist die Struktur verstärkt und die Elektronik verbessert worden. Außerdem können die Flugzeuge Marschflugkörper verschießen und zusätzliche Außentanks tragen. Über das letzte Los von Tranche 3 wird noch verhandelt. Es soll auch feindliche Flugabwehrsysteme bekämpfen können und ersetzt möglicherweise bei der deutschen Luftwaffe die „Tornados“ mit dieser Aufgabe. *Friedrich List*



Fliegt mit zweifacher Schallgeschwindigkeit: Mehrzweckkampfflugzeug „Eurofighter“

Bild: Kasimir Grozew

sollte. Deutschland hatte die anspruchsvollsten Anforderungen, denen der Entwurf für das Taktische Kampfflugzeug 90 (TKF 90) Rechnung trug. Das TKF 90 sollte zu hohen Beschleunigungen in allen Höhen fähig sein, gute Überschall-Fähigkeiten in der Anfangsphase des Luftkampfes und extreme Manövrierfähigkeit im nahen Luftkampf besitzen sowie über eine für Luftüberwachungsmissionen und Begleitschutzaufgaben geeig-

Deutschland die Schubvektorsteuerung. Die Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB) baute und testete gemeinsam mit dem US-Unternehmen Rockwell in den 1990er Jahren die X-31, ein einstrahliges Experimentalflugzeug, das über eine Schubvektorsteuerung verfügte. Allerdings war die Heckdüse selbst nicht beweglich. Zur Kontrolle des Schubstrahls verfügte das Flugzeug über drei bewegliche Paddel am Heck. Trotz der

SA) übernommen wurde, und British Aerospace. Alenia Aeronautica aus Italien beteiligte sich mit 21 Prozent und die spanische Construcciones Aeronáuticas S.A. (CASA) mit 13 Prozent.

Damals planten die Partnerländer die Beschaffung von 765 Maschinen. Deutschland und Großbritannien wollten jeweils 250 „Eurofighter“ in Dienst stellen, Italien 165 und Spanien 100. Allerdings sorgten das Ende des Kalten Krieges

1992 einigten sich die Partnerländer dann auf leicht reduzierte Anforderungen an das Flugzeug, was am Ende aber zu keiner Preissenkung führte. Verteidigungsexperten wie der Brite Paul Beaver gehen davon aus, dass die Verzögerungen und Umkonstruktionen zu Preissteigerungen von 40 bis 50 Prozent geführt haben. Auch die Entwicklung eines neuen Radars und eines neuen Triebwerks trieben die Kosten in die Höhe. Dabei

## Zwischen bürgerlicher Republik und Monarchie

In den Wirren nach dem Ersten Weltkrieg war Ungarn 133 Tage lang der erste mitteleuropäische Sowjetstaat

Die vor 100 Jahren proklamierte Föderative Ungarische Sozialistische Räterepublik gilt als der erste Sowjetstaat außerhalb von Russland und hatte daher eine große symbolische Bedeutung. Allerdings existierte sie nur ganze 133 Tage.

Zum Ende des Ersten Weltkriegs herrschte in Ungarn eine äußerst explosive Situation. Die tägliche Brotration betrug nur noch 50 Gramm und die Löhne lagen im Durchschnitt bei der Hälfte dessen, was 1914 gezahlt worden war. Gleichzeitig schwappten die Ideen der bolschewistischen Revolution in den ungarischen Reichsteil der kollabierenden Doppelmonarchie der Habsburger. Das lag vor allem an der Rückkehr von über 700.000 entlassenen Kriegsgefangenen aus Lagern in Russland.

Vor diesem Hintergrund kam es zwischen dem 28. und 31. Oktober 1918 zur sogenannten Aster-Revolution. Ein neu gebildeter provisorischer Nationalrat unter der Führung von Mihály Nikolaus Graf Károlyi von Nagykároly forderte die sofortige Beendigung des Krieges und die Gewährung der vollständigen Unabhängigkeit für Ungarn sowie tiefgreifende demokratische und soziale Reformen. Infolgedessen musste der österreichische Kaiser Karl I. und ungarische König Karl IV. Károlyi, der trotz seiner adligen Herkunft großes Ansehen im Volke genoss, am 31. Oktober zum Ministerpräsidenten ernennen. Am selben Tage kündigte Ungarn die Realunion mit Österreich auf.

Es folgte am 16. November 1918 die Ausrufung der Republik Un-

garn. Zu ihrem ersten Präsidenten wählte der Nationalrat am 11. Januar 1919 den bisherigen Ministerpräsidenten Károlyi. Der Graf bildete eine Regierung mit Dénes Berinkey als Ministerpräsidenten, welche die versprochenen Reformen in Angriff nehmen sollte. Allerdings scheiterten diese zumeist schon im Ansatz, weil die teilweise neuentstandenen Nachbarn Ungarns überhaupt nicht daran dachten, sich an die jeweiligen Waffenstillstandsvereinbarungen von 1918 zu halten, und aus allen Richtungen auf ungarisches Gebiet vorrückten. Die Tschechoslowakei sicherte sich Nordungarn beziehungsweise die Karpaten-ukraine, Rumänen annektierte Siebenbürgen, Teile des Banats, die östliche Crisana sowie die Maramuresch, und das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen trennte Kroatien, Slowenien, Prekmurje, die Regionen Batschka und Drávaköz sowie den Rest des Banats ab. Dabei genossen die Aggressoren die Rückendeckung der Siegermächte. Dies hatte zur Folge, dass das ungarische Territorium immer mehr schrumpfte.

Die hierdurch in ihrer Position geschwächte Regierung in Budapest reagierte zunehmend panisch. Deshalb fürchteten die Alliierten einen zweiten und diesmal nun bolschewistischen revolutionären Flächenbrand. Statt jetzt aber die nicht-bolschewistische Republik zu stabilisieren, versuchten die Siegermächte Ungarn so klein wie möglich zu machen, bevor es bolschewistisch wurde. Am 20. März 1919 überreichte der Chef der Entente-Militärmission

in Budapest, der französische Oberstleutnant Fernand Vix, der ungarischen Regierung ein seither

meist Vix-Note genanntes Dokument, das über den Beschluss der Pariser Friedenskonferenz infor-



Ungarns Räteregierung: Im Zentrum der Vorsitzende des Revolutionären Regierungsrates, der Sozialdemokrat Sándor Garbai, und der Volksbeauftragte für Außenbeziehungen, der Kommunist Béla Kun

Bild: Tolnai Világajlapja

mierte, dass Ungarn nun auch die westliche Crisana zwischen Debrecen und Szeged zugunsten Rumäniens zu räumen habe – und zwar innerhalb von 36 Stunden. Dieses Ultimatum wollte weder die Berinkey-Regierung noch Károlyi annehmen und beide traten zurück.

Das so entstandene Machtvakuum in Budapest nutzten radikale Sozialdemokraten und Kommunisten um Sándor Garbai und Béla Kohn alias Kun, um am 21. März 1919 die Ungarische Räterepublik zu proklamieren. Wenig später wurde die „Diktatur des Proletariats“ verkündet und mit einer radikalen Enteignungs- und Verstaatlichungspolitik begonnen. Außerdem setzte nun der „Rote Terror“ ein, dem viele hundert „Klassenfeinde“ zum Opfer fielen. Dabei taten sich besonders kommunistische Todesschwadronen wie die berüchtigten „Lenin-Jungs“ unter József Cserny hervor. Und man versuchte, die Revolution in die von vielen Ungarn bewohnte Südslowakei zu exportieren, wo eine weitere Räterepublik ausgerufen wurde.

In Reaktion hierauf rückten Entente-Soldaten in Ungarn ein. Im französisch besetzten Szeged nahm eine konservative Gegenregierung die Arbeit auf. Als Kriegsmi- nister gehörte dieser der letzte Befehlshaber der k. u. k. Kriegsmarine, Vizeadmiral Miklós Horthy, an, dessen Stern als Politiker nun aufzugehen begann. Die rumänisch-ungarischen Grenzstreitigkeiten eskalierten im April zum Ungarisch-Rumänischen Krieg. Sowjetrussland versuchte zwar, So-

wjetungarn militärisch zu unterstützen, doch hatten die Roten in Russland genügend damit zu tun, sich in ihrem Bürgerkrieg der Weiben und deren ausländischer Unterstützer zu erwehren. Bis zum 1. Mai 1919 eroberte Rumänien alle ungarischen Gebiete östlich der Theiß. Am 1. und 3. August 1919 kapitulierten die beiden Heeresgruppen der Räterepublik. Kurz darauf marschierten rumänische Truppen in Budapest ein. Die Führung der Räterepublik zerstreute sich in alle Winde. Der Kommunist Kun, der formal nur Volksbeauftragter für Außenbeziehungen, aber de facto der mächtigste Mann der Räterepublik gewesen ist, flüchtete in die UdSSR, in der er 1938 im Rahmen der Stalinschen Säuberungen erschossen wurde. Den Sozialdemokraten Garbai, der formal als Vorsitzender des Revolutionären Regierungsrates an der Spitze der Räterepublik gestanden hatte, verschlug es schließlich nach Frankreich, in dessen Hauptstadt er 1947 starb.

Mit dem Ende der Räteherrschaft war der Weg frei für die Restauration der Monarchie. Im November 1919 räumten die Rumänen Budapest und Horthy zog an der Spitze der von ihm gegründeten Nationalarmee in die ungarische Hauptstadt ein. Da die Entente keinen Habsburger an der Spitze Ungarns wünschte, war Horthys Weg dorthin frei. Um sich die Stephanskronen aufzusetzen, fehlte ihm zwar die Legitimität, aber als Reichsverweser stand er ab dem 1. März 1920 auch so an der Spitze des restituierten Königreichs Ungarn. *Wolfgang Kaufmann*

# Als der Dalai Lama über Nacht fliehen musste

Die chinesischen Besatzer zerstörten die tibetische Kultur gründlich

**Vor 60 Jahren, am 17. März 1959, floh der Dalai Lama vor den Chinesen ins indische Exil. Das geistliche Oberhaupt der Tibeter gilt als aufmerksamer Beobachter des Weltgeschehens und kluger Ratgeber.**

Butterlämpchen flackerten in der kalten Zugluft. Die Gebete der Mönche klangen eindringlicher denn je. Im Sommerpalast Norbulingka legte der Dalai Lama weiße Glücksbänder um sein Handgelenk. Sie sollten ihm eine sichere Reise und Heimkehr gewähren. Dann streifte er die Mönchskutte ab und zog einen dunklen Mantel an. Um 22 Uhr verließ er mit 37 Getreuen den Palast, vor dem sich etwa 300 000 Tibeter zu seinem Schutz versammelt hatten. Unbemerkt bahnte sich die Gruppe ihren Weg durch die Menschenmenge.

Die Flucht vor den chinesischen Invasoren führte vom Dach der Welt hinab nach Westen zur indischen Grenze, zu Fuß, auf Maultieren und in Booten aus Yakleder. Unterwegs schlossen sich Äbte und Mönche der Klöster an. Nach einem dreiwöchigen Marsch über verschneite Gebirgspässe traf der Dalai Lama im indischen Bundesstaat Himadhal Pradesh ein. In Dharamsala gründete er seine Exil-Regierung.

Tenzin Gyatso wurde 1935 als Sohn einer Bauernfamilie geboren. Im Alter von zwei Jahren erkannte ihn eine Findungskommission als Reinkarnation und brachte das Kind nach Lhasa in den Potala-Palast, offizielle Residenz und Regierungssitz der Dalai Lamas. Die Erziehung des Dalai Lama zum religiösen und weltlichen Oberhaupt des abgeschotteten Landes im Himalaya verlief ungestört. Doch im Herbst 1951 meldeten Boten, dass ein chinesisches Heer den Grenzfluss Yangtse überschritten hatte.

Die Besetzung Tibets durch die Volksbefreiungsarmee (VBA) sollte den Anschein einer freundlichen Übernahme erwecken. Ministerpräsident Tschu En Lai hatte seine Soldaten angewiesen, als Freunde auf-

zutreten, die das tibetische Volk vom Einfluss westlicher Imperialisten bewahren und die Feudalherrschaft der Mönche abschaffen sollten. Tibet sollte als autonomes Gebiet in die Volksrepublik China eingegliedert werden. In einem Zwölf-Punkte-Programm sicherte Peking den Tibetern Religionsfreiheit, Respekt vor Sitten und Gebräuchen sowie Schutz der Klöster zu. Die Vereinten Nationen verurteilten die Annexion Tibets, aber es blieb bei Protestnoten. Unter Zwang unterzeichnete der damals erst 16 Jahre alte Dalai Lama den Vertrag.

Der Staat der Mönche ohne festgelegte Grenzen war jahrhundertlang immer wieder unter der Oberherrschaft seines mächtigen Nachbarn China. Weitere Interessenten kamen Ende des 19. Jahrhunderts hinzu. Im Wettstreit um den Einfluss in Zentralasien standen sich die Kolonialmacht Großbritannien und das Zarenreich Russland gegenüber. 1903 wollte England Fakten schaffen und ließ seine Indienstreitkräfte unter einem Vorwand in Tibet einmarschieren. Tibetische Bauern hatten die Grenze des Vizekönigreichs Indien überschritten und Vieh geraubt.

Die Soldaten des Dalai Lama ritten auf ihren Ponys, bewaffnet mit Armbrüsten, Schwertern und Lanzen, den Angreifern entgegen. Deren Geschütze richteten ein schreckliches Gemetzel unter den nahezu Wehrlosen an. Als einer der ersten Europäer betrat Kommandant Francis Younghusband die verbotene Stadt Lhasa. Er traf im Potala niemanden an, dem er die Forderungen der Engländer hätte diktieren können. Der 13. Dalai Lama war geflohen und sein Kabinett ebenfalls entrückt. Die Minister befanden sich in tiefer Meditation und hatten kein Ohr für weltliche Belange.

1907 einigten sich England und Russland über ihre Interessengebiete im Petersburger Vertrag. Ganz nebenbei wurde auch das Schicksal Tibets entschieden. Die Oberhoheit über den widerspenstigen Staat, dessen Mysterien kein Außenstehender begriff,



Vor 60 Jahren: Der Dalai Lama auf der Flucht vor den Chinesen ins indische Exil

Bild: Imago

überließen sie den Chinesen. Die wurden durch die politischen Wirren im eigenen Land daran gehindert, die Suzeränität, die Oberhoheit über Tibet auszuüben. 1912 nutzte der 13. Dalai Lama die Gelegenheit, die Unabhängigkeit der Monarchie Tibet auszurufen. Mit der Unterzeichnung des Zwölf-Punkte-Vertrags durch seinen Nachfolger fand deren Souveränität 1951 ein Ende.

Zunächst belieben es die Chinesen mit der Stationierung einer kleinen Garnison in Lhasa. Als sie begannen, in die Klöster einzudringen und die Mönche zu schikanieren, kam es 1956 in den Provinzen Kham und Amdo zu ersten Unruhen. Immer mehr chinesische Soldaten rückten in

Lhasa ein. Im März 1959 erhielt der Dalai Lama eine Einladung zu einer Theateraufführung im chinesischen Hauptquartier. Er möge allein, ohne seine Leibwächter erscheinen. Die Vermutung, er sollte entführt und umgebracht werden, machte bei seinen Untertanen schnell die Runde. Eine gewaltige Menschenmenge versammelte sich vor dem Norbulingka. Sprechchöre forderten Freiheit für Tibet. Die Chinesen ließen Geschütze auffahren und feuerten Salven auf die mächtige Mauer ab. Sie ahnten nicht, dass der Dalai Lama entkommen war.

Die Flucht war längst vorbereitet. Der indische Ministerpräsident Jawaharlal Nehru sicherte

dem Dalai Lama die Aufnahme zu. Als Bauern gekleidete Mönche brachten Gold und Juwelen im Wert von rund 40 Millionen US-Dollar über die tibetisch-indische Grenze. Damit sollte eine Exil-Regierung aufgebaut werden.

Als erste seiner Amtshandlungen widerrief der Dalai Lama den Zwölf-Punkte-Vertrag, den ihm die Chinesen 1951 aufgezungen hatten. Nach seiner Flucht ließen die Kommunisten endgültig ihre Maske fallen. Sie verwüsteten die Klöster und vertrieben oder erschlugen die Mönche. Tausende Tibeter retteten sich zum Dalai Lama nach Dharamsala. Sein Regierungssitz nahe der tibetischen Grenze

umfasst heute mehrere Klöster, Schulen und Ausbildungsstätten. Der Dalai Lama, der 1989 den Friedensnobelpreis erhielt, reist unermüdlich durch die Welt, um für die gewaltlose Befreiung seines Landes zu werben.

Das Tibet, das er vor 60 Jahren verließ, existiert nicht mehr. Die über 1300 Jahre alte Kultur ist weitgehend vernichtet, in Tibet leben immer mehr Chinesen. Aber noch legt eine endlose Schar von Pilgern den Weg aus ihrem Heimatort zum Potala-Palast prostrierend (sich niederwerfend) zurück, wie es der tibetische Buddhismus von den Gläubigen verlangt: mit der Länge ihres Körpers. Klaus J. Groth

Bestellen Sie ganz einfach per Email  
vertrieb@preussische-allgemeine.de



Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.preussische-allgemeine.de](http://www.preussische-allgemeine.de).

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement.



Gleich unter  
040-41 40 08 42  
oder per Fax  
040-41 40 08 51  
anfordern!

**Prämie: 40 Euro**  
Erfüllen Sie sich einen Wunsch...

Die Geldprämie wird nach Zahlung des Jahresbeitrages auf Ihr Konto überwiesen.

**Preußische Allgemeine Zeitung.**  
Die Wochenzeitung für Deutschland.



## Moment der Woche

Nach jahrzehntelangem Rückgang steigt die Zahl der Geburten in Deutschland seit etlichen Jahren wieder an, wofür bei Weitem nicht nur Mütter mit

Immigrationshintergrund verantwortlich sind.

Weniger erfreulich: Auf diese glückliche Entwicklung ist das Land offenbar nicht vorbereitet, wie Zahlen aus Niedersachsen zeigen. Denn während auch hier die Geburten mehr wurden, blieb die Zahl der Hebammen an Krankenhäusern

mit gut 900 konstant. Freiberufliche Hebammen, die in der Vor- und Nachsorge tätig sind, gab es 2016 gar nur noch 1065, nach 1197 im Jahre 2009.

Die Zahl der Hebammen, die auch außerklinisch entbinden helfen, ist im gleichen Zeitraum von 184 auf 104 zurückgegangen. Zudem gibt es zurzeit nur noch 71 Krankenhäuser im größten norddeutschen Bundesland, die Geburten vornehmen, nach 107 im Jahre 2003. *H.H.*

### Die Kinder kommen, Hebammen fehlen

## Versenkt, überladen, lächerlich: Deutschlands missratene Denkmal-Architektur

# Unterirdisch

Am Berliner „Denkmal zur Erinnerung an die Bücherverbrennung“ durch die Nationalsozialisten im Mai 1933 kann man schnell einmal vorbeigehen, ohne es zu bemerken. Es handelt sich um eine am historischen Ort, dem heutigen Bebelplatz, ebenerdig eingelassene, nicht allzu große Glasplatte. Darunter sichtbar ist ein Raum mit leeren Bücherregalen.

Passanten können sogar versehentlich drüberlaufen, was ange-

### Passanten könnten versehentlich einfach drüberlaufen

sichts des Anliegens dieses Denkmals einen mehr als seltsamen Beigeschmack hat. Dies geht allerdings eindeutig nicht zulasten eines mitunter eben nur vermeintlich ignoranten Publikums. Die Verantwortung liegt vielmehr bei den Schöpfern der 1995 eingeweihten Konstruktion.

Die Idee, ein Denkmal in einer Grube zu versenken, wurde auch anderswo in die Tat umgesetzt. In Leipzig ist der Erinnerungsort an Carl Goerdeler, obwohl er sich direkt neben dem Neuen Rathaus

befindet, noch schwerer zu finden. Goerdeler war nach langen Jahren als Zweiter Bürgermeister von Königsberg Oberbürgermeister von Leipzig. Als führender Kopf des Widerstands gegen die Nationalsozialisten ist er im Februar 1945 hingerichtet worden. Erinnert wird an ihn mittels einer Art in die Erde eingelassenen Mini-Arena. Deren Freihaltung von Laub und Müll ist aufwendig. Völlig überfrachtet ist das Ganze mit Texten; die schiere Masse an Zitaten Goerdelers auf den Stufen wirkt auf den potenziellen Leser abschreckend.

Die Unterdrückung von Meinungen durch ein totalitäres Regime, in Form einer „Bücherverbrennung“ auch noch theatralisch inszeniert, sollte sich nicht wiederholen; der Politiker Goerdeler stand mit seinem Leben gegen dieses Regime ein. Guten Grund für Denkmale gibt es also in beiden Fällen.

Beide Erinnerungsorte richten sich allerdings nahezu ausschließlich an einen Kreis, der einerseits bereit ist zu suchen, andererseits vorinformiert ist und die gestalterische Interpretation daher vielleicht zu schätzen weiß. Ihren eigentlichen Zweck – ein Denkmal zu sein – haben sie eindeutig verfehlt. Das hier jeweils

praktizierte unterirdische Verstecken ist nur eine Extremform. Es findet sich eine Vielzahl anderer Beispiele neuerer Monument-Innovationen, die ihrer Bestimmung nicht gerecht werden.

Welche Funktion sollte ein Denkmal erfüllen? Zum einen Erinnerung wachrufen und aufrechterhalten, zum anderen – und das mag in der heutigen, an historischer Bildung verarmten Zeit der wesentlichere Aspekt sein – muss es Informationen über Personen oder Ereignisse liefern. Dies sollte in einer Weise erfolgen, die den Interessierten orientiert, jedoch nicht durch Faktenfülle den Zugang verbaut und im besten Fall zur späteren, tieferen Auseinandersetzung mit dem Gegenstand anregt.

Die Frage der Umsetzung hat sich in früheren Epochen kaum gestellt. Das 1897 am Deutschen Eck in Koblenz errichtete große Reiterstandbild zeigt Kaiser Wilhelm I. Mögen derartig heroisierende Darstellungen inzwischen Geschmackssache sein – über den Gegenstand der Erinnerung besteht hier kein Zweifel. Eine bescheidene, aber gelungene Form eines Denkmals sind etwa auch Tafeln mit kurzen biografischen Hinweisen an den ehemaligen Wohn- und Wirkungsstätten be-

deutender Persönlichkeiten. Gegen moderne Kreativität oder Abstraktion spricht von vorn herein nichts. Aber grundsätzlich sollte ein Denkmal sichtbar und einladend sein sowie vor allem eine klare Aussage über sein Anliegen bieten. Als Versuchsfeld künstlerischer Selbstverwirklichung ist es nur sehr bedingt geeignet.

In diese Kategorie gehört leider die Konzeption für das „Denkmal für Einheit und Freiheit“ in Berlin. Der zu Recht als „Einheitswippe“

### »Einheitswippe« wird zu Recht verspottet

verspottete Entwurf überschreitet noch einmal eine Grenze, indem er die Erinnerung an die Vorgänge der Jahre 1989/90 der Lächerlichkeit preisgibt. Der Beschluss, ein Denkmal zu errichten, fiel 2007. Fertiggestellt sein soll es nun frühestens im Herbst 2020. Man hätte bei diesem Projekt die normalerweise ärgerlichen Verzögerungen auch als Segen betrachten können – sie wären geeignet gewesen, noch einmal über eine dem Anlass würdige Idee nachzudenken. *Erik Lommatzsch*

# Kanonenfutter der Propaganda

Eine perfide Form des Kindesmissbrauchs: Wie Unmündige im politischen Kampf instrumentalisiert werden

Die junge Schwedin Greta Thunberg ist nur die Spitze des Eisbergs. Skrupellose Ideologen nutzen Unmündige gezielt aus, um ihre Forderungen gegen vernünftige Einwände anderer zu immunisieren – eine ebenso alte wie abscheuliche Taktik.

Freitag, 10 Uhr, vor der Freien Alternativschule Dresden auf der Stauffenbergallee: Zwei Streifenwagen fahren mit flackerndem Blaulicht vor. Jedoch nicht, weil die Polizei nach Übeltätern fahndet, sondern um ein paar Dutzend schwänzende Grundschüler zu ihrer Demonstration in die Innenstadt zu geleiten. Denn der Schule fernzubleiben ist heutzutage eine Tugend – sofern man damit dem Beispiel der minderjährigen schwedischen „Klimaschutzaktivistin“ Greta Thunberg folgt.

Thomas Krüger (SPD), sowohl Präsident des Deutschen Kinderhilfswerks als auch der Bundeszentrale für politische Bildung, sieht derlei Aktivitäten positiv. „Kinder in Deutschland sind so politisch wie noch nie“, freut sich der frühere DDR-Bürgerrechtler. Und dem müsse man Rechnung tragen, wie es beispielsweise Schleswig-Holstein tue, wo das Mitspracherecht von Kindern bei kommunalen Bauvorhaben inzwischen gesetzlich verbrieft sei.

Damit scheint hierzulande nun langsam, aber sicher die Realität zu werden, was der Sänger Herbert Grönemeyer schon 1986 mit schnarrender Stimme forderte: „Gebt den Kindern das Kommando; sie berechnen nicht, was sie tun; die Welt gehört in Kinderhände; ... Kinder an die Macht!“ Allerdings irrt Krüger, wenn er zugleich meint, die wachsende Politisierung der Kinder resultiere aus dem Gebrauch von Smartphones und Computern sowie dem Aufwachsen im städtischen Raum, in dem es reichlich Armut und Integrationsprobleme gebe.

Vielmehr werden die Minderjährigen in aller Regel von Erwachsenen instrumentalisiert, welche sich davon Vorteile ver-

sprechen. Das gilt nicht nur für die „Klimaretter“ von Dresden, sondern auch für zahllose andere Kinder in Vergangenheit und Gegenwart.

Im Mittelalter schob man diese vor, um der Kreuzzugs-Idee größere moralische Legitimation zu verleihen, und später spannten vor allem Diktaturen Kinder für ihre Zwecke ein. Letzteres passierte in Stalins „Sowjetparadies“ genauso wie im Dritten Reich, der Deutschen Demokratischen Republik oder Maos China: Fröhlich-naive Kinder und Jugendliche sollten dem System ein „menschliches Antlitz“ verleihen – oder aber Erwachsene denunzieren und malträtieren, die nicht auf der ideologischen Linie lagen.

Im „ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat auf deutschem Boden“ stiegen sie der älteren Generation gelegentlich sogar aufs Dach, um Antennen herunterzureißen, die dem Empfang des Fernsehens der „Imperialisten“ im Westen dienten.

Heute gilt der Konsum der Programme von ARD und ZDF hingegen als staatstragende Handlung, aber dafür gibt es nun neue angebliche Feinde der Demokratie wie die AfD. Aber auch auf die kann man Kinder hetzen. Das beweisen kürzlich die „couragierten“ Erzieherinnen der Mannheimer Kindertagesstätte „Haus Vogelstang“: Als die AfD weitest der Einrichtung einen Informationsstand aufbaute, ließen sie einige ihrer Schutzbefohlenen im Alter von bis zu fünf Jahren ausschwärmen, die präventiv vorproduzierte Protestplakate schwenken „durften“. Darunter natürlich auch ein Kind mit Immigrationshintergrund, damit das „Gesicht zeigen“ besonders nachhaltige Wirkung entfaltet.

Noch übler ist freilich der Kindesmissbrauch in den Moscheen der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (Ditib) in Nordrhein-Westfalen, wo der Nachwuchs nicht nur Krieg gegen „Ungläubige“ und „Terroristen“

spielen, sondern auch gleich noch einen „schönen“ Märtyrertod simulieren darf. Vor diesem Hintergrund muss man unserer „Politiker-Elite“ fast dankbar dafür sein, dass sie ihre Sprösslinge zumeist nur als Wahlkampfhilfe oder zum Zwecke der Anbiederung bei „den Menschen da draußen“ benutzt. Andererseits ist natürlich restlos jede Form der Instrumentalisierung von Kindern widerlich und im Übrigen auch eine Abkehr vom gesunden Menschenverstand.

Kinder gelten schließlich nicht ohne Grund als unmündig: Ihnen fehlt noch grundlegendes Wissen über die Welt, und sie glauben nahezu alles, was ihnen die Erwachsenen einflüstern. Entwicklungspsychologen zufolge entwickeln Minderjährige deshalb eine „Heteronome Moral“, die dadurch geprägt ist, dass sie einerseits blind auf Autoritäten vertrauen, andererseits aber noch eine egozentrische Weltsicht haben und auch kaum zwischen Wunschvor-

stellungen und dem real Machbaren unterscheiden können.

Genau aus diesem Grund vermögen Kinder keine wirklich fundierten, wohlüberlegten Entscheidungen zu treffen oder gar politische Ansichten zu vertreten – und das weiß natürlich jeder, der irgendwie mit ihnen zu tun hat. Warum werden Unmündige dann aber immer wieder ins Spiel gebracht, wenn es um ernsthafte Themen geht? Um sie als Sprechpuppen von Lobbygruppen zu missbrauchen, deren Anführer gerne im Dunkeln bleiben wollen, wie das bei Greta Thunberg offensichtlich der Fall ist?

Das trifft einerseits zu, greift aber andererseits zu kurz. Der Vorteil einer Instrumentalisierung von Kindern besteht nämlich keineswegs nur darin, dass Erwachsene sich hinter ihnen verstecken können, sondern liegt vor allem auch in der Chance, jedwede politische Diskussion zu emotionalisieren. Was natürlich besonders dann hilfreich ist, wenn rationale Argumente fehlen oder die „bösen“ Fakten partout nicht zu den „guten“ Illusionen passen wollen. Wie beispielsweise in der Klima- und Asylfrage.

Bevor die dauergrimmig dreinschauende Greta zur Ikone der Gefühlsduseligen von heute wurde, füllte unter anderem der zweijährige syrische Junge Aylan Kurdi diese Rolle aus: Fotos vom Leichnam des angeblich auf der Flucht im Mittelmeer ertrunkenen Kindes gingen Anfang September 2015 um die Welt, obwohl die Umstände seines Todes mehr als mysteriös waren. Aber das interessierte kaum jemanden: Statt eines lebenden Kindes, das seine „Rechte“ einfordert, nun ein anklagend totes Kind! Eine ultimativere Waffe im Propagandakrieg gegen alle Einwanderungskritiker konnte es gar nicht geben. Und auch kein besseres Werkzeug zur moralischen Erpressung der noch Zögerlichen.

So knickte der damalige britische Premier David Cameron, dessen Land bis dahin nur 216

angebliche syrische Kriegsflüchtlinge aufgenommen hatte, schlagartig ein: Das Vereinigte Königreich werde seine Haltung nun ändern, das heißt „Verantwortung übernehmen“. Und in Deutschland entfachte die „Bild“-Zeitung ihre Kampagne „Refugees welcome: Ist doch klar, wir helfen Flüchtlingen!“

Woraufhin dann wiederum Kinder ins Spiel kamen wie Pauline (10), welche eine syrische Altersgenossin mit Kleidung und Spielzeug beschenkte und sich nichts sehnlicher wünschte, als „dass sie bald in meine Klasse kommt“. Wenige Stunden später traf Bundeskanzlerin Angela Merkel dann ihre folgenschwere Entscheidung, die über die Balkanroute anrück-

### Das Bild des toten Aylan wurde zur Waffe geschmiedet

kenden und in Ungarn festsitzenden „Asylbewerber“ unkontrolliert nach Deutschland einreisen zu lassen.

Derart emotional auf tatsächliches oder vermeintliches Leiden von Kindern zu reagieren, wo ein kühler Kopf zur Lösung der zugrundeliegenden Probleme vonnöten wäre, ist armselig und hilft den Minderjährigen nicht. Denn die brauchen starke verlässliche Erwachsene und keine rückgratlos-konfusen Weichlinge, welche ihnen beflissen nach dem Munde reden. Das dürfte auch die wahre Ursache für die Panikattacken von Greta Thunberg sein, deren Eltern kaum den Eindruck vermittelten, mit beiden Beinen im Leben zu stehen.

Aus all diesen Gründen empfehlen verantwortungsbewusste Kritiker, konsequent gegen die politische Instrumentalisierung von Kindern vorzugehen: Durch Entlarvung der Nutznießer beziehungsweise Hintermänner und rechtliche Schritte wegen Kindesmissbrauchs. *Wolfgang Kaufmann*



„Kinder an die Macht!“, „Klima“-Demo am 1. März in Berlin



## MELDUNGEN

### Pilze bedrohen Burg Rastenburg

**Rastenburg** – Die Stadtverordnetenversammlung von Rastenburg hat beschlossen, einen Appell an den Ministerpräsidenten und an die ermländisch-masurischen Woiwodschaftsverwaltung für die Rettung der Rastenburg Burg zu richten. Bei einer Untersuchung des Zustands der Burgmauern war festgestellt worden, dass Mauern und Fußböden von sieben Pilzarten befallen sind, die Menschen und dem Gebäude schaden. Da die Stadt hoch verschuldet ist, sind im Haushaltsplan keine Mittel zur Restaurierung der Burg vorgesehen. Den Stadtverordneten geht es um die Bewilligung von zirka 350 000 Euro für die Bekämpfung der Mauerpilze. Rastenburgs Bürgermeister sagt, dass das Denkmal nur durch einen weiteren Kredit gerettet werden könne. Erhalte die Stadt keinen Kredit, müsse die Burg aus dem 14. Jahrhundert geschlossen werden. In ihr befindet sich das regionale Museum. PAZ

### St. Andreas wird restauriert

**Wartenburg** – Der Franziskanerorden will die im 14. Jahrhundert als Klosterkirche gebaute Franziskaner-Kirche St. Andreas restaurieren. Beginnend am Dach über die inneren Wände, bis zu den Fenstern und Türarbeiten und im Presbyterium sollen Decken und Fußböden saniert werden. Auch die Seitenkapelle des Heiligen Antonius, in der sich das Grab des Kardinals Andrzej Batory befindet, wird restauriert. Die Franziskaner haben für die Renovierung knapp 1,2 Millionen Euro von der EU erhalten. Im Verlaufe der Arbeiten wurde klar, dass das Geld nicht reichen wird. Die Kirche steht auf un stabilem Untergrund, sodass die Fundamente verstärkt werden müssen. Die Franziskaner in Wartenburg bemühen sich jetzt um einen Zuschuss des Kultusministeriums. PAZ

### Aufrüstung in Ostpreußen

**Königsberg** – Als Antwort auf die Aufrüstung der NATO-Streitkräfte in der Ostseeregion wird das russische Militär sein im Königsberger Gebiet stationiertes Truppenkontingent durch ein Jagdfliegergeschwader verstärken. Laut der Nachrichtenagentur Interfax wird das Geschwader mit Kampfflügen des Typs SU-27 in die Marinefliegertruppen der Baltischen Flotte eingegliedert. Die Piloten des Geschwaders hatten vor Kurzem bereits an einem Manöver teilgenommen. Die im nördlichen Ostpreußen stationierten Truppen der Baltischen Flotte sollen außerdem durch ein Panzerregiment verstärkt und ein Truppenteil mit Raketen des Typs Iskander-M auferüstet worden sein. MRK

## »Bis zum letzten Atemzug«

Vor dem Jahrestreffen der Ostpreußen: Isabelle Kusari sagt, warum sie deutsche Volkslieder singt

Die in Düsseldorf lebende Mezzosopranistin Isabelle Kusari wird am 11. Mai beim Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg mit ihrem Repertoire ostpreußischer und deutscher Volkslieder auftreten. Im Gespräch mit der PAZ-Redakteurin Manuela Rosenthal-Kappi erklärt sie ihre Beweggründe, als Französin auf Deutsch zu singen.

**PAZ:** Frau Kusari, Sie sind eine Französin mit klassischer Gesangs-ausbildung, die in Deutschland lebt. Sie bieten Liederabende zu französischen und deutschen Themen an. Was hat Sie dazu bewogen, auf Deutsch zu singen?

**Isabelle Kusari:** Mein Herz schlägt für Frankreich und für Deutschland. Ich biete französisches und deutsches Repertoire an, und ich singe gerne eine Mischung aus beiden Kulturen. Überwiegend singe ich auf Deutsch, weil Deutschland eine zweite geliebte Heimat für mich geworden ist und weil die deutsche Sprache neben der französischen Sprache einen wunderschönen Klang in meinem Herzen hat. Als ich vor 25 Jahren von Paris nach Düsseldorf kam, konnte ich kein Wort Deutsch. Als sich meine Sprachkenntnisse im Laufe der Jahre vertieft haben (bis leider auf einige Fehler bei der Deklination), habe ich die Schönheit, die Vielfältigkeit und der Reichtum der deutschen Sprache kennengelernt. Eine Sprache voller Inspiration. Die deutsche Sprache ist tief und innig an Gefühl und reich an Geist und Sinn, deshalb wird sie auch Sprache der Dichtung genannt und ist als Sprache der Musik in der Welt bekannt. Und deshalb singe ich gerne auf Deutsch.

**PAZ:** Neben Ihrem umfangreichen klassischen Repertoire widmen Sie sich unter anderem dem deutschen Liedgut. Wodurch wurde Ihr Interesse daran geweckt?

**Kusari:** Mein Interesse beruht auf der Bewunderung für die deutsche Kultur. Wenn man im Lande der großen Dichter und Komponisten lebt mit einer Volkslied-Archivsammlung von über 200 000 gedruckten und ungedruckten Liedern, dann wird nicht nur die Dimension von unermesslichen Kulturschätzen und Kunstkostbarkeiten sichtbar, sondern es wird auch klar, was die Deutschen an großen Geistern und Genies in allen Epochen hervorgebracht haben, ob Kultur, Bildung oder Wissenschaft.

Die Genies, die Deutschland reichlich an schöpferischen Kräften gaben, sowie die Volkspersönlichkeit und die gemeinsame Grundhaltung eines ganzen Volkes finden Ausdruck im Liedgut. Das deutsche Liedgut ist ein klarer Spiegel der Volksseele der Deutschen, und es gibt die deutsche Volksart in ihrer Innigkeit und Naturverbundenheit wieder. Die deutschen Volkslieder sind wie ein Geschichts- und gesellschaftliches Erzähl- und Lehrbuch mit dazu schönen Klängen. Man erfährt alles über die Lebensart und das Lebensgefühl der Deutschen aus allen Epochen: germanische Stämme, deutsche Wurzeln, deutsch-preußische Tugenden, der Reichtum der deutschen Sprache, Bau-



Freut sich, ihr Programm in Wolfsburg vorzustellen: Isabelle Kusari

Bild: privat

werke und Denkmäler, Märchen und Heldensagen, historische Ereignisse, christlicher Glaube, Verbundenheit mit der Natur, die Tüchtigkeit der Deutschen, die Liebe in allen Facetten, Heimat- und Vaterlandsliebe, Brauchtum aus allen deutschen Gebieten, regionale Sitten und Gewohnheiten, der Stil der großen Denker, Fackel der Freiheit, Sangeskunst, Volkstanz, Volksscherz, nationales Schaffen in Kunst und Handwerk und viel mehr.

Und wenn ich diese deutschen Volkslieder anschau, sage ich mir immer: Welch ein großes Glück habe ich, dieses wunderschöne Erbe der Deutschen singen zu können, und ich bin voller Dankbarkeit, dass Gott mir dafür eine Singstimme geschenkt hat!

**PAZ:** Sie singen auch Volkslieder aus dem deutschen Osten, die hierzulande kaum noch allgemein wahrgenommen werden. Gibt es aus Ihrer Sicht einen Unterschied zwischen ostdeutschem Liedgut und dem allgemeinen deutschen?

**Kusari:** Das deutsche Liedgut trägt die geistig-seelische Einheit der Deutschen und umfasst alle deutschen Stämme insgesamt durch gleichgestimmte Herzen, durch die Gemeinsamkeit des Blutes, der Sprache, des christlichen Glaubens. Die deutsche Seele erklingt in den Volksliedern und diese deutsche Seele ist im Volksgut aus dem Osten, dem Westen, dem Norden oder dem Süden – überall „Soweit die deutsche Zunge klingt und Gott im Himmel Lieder singt!“

Der Komponist und Mönch Irenäus Tötcke aus Danzig, der mehrere Gedichte von Agnes Miege-

lert hat, schrieb Folgendes über die preußische Dichtung: „Und ich kaufte mir das erste Agnes-Miegele-Buch, die gesammelten Gedichte ... Ich las, und die Wogen schlugen über mir zusammen. Ich sagte zu mir: Mein Gott, das bist ja Du! Ostsee ist doch Ostsee, ob nun Cranz oder Gletkau, und die Kiefern von Schwarzort sind die gleichen wie die von Zoppot. Und die Sprache: wer denkt so, wer redet so wie Agnes Miegele? Das kann doch nur ein Preuße, egal ob Ost- oder West-

### »Unermessliche Kunst- und Kulturschätze«

preuße, verstehen! Denn es geht ja nicht um Grammatik, es geht um jene Schwingungen, die in der Wortwahl und in der Wortzusammenstellung aufgrund jahrhundertalter, vielleicht sogar prä-historischer, Seelenstrukturen weitergeben und Mittels seelischen Plektrens zum Klingen gebracht werden. Das hört ein Westpreuße wie ein Ostpreuße. Ich las und las – und plötzlich begannen die Verse in mir zu klingen ...“

Bis auf die Landsmannschaften und regionalen Heimatvereine haben die Deutschen keine Möglichkeit, ihre Volkslieder und ihr heimatliches Erbe hören zu können und vergessene deutsche Dichter zu erleben. Die Nachfrage und die Sehnsucht nach deutschem Liedgut ist sehr groß. Die Deutschen freuen sich sehr, ihr Kulturerbe, sowohl aus allen deutschen Bundesländern wie aus den ehemaligen deutschen Provinzen und Siedlungsgebieten, zu hören. Beispielsweise habe ich vor Kurzem Preu-

ßens Geschichte mit Liedern und Gedichten in München präsentiert, und das Konzert war ausverkauft und das Publikum vom deutschen Liedgut begeistert.

Das deutsche Volksliedgut aus allen ehemaligen deutschen Provinzen und Siedlungsgebieten wird von den Deutschen wahrgenommen, leider aber von den Verantwortlichen der städtischen Kulturämter, Volkshochschulen und Stadtbibliotheken vernachlässigt, unterdrückt und missbraucht. Die Aufgabe der Verantwortlichen bei den städtischen Kulturbehörden sollte es sein, das deutsche Volkstum zu pflegen, die Einheit der deutschen Seele durch diese Volkslieder zu bewahren, und durch regelmäßige Veranstaltungen zu vermitteln und zu erhalten, stattdessen unterdrücken und missbrauchen sie das Erbe der Deutschen. Das deutsche Heimat- und die deutschen Volkslieder werden leider nicht wie alle anderen multikulturellen Musikrichtungen bedacht und gefördert. Die großen Leistungen und die kostbaren Werke der deutschen Denker bleiben vergessen in den Archiven, in den Bibliotheken und in Antiquitätengeschäften, und das bei einer Sammlung von über 200 000 deutschen Liedern, und das im Land der großen Dichter und Komponisten.

**PAZ:** Was dürfen die Besucher des Jahrestreffens der Ostpreußen am 11. Mai in Wolfsburg von Ihrem Auftritt erwarten?

**Kusari:** Ich möchte den Besuchern des Jahrestreffens der Ostpreußen viel Freude und glückliche Momente mit Liederschätzen aus ihrer Heimat schenken. Auf

diesen Auftritt freue ich mich seit Langem sehr, und ich bedanke mich beim Vorstand der Landsmannschaft für die Einladung. Die Heimat lebt in den Liedern weiter. Ich werde Komponisten und Dichter, die in Ostpreußen, Westpreußen und Danzig geboren wurden, dort gelebt und das kulturelle Leben geprägt haben, präsentieren. Ich werde die geliebte Heimat von Millionen Deutschen in all ihrer Schönheit und Vielfältigkeit besingen. Ich werde von Liebe und Sehnsucht, Naturschönheiten, Hafl und Meer, Wellen und Dünen, Wäldern und Seen, von Elchen und Pferden, von Freiheit und mehr singen. Ich freue mich auch auf gute Gespräche, Gedanken-Austausch, auf die schönen Trachten und auf den gemeinsamen Tag.

**PAZ:** Wie ist die Aufnahme Ihrer Auftritte bei Polen, Litauern und Russen? Gibt es überhaupt Reaktionen von dieser Seite?

**Kusari:** Sicherlich waren bestimmt bei manchen meiner Auftritte Gäste aus Russland, Polen oder dem Baltikum dabei. Bestimmte oder verzelebte Reaktionen habe ich noch nicht gehabt. Ich bin jedoch offen für zukünftige Reaktionen.

Was ich bestätigen kann, ist, dass mein deutsches Repertoire allgemein sehr gut beim Publikum ankommt. Das Publikum ist begeistert vom Reichtum und der Schönheit der deutschen Kultur aus vergangenen Epochen. Die deutsche Kultur wird weltweit geschätzt und in allen Kontinenten gesungen. Die Reaktionen sind sehr positiv, und oft gibt es sehr lang anhaltenden Applaus sowie Standing Ovationen für die wunderschönen alten deutschen Lieder.

**PAZ:** Haben Sie Pläne, Ihr Repertoire in weitere Richtungen auszuweiten?

**Kusari:** Die Volksmusik ist die Wurzel aller Musik. Ihr reinsten Ausdruck ist das Volkslied. Warum soll ich was anderes singen oder mein Repertoire ausweiten, wenn uns hier in Deutschland eine kolossale Sammlung an deutschen Liedern zur Verfügung steht. Laut einer Volkslied-Forschung im Jahre 1914 gibt es mehr als 200 000 Lieder des Deutschen Kulturraums. Wenn ich mindestens 150 000 deutsche Volkslieder gesungen habe, dann kann ich mein Repertoire in weitere Richtungen auszuweiten. Ich recherchiere und sammle alle Volkslieder weiter. Für die nächsten Jahre und sogar „im nächsten Leben“ bin ich mit dieser enormen Sammlung an deutschen Kulturschätzen und Kostbarkeiten aus vergangenen Epochen beschäftigt und singe gerne, – und das bis zum letzten Atemzug, – die wunderschönen alten deutschen Lieder.

Sie möchten dabei sein? Eintrittskarten sind erhältlich zum Preis von 10 Euro (Versand zusätzlich 1 Euro) bei der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0, E-Mail: selke@ostpreussen.de



## ZUM 103. GEBURTSTAG

**Bloch**, Martha, geb. **Dannenfeldt**, aus Lyck, am 17. März

## ZUM 100. GEBURTSTAG

**Hombosch**, Ottilie, geb. **Warda**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 21. März

## ZUM 99. GEBURTSTAG

**Baum**, Margarete, geb. **Podworny**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 21. März

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Essmann**, Erika, geb. **Godau**, aus Weischkitten, Kreis Fischhausen, am 20. März

**Hamester**, Käte, geb. **Rehberg**, aus Ludwigsort und Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 21. März

**Kremp**, Elfriede, geb. **Brzoska**, aus Morgenrund, Kreis Lyck, am 19. März

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Gysbers**, Herta, geb. **Hagenbach**, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 18. März

**Hülse**, Fritz, aus Arissau, Kreis Fischhausen, am 15. März

**Litzner**, Gertrud, geb. **Kramer**, aus Milken, Kreis Lötzen, am 17. März

**Nadrowski**, Marie, geb. **Frassa**, aus Seedanzig, Kreis Ortelsburg, am 15. März

**Wiekling**, Helene, geb. **Robatzek**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 17. März

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Geschwandtner**, Dr. Hans, aus Rauhendorf, Kreis Ebenrode, am 16. März

**Otto**, Hildegard, geb. **Schwesig**, aus Wehlau, am 16. März

**Schultz**, Johannes, aus Lyck, am 20. März

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Berke**, Kurt, aus Lyck, Morgenstraße 3, am 16. März

**Dannat**, Liesbeth, geb. **Jebra-mek**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 18. März

**Gutthath**, Helmut, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. März

**Mattke**, Helmut, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 15. März

**Mertins**, Karl-Heinz, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. März

**Saß**, Margarete, geb. **Klemusch**, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 15. März

**Swida**, Rosemarie, geb. **Bludau**, aus Pässenheim, Kreis Ortelsburg, am 19. März

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Dirks**, Gertrud, geb. **Kruschewski**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 16. März

**Knackstädt**, Ruth, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 15. März

**Krenz**, Gertrud, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 20. März

**Meier**, Irma, geb. **Schmidt**, aus Neidenburg, am 21. März

**Nickel**, Christel, geb. **Hömke**, aus Fischhausen, am 17. März

**Vogl**, Helga, geb. **Jankowski**, aus Graiwen, Kreis Lötzen, am 15. März

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Altenburg**, Hildegard, geb. **Gudat**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 16. März

**Benson**, Hedwig, geb. **Woywad**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. März

**Bothe**, Erika, geb. **Kraft**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 18. März

**Daschkey**, Paul, aus Mulden, Kreis Lyck, am 17. März

**Falk**, Ruth, geb. **Christochowitz**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode und aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. März

**John**, Erna, geb. **Bleyer**, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, am 21. März

**Lichtenstein**, Elisabeth, geb. **Machowski**, aus Feythen, Kreis Ortelsburg, am 19. März

**Lojewski**, Siegfried, aus Scharenken, Kreis Treuburg, am 15. März

**Padberg**, Horst, aus Ortelsburg, am 21. März

**Pietruck**, Horst, aus Treuburg, am 15. März

**Schulz**, Heinz, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. März

**Schulz**, Kurt, aus Regeln, Kreis Lyck, am 20. März

**Sültemeyer**, Else, geb. **Roziowski**, aus Salden, Kreis Treuburg, am 16. März

**Tödt**, Irmgard, geb. **Niklas**, aus Gusken, Kreis Lyck, am 19. März

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Grau**, Dr. Dietrich, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, am 19. März

**Grunwald**, Annemarie, geb. **Schilter**, aus Saffronken, Kreis Neidenburg, am 21. März

**Ott**, Trude, geb. **Homp**, aus Großheidekrug, Kreis Fischhausen, am 16. März

**Pietsch**, Lotte, geb. **Tietz**, aus Konraden, Kreis Ortelsburg, am 17. März

**Reitz**, Marta, geb. **Arbeiter**, aus Haselau, Kreis Heiligenbeil, am 20. März

**Risch**, Irmgard, geb. **Rutkowski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 19. März

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Bornhöft**, Eva, geb. **Bildhauer**, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 20. März

**Bruss**, Irmgard, geb. **Witzki**, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 21. März

**Budzinski**, Harry, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 15. März

**Dowedeit**, Ursula, geb. **Hermann**, aus Lyck, Bismarckstraße 44, am 20. März

**Eichentopf**, Magda, geb. **Grunert**, aus Hellmahnen, Kreis Lyck, am 15. März

**Kienzle**, Horst, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 18. März

**Kulik**, Kurt, aus Karlshöhe, Kreis Neidenburg, am 19. März

**Leonhardt**, Erna, geb. **Willamowski**, aus Usdau, Kreis Neidenburg, am 20. März

**Maske**, Hannelore, geb. **Kleist**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 19. März

**Meyer**, Waltraut, geb. **Ollech**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 17. März

**Mirl**, Inge, geb. **Urban**, aus Wapendorf, Kreis Ortelsburg, am 20. März

**Neyer**, Waldemar, aus Grabenau, Kreis Allenstein, am 17. März

Anzeige

**Sonderzugreisen nach  
Masuren - Königsberg - Danzig**  
Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

**Robitzki**, Erna, geb. **Lütje**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 16. März

**Sadlowski**, Heinz, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 20. März

**Schlüter**, Bernd-Peter, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 21. März

**Schmidt**, Margarete, aus Lyck, Deutsche Straße 2, am 18. März

**Sondermann**, Erika, geb. **Wichmann**, aus Grünwalde, OT-Dreihufen, Kreis Heiligenbeil, am 20. März

**Torkler**, Eleonore, aus Kobilinen, Kreis Lyck, am 19. März

**Zywulska**, Leokadia, aus Lyck, am 18. März

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Baehr**, Margarete, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 18. März

**Brückner**, Waltraud, geb. **Schönherr**, aus Lötzen, am 17. März

**Dopatka**, Magdalene, geb. **Borrek**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 20. März

**Fischer**, Hildegard, geb. **Radmacher**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 19. März

**Grigat**, Hildegard, geb. **Rawe**, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, am 15. März

**Gusko**, Waltraud, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 19. März

**Huthmann**, Helene, geb. **Schmeil**, aus Skirwieth, Kreis Heydekrug, am 21. März

**Kohn**, Waltraut, geb. **Kehlert**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 16. März

**Motzkus**, Edeltraud, geb. **Taubert**, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 20. März

**Rogait**, Gerhard, aus Schneiderende, Kreis Elchniederung, am 21. März

**Schmidtke**, Waltraud, geb. **Kolberg**, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 16. März

**Schlüter**, Ingeborg, geb. **Hein**, aus Treuburg, am 17. März

**Schönholz**, Gudrun, aus Lyck, am 17. März

**Steguweit**, Horst, aus Grotschwenweide, Kreis Tilsit-Ragnit, am 18. März

**Wachlin**, Gerda, geb. **Altrock**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. März

**Windmüller**, Hannelore, geb. **Reitenbach**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 21. März

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Biallas**, Erich, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 15. März

**Gers**, Reinhard, aus Treuburg, am 19. März

**Heinig**, Heinz, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 20. März

**Janczyk**, Kurt, aus Kobbelhals, Kreis Ortelsburg, am 17. März

**Junker**, Gerhard, aus Dannenberg, Kreis Elchniederung, am 20. März

**Kutz**, Gerhard, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 20. März

**Nadolny**, Annemarie, geb. **Boseniuk**, aus Garbasen, Kreis Treuburg, am 20. März

**Petersen**, Ingrid, geb. **Ossewski**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 21. März

**Plömacher**, Anneliese, geb. **Klein**, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, am 21. März

**Pusch**, Alfred, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 16. März

**Sommerfeld**, Horst, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 21. März

**Tamm**, Else, geb. **Kelch**, aus Grundensee, Kreis Lötzen, am 15. März

**Thieme**, Edith, geb. **Krüger**, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, am 18. März

**Thyzel**, Gertrud, geb. **Skrotzki**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 19. März

**Willuweit**, Karl, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 20. März

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Bredlau**, Detlef, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 18. März

**Bublies**, Else, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 18. März

**Erdt**, Heinz-Siegfried, aus Milussen, Kreis Lyck, am 21. März

**Fellechner**, Inge, geb. **Steinike**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 17. März

**Freudenberg**, Ingetraud, geb. **Lasarzewski**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 15. März

**Frisch**, Fritz, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 18. März

**Gorski**, Reinhold, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 17. März

**Grode**, Inge, geb. **Killat**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 18. März

**Gumz**, Doris, geb. **Kuhn**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 18. März

**Hartje**, Hiltraud, geb. **Schwabe**, aus Wittkampen, Kreis Ebenrode, am 17. März

**Hinz**, Ursula, geb. **Hütsch**, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 20. März

**Jankowski**, Walter, aus Sentken, Kreis Lyck, am 18. März

**Jedinat**, Dieter, aus Ebenrode, am 17. März

**Kaffka**, Sophie, geb. **Wehrung**, aus Repeln-Barte / Moers, Kreis Lyck, am 17. März

**Kanneberg**, Klaus, aus Lyck, am 16. März

**Klein**, Heinz, aus Wildenhoff, Kreis Preußisch Eylau, am 21. März

**Kowalzik**, Werner, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 17. März

**Leibenatus**, Heinz, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 19. März

**Mackensen**, Gerda, geb. **Gawehn**, aus Jägerhöh, Kreis Elchniederung, am 19. März

**Penk**, Helmut, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 20. März

**Petter**, Dietrich, aus Seerappen, Kreis Fischhausen und aus Köthen, Kreis Wehlau, am 19. März

**Rachow**, Erna, geb. **Scherello**, aus Millau, Kreis Lyck, am 19. März

**Rode**, Ursel, geb. **Dieck**, aus Seebücken, Kreis Lyck, am 21. März

**Sacczinski**, Christa, geb. **Frost**, aus Lyck, am 20. März

**Sagolt**, Gisela, aus Waldbeek,

Kreis Neidenburg, am 19. März

**Schlicht**, Gerhard, aus Königsdorf, Kreis Heiligenbeil, am 21. März

**Stroeh**, Irmgard, geb. **Reck**, aus Graiwen, Kreis Lötzen, am 21. März

**Struppek**, Renate, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 16. März

**Thews**, Dieter, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 19. März

**Wiegmann**, Irene, geb. **Malonek**, aus Neidenburg, am 19. März

**Winkler**, Dieter, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 21. März

## ZUM 75. GEBURTSTAG

**Bremerich**, Günter, aus Kieslau, Kreis Elchniederung, am 18. März

**Deising**, Reinhold, aus Orlau, Kreis Neidenburg, am 21. März

**Dietwald**, Manfred, aus Neidenburg, am 17. März

**Drosdowski**, Sieglinde, geb. **Kownatzki**, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 15. März

**Kübner**, Inge, geb. **Bärholz**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 17. März

**Mohr**, Armin, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 17. März

**Panke**, Frank, aus Mohrunen, am 17. März

**Peter**, Wolfgang, aus Wehlau, am 21. März

**Willuhn**, Dieter, aus Dannenberg, Kreis Elchniederung, am 20. März

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

Weiter Informationen zum Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen können Sie der Internetseite [www.ostpreussen.de/jahrestreffen/](http://www.ostpreussen.de/jahrestreffen/) entnehmen

### TERMINE DER LO FÜR DIE MONATE MÄRZ UND APRIL

**16. bis 17. März:** Arbeitstagung (AT) der Kreisvertreter in Helmstedt  
**13. bis 14. April:** AT Deutsche Vereine in Sensburg  
**12. bis 14. April:** Kulturseminar in Helmstedt

Weitere Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: [info@ostpreussen.de](mailto:info@ostpreussen.de)

### Zusendungen für Ausgabe 14

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der PAZ-Ausgabe 14/2019 (Erstverkaufstag: 5. April) bis spätestens Mittwoch, 27. März an E-Mail: [redaktion@preussische-allgemeine.de](mailto:redaktion@preussische-allgemeine.de), per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

## AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



### ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de



### ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lanckerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. Internet: www.allenstein-landkreis.de

### Wahlauftrag

Sonntag, 31. März: Einsendeschluss des Wahlscheins.

Die Stadtgemeinschaft Allenstein und die Kreisgemeinschaft Allenstein-Land haben beschlossen, sich zur Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. zu vereinen. Der Eintrag in das Vereinsregister des Amtsgerichts Osnabrück ist erfolgt, und die Gemeinnützigkeit wurde durch das Finanzamt bestätigt.

Entsprechend der Wahlordnung der Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. rufen wir alle Mitglieder der Stadtgemeinschaft Allenstein und der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land zur Wahl der gemeinsamen Kreisversammlung auf.

Als Mitglieder gelten heutige und frühere Bewohner der Stadt und des Landkreises Allenstein, ihre Ehegatten und Nachkommen sowie diejenigen, die sich unserer Heimat besonders verbunden fühlen. Die Mitgliedschaft entsteht durch Aufnahme in die Heimatkartei und kann durch Anmeldung oder eine dieser gleich zu setzenden Erklärung, wie die Beteiligung an der Wahl der Kreisversammlung, erfolgen. Jedes Mitglied der beiden Kreisgemeinschaften ist wahlberechtigt und auch wählbar.

Die Wahl muss schriftlich auf dem im Allensteiner Heimatbrief Nr. 266 und im Heimatjahrbuch Landkreis Allenstein 2018 enthaltenen Wahlschein erfolgen. Die Wahl ist gültig, wenn insgesamt nicht mehr als 15 Kandidaten gewählt werden. Auf dem Wahlschein sind Name und Anschrift des Wählers anzugeben.

Folgende Mitglieder der beiden Kreisgemeinschaften kandidieren für die Kreisversammlung: Alexander Bauknecht, Hans-Peter Blasche, Johann Certa, Andreas Galenski, Bernhard Grodowski, Jan Hacia, Stefan Hein, Gottfried Hufenbach, Artur Korczak, Waldemar Lehnardt, Waldemar Malewski, Herbert Monkowski, Thomas Nowack, Christine Plocharski, Werner Schaffrin, Horst Tuguntke, Dagmar Urban.

Der Wahlschein ist an Kreisgemeinschaft Allenstein e.V., Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen oder per E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de zu senden. Einsendeschluss ist der 31. März 2019.

Gottfried Hufenbach,  
Vorsitzender der  
Stadtgemeinschaft Allenstein  
Hans-Peter Blasche,  
Kreisvertreter der Kreis-  
gemeinschaft Allenstein-Land



### ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

### Gespräch

Eisenach – Sonnabend, 23. März: Nachbarschaftsgespräch Tilsit, Tilsit-Ragnit und Elchniederung (nur Vorstandsmitglieder).



### FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Westerfeld 1, 24992 Janneby. Stellvertretender Vorsitzender: Uwe Nietzelt, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. Familienforschung: Heidrun Meller, Nikolai-kirchhof 45, 04600 Altenburg. Telefon (03447) 8966021, E-Mail: H.Meller@t-online.de, Internet: www.kreis-fischhausen.de. Geschäftsstelle: Fahlskamp 30, Postfach 1732, 25407 Pinneberg, Telefon (03447) 8966746.

### Heimatreise

Vom 27. Mai bis zum 3. Juni wird eine Reise nach Pillau stattfinden. Diese achttägige Busreise bietet ein Flensburg Reiseunternehmen an. Die Hinfahrt geht ab Flensburg mit Zustiegmöglichkeiten in Kiel und Berlin nach Pillau. Die Rückreise erfolgt mit der DFDS-Fähre von Memel nach Kiel. Fünf Übernachtungen gibt es in Pillau. Von dort starten unsere Tagesfahrten zum Beispiel nach Rauschen, Königsberg, in die Rominter Heide und zu anderen Sehenswürdigkeiten.

Interessenten wenden sich bitte an Erika Kruse, Vorsitzende der Heimatgemeinschaft Seestadt Pillau, unter Telefon (04346) 6011 463 oder per E-Mail: erikakruse40@gmx.de.

Wir wünschen uns eine rege Beteiligung, damit diese besondere Reise stattfinden kann.



### GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

### Heimattreffen

Spornitz – Sonnabend, 23. März, 10 bis 15 Uhr, Landhotel: 53. Gesamtdeutsches Heimattreffen des ostpreußischen Regierungsbezirkes Gumbinnen.

Wirken Sie mit an der Stiftung  
»Zukunft für Ostpreußen!«

Fürst Pückler Privatbank  
IBAN: 0905 7503 0014 0331 8346 02  
BIC: FUKB3333

Auskunft erteilt Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinkman-Straße 14 b, 19370 Parchim, Telefon und Fax (03871) 226238, E-Mail: friedelhahn@arcor.de



### HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224, E-Mail: schmidt.ploessen@gmx.de, Erster Stellvertretender Kreisvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

### Sondertreffen Zinten

Altenau – Freitag, 29. März, bis Sonntag, 31. März, Pension „Quellenhof“ Altenau, An der Schwefelquelle 18, 38707 Altenau/Harz: 31. Sondertreffen Kirchspiel Zinten-Land unter der Leitung von Irmgard Lenz, geb. Wengel.

### Nachruf Heinz Klein

Erneut hat ein treuer Landsmann unsere Kreisgemeinschaft verlassen müssen. Heinz Klein wurde am 25. Oktober 1929 im Ortsteil Bilshöfen des Kirchspiel-dorfes Deutsch-Thierau geboren und verstarb am 17. Februar in Berlin.

Seine Familie teilte das Schicksal der meisten Ostpreußen und begab sich im Februar 1945 auf die Flucht gen Westen. Sie endete in dem Teil Deutschlands, der nach Kriegsende zur russischen Zone wurde. Der spätere Wohnsitz von Heinz Klein wurde der russische Sektor von Berlin. Sein beruflicher Werdegang war die Laufbahn eines Polizeibeamten.

Landsmann Heinz Klein hat seine Heimat Ostpreußen nie vergessen. Doch bis zur politischen Wende konnte er dieses nicht öffentlich zeigen. Bald nach dem Fall der Mauer besuchte er erstmals unser Kreistreffen in Burgdorf. So blieb es nicht aus, dass der Kreisvorstand ihn eines Tages bat, in der Kreisgemeinschaft mitzuarbeiten. Beim Kreistreffen in Burgdorf wählten ihn die Mitglieder in der Versammlung im September 1995 zum Kirchspielvertreter von Deutsch-Thierau. Dieses Ehrenamt führte er umsichtig, aktiv und treu 14 Jahre lang bis 2009 aus. Heinz Klein war auch Gemeindevertreter für Freudenthal, Gallingen, Hanswalde und Löhnhöfen. Für seine Verdienste um die Heimat und die Betreuung seiner Landsleute ehrte ihn die Kreisgemeinschaft 2001 mit der

### Salzburger



Landesgruppe Hamburg / Schleswig-Holstein/ Nordniedersachsen –

Sonnabend, 16. März, 13 Uhr, Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41, Hamburg: Treffen mit dem Vortrag von W. Scheffler: „Rebellen, Aussiedler, Abganzähler – Lebenswege aus Salzburg und Ostpreußen“ und Ausschnitten aus dem Filmdokument „Ostpreußen-Reise 1937“. Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.

Silbernen und 2006 mit der Goldenen Ehrennadel und Urkunde.

Ein ostpreußisches Herz hat nun für immer aufgehört zu schlagen. Wir gedenken seiner in Ehren. Im Namen des Vorstandes Bernd Schmidt, Kreisvertreter



### HEILSBERG

Kreisvertreterin: Jutta Küting, Beerenburg 1a, 52156 Monschau, Telefon (02472) 6214367, Mobiltelefon (0170) 2177152, E-Mail: jutta.kueing@gmx.de, stellvertretende Kreisvertreter: Karl-Heinz Küting, E-Mail: khkueing@gmx.de.

### Heimatreise

Heilsberg – Sonnabend, 15. Juni: Sommerfest. Rund um das Sommerfest der LO am 15. Juni in Heilsberg ist eine Busreise in den ermländischen Frühsommer vom 11. bis 20. Juni, wie immer ab Wuppertal mit Zustiegmöglichkeiten entlang der Reiseroute und der Möglichkeit zu einem zweitägigen Ausflug ins Königsberger Gebiet geplant. Neben der Teilnahme am Fest stehen diverse gemeinsame Ausflüge zu den vertrauten Wallfahrtsorten, Städten und Dörfern im Ermland und für die Teilnehmer des zusätzlichen Angebots Besichtigung von Sehenswürdigkeiten in und um Königsberg, der Kurischen Nehrung und Epha-Düne auf dem Programm. Für dieses zusätzliche Angebot sollten sich wenigstens zehn Teilnehmer finden. Wer es nicht wahrnehmen möchte, kann diese beiden Tage individuell für sich in Heilsberg gestalten, wo wir insgesamt sieben Übernachtungen haben werden. Für die Rückreise ist eine Schifffahrt auf dem Oberlandkanal angedacht oder die Besichtigung der Marienburg.

Eine weitere Fahrt mit ähnlichem Programm ist im Herbst angedacht.

Genauere Informationen und Anmeldung zu den Reisen bei der Kreisvertreterin.



### INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

### Heimatgruppen

Darmstadt – Sonnabend, 6. April, 11.30 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26, 64291 Darmstadt-Wixhausen: Stammtisch. Nähere Informationen: Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.

Hamburg – Mittwoch, 3. April, 12 Uhr, Hotel Zeppelin, Veranstaltungsraum Empore, Frohmestraße 123–125, 22459 Hamburg: Frühlingsfest mit Liedern und Vorträgen. Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de

Sachsen – Sonnabend, 23. März, 14 Uhr, DRK-Begegnungsstätte Eschenweg 60, 08060 Zwickau OT Marienthal: Jahresrückblick, Beisammensein, Lieder und Gedichte. Nähere Informationen: Kurt Klauen, Mühlweg 10, 09387 Pfaffenhain, Telefon (037296) 17661.



### JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Siegfried Strysio, Telefon (05147) 975518. Rischwiesen 4, 31311 Uetze/Hänigsen, Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de; E-Mail: kreiver.strysio@t-online.de; Erster Stellvertreter: Klaus Dowanr, An der Grubenbahn 21, 01665 Meiffen, Telefon (03521) 4592901, E-Mail: kodo48@aol.com; Kassenverwalter: Günter Woyzechowski (kommisarischer Kreisvertreter), Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63428, E-Mail: gawoy@htp-tel.de

### Heimatreise

Freitag, 12., bis Sonntag, 21. Juli: Zehntägige Busreise nach Johannsburg, Königsberg, Kurische Nehrung (Nidden), Rominter Heide, unter der Leitung von Siegfried Strysio.

Am 12. Juli beginnt die Busreise von Wuppertal über Hannover zu nächst nach Stettin, das bei einer Stadtrundfahrt näher betrachtet wird. Doch das Ziel heißt Ostpreußen und genauer Johannsburg, deswegen geht es gleich am nächsten Tag entlang der Pommerschen Ostseeküste weiter in die ostpreußische Hauptstadt. In Königsberg wird es neben einer Stadtrundfahrt auch Besichtigungen des Doms und des Kantmuseums geben. Weiter geht die Fahrt Richtung Nidden, wo gleich zwei Übernachtungen eine gute Erholung auf der Kurischen Nehrung bieten, ohne die Kultur dabei außer Acht zu lassen. Besichtigungen der Wanderdüne, des Thomas-Mann-Hauses und des Hexenbergs sind zwar freiwillig, aber eigentlich ein Muss.

Nun liegt Johannsburg im Süden Ostpreußens und so geht es auch mit insgesamt vier Übernachtungen wieder in diese Richtung, über Insterburg, Kanthausen, Gumbinnen, Trakehnen und Groß Rominten, Goldap, Treuburg und Lyck nach Johannsburg.

Dort steht der Besuch des schönen denkmalgeschützten Wasserturms auf dem Programm, ebenso wie ein Besuch der einzigen evangelischen Kirche im Kreis Johannsburg und des Igor Newwels mit seiner schöpferischen Arbeit, eine Schifffahrt darf natürlich auch nicht fehlen. Von Johannsburg aus sind private Fahrten in die Heimatorte mit Taxen möglich. Ein letzter Tag in Masuren wird mit Staken auf der Krutinna und einem gemütlichen Folkloreabend gestaltet. Weiter geht die Fahrt über Ortelsburg, Hohenstein und Thorn in den Großraum Posen. Die Heimreise bestimmt den zehnten Tag.

Weitere Auskünfte erteilt der Kreisvertreter Siegfried Strysio unter Telefon (05147) 975518 oder E-Mail: kreisvert.strysio@t-online.de



### LÖTZEN

Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: kgl.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

### Ausstellung

Neumünster – Sonnabend, 16. März, 15.30 Uhr, Lötzer Museum, Sudetenlandstraße 18H (Böcklersiedlung), Neumünster: Eröffnung der Ausstellung „Masuren – Land der Stille“. Gezeigt werden Aquarelle von Hans-Jür-

gen Gaudeck (geb. 1940 in Berlin).

Die Ausstellung wird bis einschließlich 21. Juli zu sehen sein. Zu besuchen ist der Lötzer Ausstellungsraum am 16. März, 27. April, 18. Mai, 15. Juni und 20. Juli sowie fast jederzeit nach Absprache unter Telefon (040) 6083003 (Eichler). An den genannten Daten gibt es jeweils um 15.30 Uhr ein besonderes Veranstaltungsangebot, über das im Vorfeld in der Presse informiert wird.



### LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvert. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

### Archiv Öffnungszeiten

Das Archiv der Kreisgemeinschaft Lyck im Hause Elbersufer 20, Parterre rechts, hat ab dem 1. April geänderte Öffnungszeiten. Es ist immer am letzten Freitag eines jeden Monats von 12 bis 13.30 Uhr für die Öffentlichkeit geöffnet. Ausnahme: Im August ist das Archiv jeweils am Freitag vor dem Lycker Treffen geöffnet. In 2019 ist das der 23. August. Im Juli und im Dezember bleibt das Archiv geschlossen.

Schülergruppen sind willkommen. Es wird jedoch um eine Anmeldung bei der Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Lyck, Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, gebeten.

Sie ist unter Telefon (02163) 898313 und unter E-Mail: bwiesensee@aol.com zu erreichen.

### Mittlere Generation

Göttingen – Freitag, 22., bis Sonntag, 24. März, Hotel Rennschuh, Kasseler Landstraße 93, 37081 Göttingen, www.rennschuh.de: Frühjahrstagung der Mittleren Generation.

Programm: Freitag, 22. März, bis 18 Uhr Anreise, 18.30 Uhr: Gemeinsames Abendessen, 20 Uhr: Bildpräsentation.

Sonnabend, 23. März, 9 Uhr: Begrüßung, Geschichten aus Ostpreußen, 10.30 Uhr: Kaffeepause, 11 Uhr: Bericht über Aktivitäten der KG von Bärbel Wiesensee, 12 Uhr: Mittagessen, 13.45 Uhr: Abmarsch zum Bus Linie 31, 15 Uhr: Geowissenschaftliches Zentrum der Universität Göttingen, Vortrag und Führung durch die Bernsteinsammlung, 18.30 Uhr: Rückfahrt zum Hotel, 19 Uhr: Abendessen, anschließend gemütliches Beisammensein.

Sonntag, 24. März, 9 Uhr: Bericht Glückwunschkartei von Dieter Czudnochowski, 10.15 Uhr: Kaffeepause, 10.30 Uhr: Besprechung Herbstfahrt, 12 Uhr: Mittagssimbiss, danach Heimreise. Informationen bei Heidi Mader, Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen, Telefon (0421) 67329026, E-Mail: heidi-mader@gmx.de

Heimatkreisgemeinschaften  
Fortsetzung auf Seite 16

Jetzt anmelden zum  
Kulturseminar der Landsmann-  
schaft Ostpreußen in Helmstedt,  
vom 12. bis zum 14. April, unter  
Telefon (040) 41400826.

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung von Seite 15



MOHRUNGEN Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079.

Prüfungs- und Sitzungsbericht

Liebe Kreis Mohrunger, liebe Heimatfreunde, am 2. und 3. März fand die Kassenprüfung für das Geschäftsjahr 2018 und im Anschluss die Kreisversammlung in unserer Patenstadt Gießen statt.

Die Kassenprüfung ergab keine Beanstandungen. Die Kassenprüfer: Monika Buddych und Erwin Kornitzki bestätigten eine hervorragende Arbeit des Schatzmeisters.

Die Einladungen zur Kreisversammlung erfolgten termingemäß. Die eingegangenen Anträge wurden intensiv diskutiert und beschlossen.

Angesprochen und diskutiert wurden unter anderem: Datenschutzverordnung der EU, Ahnenforschung, Heimatkreisartei, neue Mitglieder, anstehende Projekte, Heimattreffen.

Heimatstube wieder geöffnet

Die Maler- und Renovierungsarbeiten in unserer Heimatstube in Rendsburg sind abgeschlossen. Fleißige Helfer haben alles wieder an seinen Platz geräumt, sodass ein Besuch ab sofort wieder möglich ist.

lich ist. Dazu ist allerdings wie bisher auch eine telefonische Voranmeldung und Terminabsprache bei Nina Gotthilf, Telefon (04331) 6645357 oder Bernhard Gienu, Telefon (04331) 9802 notwendig.

Hauptkreistreffen

Unser Hauptkreistreffen findet in diesem Jahr wieder in unserer Patenstadt Rendsburg statt. Als Tagungsort haben wir uns nach intensiver Suche für das Hotel Conventgarten entschieden, das direkt am Nord-Ostsee-Kanal liegt und vielen Landsleuten noch von früheren Treffen in Erinnerung sein dürfte.

Kulturzentrum Ostpreußen

Das Kulturzentrum Ostpreußen im Westflügel des barocken Ellinger Deutschordensschlosses ist in den Monaten April bis September, Dienstag bis Sonntag, 10 bis 12 Uhr und 13 bis 17 Uhr geöffnet.



PREUSSISCH EYLAU Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hildden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net.

Versammlung

Alle Bezieher der Kreisblätter haben jetzt eine Stimme bei der Mitgliederversammlung:

Liebe Kreis Preußisch Eylauer, merken Sie sich bitte schon jetzt den Termin des diesjährigen Kreistreffens in Verden vor: 21. und 22. September. Gegenüber dem bisherigen Ablauf gelten zwei wichtige Veränderungen: An die Stelle der bisherigen Delegiertenversammlung tritt von nun an die Mitgliederversammlung, das heißt, jedes Mitglied, also - bisher - jeder Empfänger des Preußisch Eylauer Kreisblatts, ist eingeladen und stimmberechtigt.



RASTENBURG Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorf, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. GSt.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Wahlergebnis

Als Wahlleiterin gebe ich hiermit bekannt, dass die in diesem Jahr durchgeführten Wahlen abgeschlossen sind. Der allgemeine Aufruf der Kreistagsmitglieder zu den Wahlen erfolgte im Ostpreußenblatt Nr. 3 vom 18. Januar.

Zu wählen waren der Kreisvertreter, der Stellvertreter und vier Beiräte. Die Wahl wurde nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl schriftlich durchgeführt.

Dem Wahlauftrag sind 18 Mitglieder fristgerecht nachgekommen. Alle Rücksendeumschläge waren ordnungsgemäß verschlossen. Von den 18 abgegebenen Stimmzetteln war keiner ungültig.

Nach dem Auszählen der Stimmen gehören folgende Personen dem Kreis Ausschuss an:

Erster Vorsitzender und Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorf; Stellvertretende Kreisvertreterin: Edith Kaes; Beiräte: Ursula Paehr, Hermann Paehr, Alfred Zachau und Christel Klein. Ursula Lösch



RÖSSEL Kreisvertreter: Egbert Neubauer, Nordparkweg 29, 41462 Neuss, Telefon (02131) 569408. E-Mail: Kreisgemeinschaft-Roessel@gmx.de.

Heimatstube

Neuss - Donnerstag, 28. März, 15 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17, 41460 Neuss: Tag der offenen Tür.

Treffen

Altenberge - Freitag, 2., bis Sonntag, 4. August, Hotel Stür, Laerstraße 6, 48341 Altenberge: Treffen der „Bischofsteiner“ im Altenberge. Auskunft bei Gerdy Freise, Telefon (02232) 411881.

Münster - Donnerstag, 15., bis Sonntag, 18. August, Haus Mariengrund, Nünningweg 133, 48161 Münster: Treffen der Bischofsburger Heimatfreunde. Auskunft und Anmeldung: Horst Ehlert, Schmalenau 3, 59821 Arnsberg, Telefon (02931) 7323 oder E-Mail: ehlerthorst@onlinehome.de



TILSIT-STADT Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

Heimatreise

Liebe Tilsiter und Tilsitvereher, die Stadtgemeinschaft lädt

zur einer Bus- und Schiffsreise nach Tilsit ein (Siehe auch PAZ, Ausgabe Nummer 8/2019). Wir haben besonders an Euch, liebe alte Tilsiter, gedacht. Kommt nochmal mit und bringt Eure Nachkommen und junge Leute mit, die sich für Ostpreußen und besonders für Tilsit interessieren.

Vom 16. bis 25. August geht es ab Hannover nach Thorn - Marienburg - Oberländischer Kanal - Königsberg - Tilsit - Großes Moosbruch - Gumbinnen - Trakehnen und Rominter Heide - Kurische Nehrung und mit dem Schiff nach Kiel und dem Bus zurück nach Hannover.

Das kann ein richtiges Ostpreußentreffen werden. Nicht nur wie sonst an einem Tag, sondern zehn Tage lang zusammen im Bus, im Hotel, in der ostpreußischen Landschaft, in Tilsit, der ehemaligen „Stadt ohne Gleichen“, auf dem Schiffe über das Haff zum Verpusten nach Nidden auf der Kurischen Nehrung. Auf dem „Dampfer“ von Memel nach Kiel haben wir dann Zeit, die Erinnerungen an das alte Ostpreußen und die Reiseerlebnisse zu sortieren und zu beschabern. Wir alten letzten echten Ostpreußen und Tilsiter sollten, solange wir noch können, auf solchen Reisen die Erinnerungen an unsere Heimat wachhalten und weitergeben. Zeigen wir den jüngeren Mitreisenden, was noch übriggeblieben ist und bringen wir Ihnen nahe, wie Tilsit einmal war. Wer weiß, wie lange das noch möglich ist.

Manfred Urbschat, Reisebegleiter

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 17

Ostpreußisches Landesmuseum Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, E-Mail: info@ol-ig.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de.

Table with 10 columns and 10 rows of crossword puzzle clues in German.

Table with 10 columns and 10 rows of crossword puzzle clues in German.

Table with 10 columns and 10 rows of crossword puzzle clues in German.

Large crossword puzzle grid with clues in German.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with numbers 1-9.

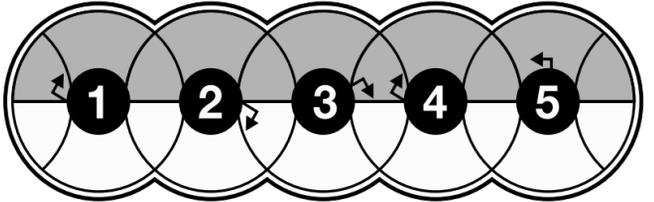
Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

6x6 Diagonal puzzle grid with numbers 1-6.

Diagonalrätsel Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen einen Schmetterling und einen Gliederfüßer.

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Satzzeichen.



Heimatkreisgemeinschaften  
Fortsetzung von Seite 16

 **TILSIT-RAGNIT**

Kreisvertreter: Dieter Neukamm,  
Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

**Mechthild Stoye-Herzog**



Mechthild Stoye-Herzog

Nicht selten ist die Kreisgemeinschaft in personeller Not; das ist unter anderem immer dann der Fall, wenn die Betreuung eines Kirchspiels nicht mehr gewährleistet werden kann, weil der Kirchspielvertreter – meistens aus gesundheitlichen Gründen – sich gezwungen sieht, seine Tätigkeit einzustellen.

Im Frühjahr 2018 bahnte sich diese Entwicklung für das Kirchspiel Trappen/Trappönen an. Peter Nerowski ließ wissen, dass er

zu seinem großen Bedauern sein Amt werde niederlegen müssen. Aber die Trappöner hatten großes Glück: Auf Nachfrage erklärte sich Mechthild Stoye-Herzog bereit, Peter Nerowskis Nachfolge anzutreten. Ab Mai 2018 nun kümmert sich die Tochter der in Trappen geborenen Margarete Mikoleit um die Mitglieder dieses Kirchspiels.

Im Kreis Bitterfeld, damals Bezirks Halle, 1949 geboren, kehrte die junge Frau mit 21 Jahren, zusammen mit ihrem zukünftigen Ehemann, der DDR den Rücken. Man zog mehrmals in der Bundesrepublik um, heiratete zwischenzeitlich und fand das endgültige Zuhause schließlich in Radolfzell am Bodensee.

Von ihrer Mutter hörte Mechthild viel über die Heimat ihrer Vorfahren, auch über die Situation nach der Wende, von der die Mutter ihr nach zwei Reisen an die Memel berichtete. Ihr Interesse, die Region selbst in Augenschein zu nehmen, wurde von Jahr zu Jahr größer, und 2015 reiste sie zum ersten Mal dorthin, mit dem Ergebnis, dass ihr klar wurde, wie sehr sie selbst sich in Ostpreußen verwurzelt fühlt. Die Mitgliedschaft in der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit erfolgte quasi zwangsläufig.

Sie suchte und fand den persönlichen Kontakt zu den Mitgliedern durch die Teilnahme am Nachbarschaftstreffen in Gera, erklärte ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Mitarbeit bei entsprechendem Bedarf und fuhr 2017 erneut an die Memel. Seit etwa einem Jahr betreut Mechthild Stoye-Herzog, wie gesagt, das Kirchspiel Trappen, und nach eigenem Bekunden bereitet ihr diese Tätigkeit große Freude.

Am 18. März vollendet Mechthild Stoye-Herzog ihr 70. Lebensjahr. Die Mitglieder des Kreistags freuen sich, sie als Mitarbeiterin unter sich zu wissen, gratulieren ihr von Herzen und wünschen ihr alles Gute.

*i.A. Dieter Neukamm, Kreisvertreter*

 **BAYERN**  
Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

**Altmühlfranken** – Sonnabend, 23. März, 9 Uhr, Kulturzentrum Ostpreußen, Ordensschloss in Ellingen: Kulturtagung des Kulturzentrums Ostpreußen.

**Ansbach** – Sonnabend, 16. März, 15 Uhr, Orangerie: Treffen. – Sonnabend, 23. März: Kulturtagung des Kulturzentrums Ostpreußen, Sonderprogramm-Kulturzentrum Ostpreußen, Schloss Ellingen

**Landshut** – Dienstag, 19. März, 13.30 Uhr, Gasthaus zur Insel: Treffen. Kassenprüfung und Jahreshauptversammlung.

**Nürnberg** – Dienstag, 26. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser, Ende der U1 gegenüber: Wir bekommen Besuch von unserer Bezirksvorsitzenden aus Ansbach. Gäste und Freunde der Heimat sind herzlich willkommen.

**Weiden** – Jahreshauptversammlung mit Faschingsfesten. Die Landsmannschaft traf sich im Café Mitte am Stockerhutupark zur Jahreshauptversammlung.

Vor der offiziellen Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden Norbert Uschald und den Heimatliedern leitete die Kassiererin Ingrid Uschald die Zusammenkunft mit einem launischen Faschingsgedicht ein. Sie gratulierte auch den Geburtstagskindern des Monats März. In seinem Tätigkeitsbericht ging der Vorsitzende auf die Veranstaltungen des vergangenen Vereinsjahres ein. Er stellte fest, dass die Kreisgruppe weiterhin sehr aktiv ist, und bedankte sich bei allen Helfern, besonders bei seiner Familie für die Unterstützung. Sein Dank galt auch dem fleißigen Team von Café Mitte für die hervorragende Betreuung und Bewirtung. Geplant sind heuer unter anderem eine Muttertagsfeier, eine Jubiläumsveranstaltung, ein Gartenfest, eine Erntedankfeier und eine Vorweihnachtsfeier.

Anschließend erfolgte der Kassenbericht von Ingrid Uschald, der Kassenprüfungsbericht von Ilse Stark sowie die Entlastung der Vorstandschaft. Nach den Formalitäten besaßen sich Norbert Uschald, Ilse Stark, Andreas, Katharina und Barbara Uschald in Gedichten und Wortbeiträgen mit dem Thema Fasching. Passend dazu stimmten Anita Uschald und Norbert Uschald einige Stimmungslieder zur musikalischen Umrahmung an. Man verabschiedete sich mit dem Lied „Kein schöner Land“ bis zum nächsten Heimatnachmittag am Sonntag, den 7. April um 14.30 Uhr im Café Mitte.

 **BERLIN**  
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blnde.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN

 **Bartenstein** – Anfragen für gemeinsame Treffen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

 **Königsberg** – Freitag, 22. Mär, 14 Uhr, Forckenbeckstraße 1, 14199 Berlin-Wilmersdorf: Treffen. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

 **BRANDENBURG**  
Vorsitzender: Hans-Jörg Froese, Phoebener Chausseestraße 10, 14542 Werder, Telefon: (03327) 741603, E-Mail: lo.lg.brandenburg@gmail.com Internet: https://lo.lg.brandenburg.wordpress.com/

**Potsdam** – Sonntag, 24. März, ab 11 Uhr, Galerie „Die Ersten Preußen“ in 14467 Potsdam, Am Neuen Markt 9d: Mitgliederversammlung mit zwei Vorträgen. Hierzu lädt der Vorstand der LO-Landesgruppe Brandenburg auch interessierte Gäste ein.

 **HAMBURG**  
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

**Landesgruppe** – Freitag, 10. Mai: Das Kulturreferat lädt zu einer zweitägigen Fahrt zum Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen am 11. Mai in Wolfsburg ein. Diese große Veranstaltung bietet nicht nur Gelegenheit, Verwandte, Freunde und Weggefährte wiederzusehen, sondern auch ein umfangreiches Kulturprogramm. Die Ansprache hält Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft. Sie tragen mit Ihrer Teilnahme dazu bei, dass auch weiterhin große Treffen der Heimatvertriebenen stattfinden können. Preis pro Person im Doppelzimmer 125 Euro, im Einzelzimmer 159 Euro, darin enthalten sind Hin- und Rückfahrt in einem modernen Reisebus, eine Übernachtung mit Frühstücksbuffet im 4-Sterne Hotel Courtyard by Marriott, Kaffee und Kuchen in unserem Hotel am 10. Mai, die Besichtigung des VW-Werks mit der VW-Panoramabahn am Freitag, Abendessen: 3-Gang Menü in Buffetform in unserem Hotel am 10. Mai, Fahrt mit unserem Bus vom Hotel zu den Veranstaltungshallen, Eintrittskarte für die Veranstaltung.

Absfahrten am Freitag, 10. Mai: 9 Uhr ab Kirchenallee beim Hamburger Hauptbahnhof, 9.30 Uhr ab Bahnhof Harburg, 9.45 Uhr ab Meckelfeld, Höpenstraße 88, Bushaltestelle Waldquelle. Rückfahrt am Sonnabend, 11. Mai um 18 Uhr über Meckelfeld und Harburg zur Kirchenallee.

Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520 und (0172) 9209151. – Sonntag, 31. März, Abfahrt 13 Uhr ab Meckelfeld: Das Kulturreferat lädt ein zum ostpreußischen Theater Dittchenbühne nach Elmshorn per Bus. Nach dem gemeinsamen Kaffeetrinken und einem Gläschen Bärenfang sehen wir uns die Komödie von William Shakespeare „Was Ihr wollt“ an. Der Preis beträgt 30 Euro pro Person. Im Preis ist enthalten: Fahrt in einem modernen Reisebus, ein Fläschchen Bärenfang während der Fahrt, Kaffee und Kuchen sowie die Theateraufführung. Weitere Informationen und Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520 und (0172) 9209151, E-Mail: walter.bridszuhn@gmx.de

**Bergedorf** – Freitag 22. März, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1, Bergedorf: Jahres-

hauptversammlung, Jahresrückschau und Ausblick „Frühlingserwachen“, Kaffee und Schmandkuchen.

 **HESSEN**  
Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlweg 3, 64367 Mühlthal, Telefon (06151) 148788

**Landesgruppe** – Sonnabend, 30. März, 9.30 bis etwa 17.15 Uhr, Wilhelm-Kempf-Haus 1, 65207 Wiesbaden-Naurod: Kulturtagung. Der Teilnehmerbeitrag in Höhe von 30 Euro pro Person enthält ein Mittagessen, Kaffee und Kuchen. Anmeldungen ab sofort an Kuno Kutz, unter Telefon (06441) 770559 oder per E-Mail: Kuno.Kutz@t-online.de

**Dillenburg** – Bei der Monatsversammlung am 27. Februar sprach Hans-Joachim Naujoks über das Thema „Breitscheider Auswanderer nach Ostpreußen 1723“. Breitscheid liegt wie Dillenburg im Lahn-Dill-Kreis und gehörte damals zum Herzogtum Nassau. Zuerst ging er auf die Frage ein: „Warum wollten die Breitscheider auswandern?“ Es gab mehrere Gründe: Das Gebiet, wohin sie ziehen wollten, war durch den Tatareneinfall 1656 total verödet. Tausende Menschen waren erschlagen oder verschleppt worden, ganze Dörfer vernichtet. Dazu kam 1709 bis 1711 die große Pestepidemie, der „Schwarze Tod“, an dem viele starben, weil es für diese Krankheit keine Heilung gab. Der preußische König warb darum im Westen Deutschlands Menschen an, die das Gebiet neu besiedeln sollten und denen er Hilfe dabei zusagte. Zuerst kamen etwa 100 Familien aus der Schweiz, von denen aber viele an der Pest starben. In den Jahren 1714 bis 1721 folgten preußisch-litauische Bauern. In der zweiten Einwanderungswelle kamen Schweizer, Nassauer, Pfälzer, Magdeburger und süddeutsche Familien; den Abschluss bildeten 1732 rund 16000 Salzburger. Sie alle wurden im Raum Gumbinnen angesiedelt.

Ein anderer Grund war der niedrige Lebensstandard der heimischen, oft kinderreichen Familien. Durch die starke Bevölkerungszunahme nach dem 30-jährigen Krieg reichte die Landwirtschaft nicht mehr aus, um alle zu ernähren. So entschlossen sich 1723 vier Breitscheider Familien, das Angebot des preußischen Königs anzunehmen und nach Ostpreußen zu übersiedeln. Dazu mussten sie aber vom Grafen von Nassau die Erlaubnis erhalten. Hans-Joachim Naujoks hatte von einem Breitscheider, Ernst Henn, alte Urkunden erhalten, in denen dies belegt ist. Henn hatte in der Zeitung gelesen, dass dies Thema in der nächsten Monatsversammlung behandelt werden sollte, und er bot an, die Urkunden einzusehen, die von seinem Urgroßvater stammten. Darin sind vier Breitscheider Familien genannt, die mit ihren Frauen und zahlreichen Kindern fortzogen, um ihre Lebensumstände zu verbessern. Das erhofften sie von ihrer Auswanderung und Neuan-siedlung im fernen „Littau“, wie preußisch Litauen genannt wurde. Viele Generationen blieben dort bis zu ihrer Flucht im Winter 1945. Im 18. und 19. Jahrhundert sind auch Einzelpersonen aus Breitscheid ausgewandert, teils nach Ostpreußen, einige auch nach Amerika. Die Namenslisten kann man aus den zeitgenössischen Einwohnerlisten ansehen, manchmal werden sie auch in Kirchenbüchern erwähnt. Denn die Auswanderungswilligen mussten sich bei ihrem Bürgermeister, bei ihrem Pfarrer und, wie gesagt, bei ihrem Grafen, dessen Leibeigene sie ja waren, abmelden. Viele junge Männer liebten sich auch zum auswärtigen Militärdienst anwerben.

Andere waren als Verwalter oder Pächter auf auswärtigen Hofgütern tätig. Auch das kann man in alten Archiven oder Kirchenbüchern nachlesen. Erwähnt wird zum Beispiel das Dillener Gut Hof Peldbach. Das Referat war sehr interessant und aufschlussreich, und Hans-Joachim Naujoks bekam dafür viel Beifall.

Die nächste Monatsversammlung findet am Mittwoch, 27. März um 15 Uhr im Café Eckstein in Dillenburg, Königsberger Straße, statt. Dann wird Dietmar Balschun über den Maler Emil Nolde sprechen, der als Biograf einer Kunst bezeichnet wird, dazu wird Dietmar Balschun ein Altarbild von Emil Nolde zeigen. *I. Nowakiewitsch*  
**Wiesbaden** – Sonnabend, 16. März, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Monatstreffen. – Donnerstag, 21. März, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird Grützwurst. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 15. März bei Irmgard Steffen unter Telefon (0611) 844938.

 **NIEDERSACHSEN**  
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenu, Telefon (05901) 2968.

**Braunschweig** – Mittwoch, 27. März, 15 Uhr, Gaststätte Mahlzzeit, Kälberwiese 13 a, Braunschweig (Siedlerheim Alt Petritor, nächste Bushaltestelle Kälberwiese): Generalversammlung.  
**Osnabrück** – Freitag, 15. März, 15 Uhr, Hotel Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43, 49080 Osnabrück: Frauengruppe.

 **NORDRHEIN-WESTFALEN**  
Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

**Landesgruppe** – 16. März, 10 Uhr, Haus Union, Schenken-dorfstraße 13, 46047 Oberhausen: Einladung zur Delegiertentagung mit Neuwahlen.

Liebe Vorsitzende der Kreis- und Ortsgruppen, liebe Mitglieder, um rege Beteiligung am 16. März wird gebeten. Es finden Neuwahlen statt. Wahlen sind wichtig; bitte machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch.

Der Vortrag von Menno Aden zum Thema „Preußen und die deutsche Kultur des 19. Jahrhunderts“ wird entfallen. Es ist dem Landesvorstand jedoch gelungen, einen Referenten für das Thema „Versailles und das Memelland“ zu gewinnen. Freuen Sie sich mit uns auf dieses Referat. Es wird zwei Jahrestage behandeln: zum einen den 100. Jahrestag der Vertragsunterzeichnung des Vertrags (Diktats) von Versailles, zum anderen den 80. Jahrestag der Wiederangliederung des Memellandes an das Deutsche Reich.

**LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT  
LANDESGRUPPEN**

 **BADEN-WÜRTTEMBERG**  
Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219. Sprechstunde nach Vereinbarung.

**Ludwigsburg** – Dienstag, 19. März, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Stammtisch.

**Reutlingen** – Sonnabend, 16. März, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a: Jahreshauptversammlung. Der Vorstand lädt alle Mitglieder mit Familie und Freunde unserer unvergessenen Heimat herzlich ein.

Wir bitten wegen der Essensvorbestellungen um kurze Anmeldung bei Ilse Hunger unter Telefon (07121) 52541.

**Stuttgart** – Dienstag, 19. März, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Kleiner Saal: Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Stuttgart.

Wichtigster Tagesordnungspunkt ist die Entscheidung, ob die Kreisgruppe den e.V. auflöst und als Untergliederung der Landesgruppe weiter besteht.

Nach dem offiziellen Teil wird ein Film über Ostpreußen gezeigt. Bitte nehmen Sie zahlreich an der Veranstaltung teil.

Gäste sind herzlich willkommen.

**Stuttgart** – Sonnabend, 30. März, 10 bis 16 Uhr, Haus der Heimat, Schlossstraße 92, Stutt-

**Landsmannschafft. Arbeit**  
 Fortsetzung von Seite 17

**Düren** – Sonnabend, 16. März: Frühjahrstagung der LO in Oberhausen. Anfragen an Gerda Wornowski, Telefon (02421) 72776, E-Mail: gwornowski@gmail.com

**Bericht** – Am 6. März wurde die Dürener Jahreshauptversammlung des BdV sowie der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen abgehalten. Die Vorsitzende vom BdV Ursula Kluge hatte einen BdV-Jahresbericht abgegeben. Nach dem vom Kassenwart Waldemar Boeck und den Kassenprüfer Franz Grunwald und Ulrich Porschke abgegebenen Berichte, wurde die Kasse einstimmig entlastet.

Es folgte der Jahresbericht der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen von der Vorsitzenden Gerda Wornowski, und auch diese Kasse wurde einstimmig entlastet. Im Anschluss wurden Gratulationen und Ehrungen vorgenommen. Die Vorsitzende vom BdV Ursula Kluge wurde mit einem Blumenstrauß zum 85. Geburtstag gratuliert. Eheleute Horst und Ursula Schöneberg hatten an dem Tag ihren 54. Hochzeitstag, sie wurden auch mit einem Blumenstrauß überrascht. Es wurden fünf Mitglieder für langjährige Mitgliedschaft und Treue zur Heimat mit einer Urkunde und Blumenstrauß geehrt: Juliane Schlaugat für 20 Jahre Mitgliedschaft. Für 15 Jahre Mitgliedschaft wurden Doris Hanz und Horst Schöneberg geehrt. In Abwesenheit durch Erkrankung wurde Pf. Joachim K. Plattenteich für 15 Jahre und Brigitte Romanski für 10 Jahre Mitgliedschaft geehrt. Der Vorstand bedankte sich bei allen Mitgliedern für die Treue zu der Landsmannschaft und Heimat.

Abgerundet wurde die Jahreshauptversammlung mit einem kleinen Imbiss. Die Fisch- und Käsebrötchen wurden von den Geburtstagskindern gespendet. Unter anderem wurde beschlossen, dass wir am 10. Mai einen dreitägigen Ausflug machen wollen. Wir fahren nach Wolfsburg zum Ostpreußen-Treffen, mit Besuch des Landesmuseums in Lüneburg sowie die Altstadt in Wolfsburg. Es sind noch Plätze frei. Am 3. April machen wir einen Informations-Heimatabend, Frau Hages vom Stadtarchiv in Düren wird uns einen Vortrag halten über die Flüchtlinge von damals, die Eingliederung der Flüchtlinge in Düren und über die Nebenerwerbsstellen in der Boisdorfer

Siedlung in Düren-Rölsdorf. Alle Interessierte sind herzlich eingeladen, sich um 17 Uhr im Haus des deutschen Osten, Holzstraße 7 a in 52349 Düren einzufinden. G. W.

**Düsseldorf** – Freitag, 15. März, 17 bis 20 Uhr, Eichendorff-Saal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Nacht der Bibliotheken „Mach es! – Werkstatt zur Familienforschung“. – Sonnabend, 16. März, 10 Uhr, Haus Union, Oberhausen: Frühjahrstagung der LMO NRW mit Neuwahl. – Donnerstag, 21. März, 18 Uhr, Raum 412 „Ostpreußen-Zimmer“, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals. – Freitag, 29. März, 19 Uhr, GHH: Vortrag und Diskussion mit Gerhard Erb zum Thema „Entstehung, Existenz und Ende der Freien Stadt Danzig“.

**Ennepetal** – Bei der Wahl am 21. Februar wurden zum Ehrenvorsitzenden Gerhard Sadlowski und als 1. Vorsitzende sowie als Schriftleiterin in Personalunion Monika Wakenhut einstimmig gewählt. Alle anderen Vorstandsmitglieder bleiben ein weiteres Jahr im Amt.

**Essen** – Freitag, 15. März, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfsstraße 51, 45144 Essen: Filmvorführung „Die Reise nach Tilsit“, von Hermann Sudermann.

**Wesel** – Sonnabend, 6. April, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: traditionelles Frühlingsfest mit Grützwurst und einem schönen Programm. Anmeldung bis zum 23. März bei Paul Sobotta unter Telefon (0281) 45657 oder bei M. Rohde, Telefon (02862) 4403.

**Witten** – Montag, 18. März, 14.30 Uhr, Evangelische Lutherische

**100 Jahre Versailler Friedensvertrag**

Die vom Altsprecher der LO, Wilhelm v. Gottberg, gegründete Stiftung „Bildung und Erneuerung“ veranstaltet am letzten Aprilwochenende 2019 ein Wochenendseminar mit der Thematik des sogenannten Versailler Friedensvertrages.

Das Seminar ist für Teilnehmer kostenlos, einschließlich Unterkunft und Verpflegung. Die Unterbringung erfolgt im Zweibettzimmer. Für Studenten und Auszubildende kann ein Reisekostenzuschuss gezahlt werden.

Näheres unter Telefon (05842) 379.

Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6–10: Treffen.


**SACHSEN- ANHALT**

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

**Gardelegen** – 29. März, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Buchlesung.


**SCHLESWIG- HOLSTEIN**

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

**Bad Schwartau** – Sonntag, 31. März, 11.30 Uhr, Mühlenberggymnasium Europaschule: Wir feiern den 70. Jahrestag der Gründung der Ortsgruppe Bad Schwartau.

**Malente** – Mittwoch, 3. April, 15 Uhr, Pflanzencenter Buchwald, Rövkampallee 39, 23714 Malente/OT Krummsee: Jahreshauptversammlung mit folgender Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung,
2. Totenehrung,
3. Jahresbericht des Vorsitzenden,
4. Kassenbericht,
5. Bericht des Kassenprüfers,
6. Entlastung des Vorstandes,
7. Wahlen,

a) Vorsitzender, b) stellvertretender Vorsitzender, c) Schriftführer, d) Kassenführer, e) stellvertretender Kassenführer, f) Beisitzer, g) zwei Kassenprüfer,

8. Anfragen und Verschiedenes. Gäste sowie Freunde der Landsmannschaft sind herzlich willkommen.

**Ostpreußisches Landesmuseum** – Dienstag, 19. März, 14.30 Uhr bis 16.30 Uhr: Reihe Museum erleben: „Das edelste Wesen, welches vielleicht je die Erde trug“ – Der Mythos Luise Führung mit Joachim Männert, Direktor des OL. Anmeldung unter Telefon (04131) 759950.

**Dittchenbühne**

**Elmshorn – Bildungsfahrt der Dittchenbühne: neun Tage ins „Bernsteinland“**

Vom 24. Juni bis zum 2. Juli steht die „große“ Bildungsfahrt des Elmshorner Mehrgenerationenhauses „Forum Baltikum - Dittchenbühne“ auf dem Programm: eine neuntägige Fahrt im modernen Reisebus ins „Bernsteinland“ - das viele landschaftliche und touristische Highlights bietet sowie eine ganze Reihe von historischen Zielen und von aktuellen Projekten.

Die Stationen, die während der längsten Fahrt der Dittchenbühne in diesem Jahr angesteuert werden, im Überblick: Schneidemühl, Danzig mit

Stadtführung, Elbing, Königsberg mit Stadtführung und Dombesichtigung, Tilsit mit Stadtbesichtigung, Labia, Ragnit, Palmnicken mit Besichtigung des Bernsteingebäudes, Kurische Nehrung mit Besuch der Vogelwarte Rossitten, Masuren mit Schifffahrt auf dem Spirdingsee und der Oberlandkanal mit Bootsfahrt nach Hirschfeld. Detaillierte Reiseinformationen gibt es beim „Forum Baltikum - Dittchenbühne“.

nen gibt es beim „Forum Baltikum - Dittchenbühne“.

Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt weist ausdrücklich darauf hin, dass auch bei dieser Reise ein Arzt mit an Bord ist. Eine rechtzeitige Anmeldung, so Neufeldt, mache den Organisatoren die Reisevorbereitung einfacher und sichere den Interessenten den Fahrschein für die Reise.

Weitere Informationen zu dieser Fahrt können kostenlos und unverbindlich angefordert werden unter Telefon (04121) 89710 und per E-Mail unter buero@dittchenbuehne.de. Es gibt sie natürlich auch im Theaterbüro.

Forum Baltikum – Dittchenbühne, Hermann-Sudermann-Allee 50 – 25335 Elmshorn



Bild: Pixabay

Danzig: Der Hafen

**Mit einem Jahresabo der PAZ zum ostpreußischen Gaumenkitzel**

**Ihre Prämie: Das ostpreußische Schlemmerpaket**

Bärenjäger und Königsberger Marzipan laden Sie ein in die Genusswelt Ostpreußens, Rezepte der traditionsreichen ostpreußischen Küche bietet das hochwertige Kochbuch.

Gleich unter  
040-41 40 08 42  
oder per Fax  
040-41 40 08 51  
anfordern!

Preußische Allgemeine Zeitung  
Die Wochenzeitung für Deutschland

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.preussische-allgemeine.de](http://www.preussische-allgemeine.de).

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE**
**Provisorien als gemeinsame Geschichte**

Das Lausitzmuseum im polnischen Görlitz komplettiert die Geschichte der Stadt

Eine gemütliche Ecke mit einem Stuhl am runden Café-Tisch lädt zum Verweilen ein. Im Hintergrund ein projiziertes Schwarz-Weiß-Foto, dessen Mitte eine lächelnde Frau mit Kopftuch und Mantel und ein Mann im Anzug einnehmen. Die Beiden sind koloriert und wirken, als würden sie jeden Augenblick auf einen zugehen.

Daneben ein Radiogerät, aus dem Musik tönt. Auf dem Radio befindet sich ein Aschenbecher mit einer rauchenden Zigarre. Und obwohl die Zigarre nicht wirklich angezündet ist, sondern nur auf dem Bild dampft, so glaubt man sie dennoch riechen zu können. „Die Beiden im Bild sind das Ehepaar Lawrynowicz. Sie führten das erste Café in Ost-Görlitz (Zgorzelec) nach 1945. Alles, was wir in der Ausstellung zeigen, sind Originale aus den 40er und 50er Jahren“, versichert Piotr Arcimowicz, Museumsleiter und einer der drei Kuratoren der neuen Sonderausstellung. Im Neuland unter Fremden“ im Lausitz-Museum (Mu-

zeum Luzyckie) im polnischen Teil von Görlitz. Von Haus aus ist Arcimowicz Grafiker und Computerexperte und für die Gestaltung und die interaktiven Details der Ausstellung verantwortlich. Seine Kollegen, die Archäologin Malgorzata Zysnarska und der Historiker und Halbtagslehrer Piotr Zubrzycki, haben die Texte verfasst. „Die Menschen wollten das Kriegstrauma vergessen, sie wollten tanzen, ausgehen. Abgesehen von den 70er Jahren gab es nie wieder in Ost-Görlitz so viele Tanzlokale, Kneipen und Gasthäuser“, so Arcimowicz, der sich dem Thema Ost-Görlitz nach 1945 bereits zum zweiten Mal in seinem Museum annimmt. Ebenfalls als Sonderausstellung hat er zusammen mit den Kollegen 2011/12 die Vertreibung und Neubesiedlung in der Neißestadt behandelt. Damals waren Zeitzeugenberichte Schwerpunkt der Präsentation.

Da alle Ausstellungen im Lausitzmuseum polnisch-deutsch sind und der Großteil der Besucher deutsche Görlitz-Touristen, ließen

die Reaktionen nicht lange auf sich warten. „Was mir besonders stark in Erinnerung blieb war eine Dame aus Deutschland, die in Görlitz lebte und von hier vertrieben wurde. Sie warf mir vor, dass wir diesen Verlust und die Vertreibung an sich nicht verstehen könnten. Ich erwiderte, dass meine Großeltern sechs Kriegsjahre erlebt haben; in diesen Jahren standen sie zunächst unter einer Okkupation und dann unter der nächsten. Die Deutschen erlebten dagegen das Grauen des Krieges meist erst ab 1945, als die Front diesen Landstrich erreichte“, so der Museumsleiter. Doch Kritik



Er ist ständig dabei die bis in das kommende Jahr zu sehende Ausstellung „Im Neuland unter Fremden“ zu erweitern: Museumsleiter Piotr Arcimowicz

Bild: Wagner

kam auch seitens der Polen, die den Ausstellungskuratoren vorwarfen, sie hätten das Martyrium der polnischen Nation nicht ausreichend behandelt.

Für den Mittvierziger und seine Kollegen ist klar, dass, obwohl sie sich ein detailliertes Wissen zu dieser Zeit angeeignet haben, sie nicht in der Lage wären, die Emotionen von damals wiederzugeben. Deshalb hätten sie sich in ihrer neuen Ausstellung entschieden, die Ereignisse stärker in den historischen Kontext zu stellen. „Die neue Präsentation ist allgemeiner gefasst und hat drei Ebenen. In der

ersten bekommt der Betrachter Informationen zu Niederschlesien und nähert sich schrittweise der lokalen Geschichte an“, so Arcimowicz, der jedoch gleich einräumt, dass die deutsche Geschichte der Region und die Vertreibung hier nur angeschnitten wird. „Für uns beginnt die Geschichte hier zwar nicht erst 1945, aber die deutsche Geschichte wird bereits vom Kulturhistorischen Museum Görlitz und vom Schlesischen Museum Görlitz behandelt. Wir wollen hier nicht in Konkurrenz zu den Kollegen auf der anderen Neißeseite treten. Wir zeigen unsere Geschichte“.

Piotr Arcimowicz findet in den Nachkriegsjahren ein verbindendes Moment für beide Völker – das Gefühl des Provisoriums: „Die deutschen Vertriebenen schauten Osten und hatten die Hoffnung, dass sie wiederkommen könnten. Dieses Gefühl, alles ist nur vorübergehend, hatten auch die Ostgebieten hierher kamen. Viele der Befragten haben berichtet, sie

hätten sich bewusst in der Nähe von Bahnhöfen niedergelassen, damit sie im Falle eines Falles schnell wieder wegkämen“.

Der polnische Görlitzer in dritter Generation sieht sich als gutes Beispiel eines typischen Bewohners seiner Stadthälfte: Sein Großvater väterlicherseits stammt aus Ostpolen, die Großmutter aus der Nähe von Warschau. Mütterlicherseits war der Opa ein Gorale aus Krynica und die Oma kam aus Kielce. Sein Großonkel heiratete eine verbliebene Deutsche. Alle „Parteien“ brachten ihre Traditionen und Mentalitäten mit. Trotz kultureller Unterschiede verband die Pioniere die Notwendigkeit, den allgemein herrschenden Mangel an allem zu managen und sich des Fremden und Verhassten, des Deutschen in der neuen Heimat, zu entledigen. Als Symbol dafür stehen in der Ausstellung Karten mit durchgestrichenen deutschen Ortsnamen und eine Truhe mit deutschen Inschriften, die zum Teil mit weißer Farbe übermalt wurde. Chris W. Wagner

# Territoriale Kurzgeschichte Pommerns

... und wie es zur jetzigen Teilung kam

**F**ast ein Dreivierteljahrhundert ist seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs vergangen, über sieben Jahrzehnte seit Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland, dem Sudetenland, und den Siedlungsgebieten in Ostmittel- und Osteuropa. Auch Pommern ist davon betroffen und hatte 1945 eine schwere Zäsur hinzunehmen, die die preußische Provinz in zwei Teile zerriss, schwerwiegender als die dynastischen Teilungen in seiner Geschichte. Wie aber kam es dazu, dass mitten durch Pommern eine Grenze gezogen wurde, die 1990 als endgültig anerkannt wurde?

Mit dem Versailler Diktat wurden nach dem Ersten Weltkrieg große Gebietsteile vom Deutschen Reich abgetrennt und nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Potsdamer Protokoll alle noch verbliebenen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie unter polnische und russische Verwaltung gestellt. Bereits mit den sog. Ostverträgen, dem Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 und dem Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970, sah die Bundesrepublik Deutschland die Oder-Neiße-Linie als die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen an. Mit dem sog. „Grenzbestätigungsvertrag“ vom 14. November 1990 verdeutlichte die Bundesrepublik Deutschland nochmals den Verzicht auf die ostdeutschen Gebiete und somit auch auf den größten Teil Pommerns.

### Pommern unter den Greifen

Bereits 1170 schlossen sich die pommerschen Fürsten dem Heiligen Römischen Reich an, und 1181 wurde Pommern ein Reichslehen. In der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts gelangte der größte Teil des heutigen Vorpommerns an das pommersche Herzogtum. 1317 folgten nach kurzfristiger Zugehörigkeit zu Brandenburg die Länder Schlawe und Stolp und 1325 nach dem Aussterben der rügenschenschen Fürsten auch das

Fürstentum Rügen mit der Insel Rügen und dem „Rügenschenschen Festland“. Pommern wurde in der Vergangenheit wiederholt geteilt, mehrmals in die Linien Pommern-Stettin und Pommern-Wolgast. Von 1625 bis zum Aussterben des Herrscherhauses 1637 unterstand Pommern mit Herzog Bogislaw

### Pommern bei Brandenburg und Schweden

Nach dem Aussterben des Greifengeschlechts fiel Hinterpommern, einschließlich des Bistums Cammin, mit dem Westfälischen Frieden 1648 an das Kurfürstentum Brandenburg, das übrige Pom-

Neu-Vorpommern, das restliche Pommern mit Rügen und Stralsund, nachdem es ein Jahr lang zu Dänemark gehört hatte. 1637 wurden die Länder Bütow und Lauenburg an Polen abgetreten, fielen aber mit dem Vertrag von Bromberg 1657 wieder an Pommern zurück.

Kreise Dramburg und Schivelbein Pommern angegliedert. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Pommern Grenzprovinz des Deutschen Reiches und musste mit dem Diktat von Versailles 10 km<sup>2</sup> (1014 ha) mit 224 Einwohnern an Polen abtreten, erhielt aber von Westpreußen 64,5 km<sup>2</sup> mit 1657 Einwohnern, die nicht mit

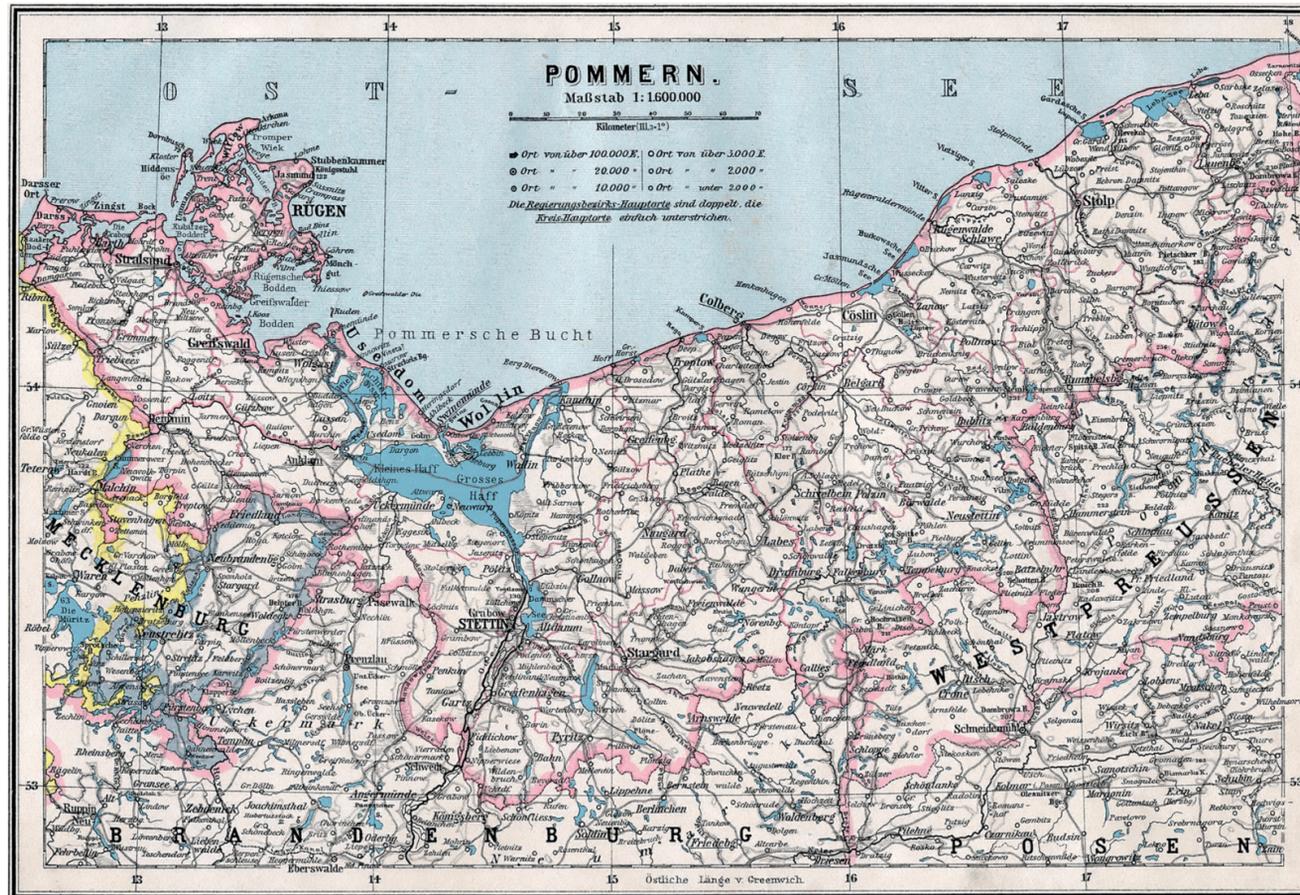
Bez. Grenzmark Posen-Westpreußen hinzu. Zu diesem neuen Regierungsbezirk wechselten die pommerschen Kreise Neustettin und Dramburg und die bisher brandenburgischen Kreise Friedeberg und Arnswalde. Weiter gehören dazu die vormaligen posenschen Kreise Netzekreis und Schneidemühl, sowie die westpreußischen Kreise Schlochau, Deutsch Krone und Flatow.

### Nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Pommern geteilt. Das westliche Gebiet kam an die Sowjetische Besatzungszone (SBZ), das mittlere und östliche einschließlich Stettin und Swinemünde verwaltungsmäßig an die Volksrepublik Polen. Zwar wurde das Stettiner Stadtgebiet auf polnisches Verlangen hin Anfang Juli 1945 aus der SBZ heraus gelöst, aber mit dem Potsdamer Protokoll vom 2. August 1945 sollte westlich der Oder nur Swinemünde Polen überlassen werden. Im Oktober 1945 eignete sich Polen weitere Gebiete im Stettiner Vorland an (siehe „Oder-Neiße-Linie – Der Stettiner Zipfel“, PAZ, Folge 32, 11. August 2018). Die offizielle Verwaltungsübertragung erfolgte am 19. November 1945 durch die Sowjetunion. Noch bis 1951 erfolgten geringfügige Grenzberichtigungen, das polnisch verwaltete Pommern erreichte seinen endgültigen Umfang.

Der zur Republik Polen gehörende Teil Pommerns umfasst überwiegend die Bezirke „Westpommern“ und „Pommern“, die Woiwodschaften „Zachodniopomorskie“ und „Pomorskie“. Der pommersche Anteil im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern erstreckt sich über die Kreise „Nordvorpommern“ mit geringfügigem mecklenburgischen Gebiet, „Süd-vorpommern“ mit fast vollständigem pommerschen Landesteil und „Mecklenburgische Seenplatte“ mit geringfügigem pommerschen Anteil um Demmin.

Manfred Weinhold



Die Provinz Pommern 1905

### Pommern bis zum Zweiten Weltkrieg

Veränderungen der Außengrenzen waren in den folgenden Jahren gering. Nur am Anfang des 19. Jahrhunderts wurden mit der „Verordnung vom 10. April 1815 über die verbesserte Einrichtung der Provinzialbehörden“ die brandenburgisch-neumärkischen

mern mit Rügen an Schweden. Der von Brandenburg erworbene Umfang entsprach in etwa dem heute polnisch administrierten Teil. Alt-Vorpommern südlich der Peene einschließlich Stettins musste 1720 mit dem Friedensvertrag von Stockholm von Schweden an Brandenburg-Preußen abgetreten werden. 1816 erhielt Preußen auch

dem Versailler Diktat an Polen gefallen waren.

Die Provinz Pommern bestand aus den Regierungsbezirken Stettin, Köslin und Stralsund, wovon letzterer 1932 aufgelöst wurde. Im Zuge der Neuordnung in den östlichen Provinzen Preußens kam am 1. Oktober 1938 noch der ursprünglich der Provinz Brandenburg zugeordnete Reg-

Die Türme von Stralsund in der Abendsonne März 2019 (Foto Peer Schmidt-Walther)



## So war es damals –

Gelesen in „Wir Ostpreußen“ vom 1. März 1949: Pommerntreffen in Hannover

**I**n wie starkem Maße der Gedanke des landsmannschaftlichen Zusammenschlusses die Zustimmung der Ostvertriebenen findet, bewies eindrucksvoll das Pommerntreffen am 4. und 5. Februar in Hannover. Den Auftakt bildete eine Tagung pommerscher Kulturschaffender, an die sich ein Treffen der Delegierten aus Niedersachsen schloss. In beiden Veranstaltungen nahmen der Sprecher der pommerschen Landsmannschaft, Staatssekretär a. D. von Bismarck, und der Geschäftsführer Wilhelm Hoffmann das Wort und zeichneten eindrucksvoll den Weg der landsmannschaftlichen Arbeit. Höhepunkt des Treffens wurde die Großkundgebung im „Alu-Palast“, der zwar 1500 Menschen fasste, aber bei weitem nicht ausreichte, alle aus diesem Anlass erschienenen Pommern aufzunehmen, so dass in verschiedenen Gaststätten Parallelversammlungen stattfinden mussten.

Die Ausführungen Staatssekretärs von Bismarck gipfelten in der Mahnung, dass wir nur dann eine Aussicht haben, jemals die ostdeutsche Heimat wiederzusehen, wenn wir unerschütterlich zusammen-

stehen und die Liebe zu ihr nicht ersterben lassen. Für die in Niedersachsen ansässigen Pommern nahm der Landtagsabgeordnete Arndt das Wort und löste große Zustimmung mit der Feststellung aus, dass die Ostvertriebenen die letzte Klammer zwischen West- und Ostdeutschland sind.

Seitens der niedersächsischen Landesregierung waren der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Dr. Gereke und der Minister für das Vertriebenenwesen, Pastor Albertz, erschienen. Dr. Gerekes warme Worte wurden von der Versammlung mit besonderer Sympathie aufgenommen. „Nur ein Volk ist verloren, das sich selbst aufgibt und die Liebe zur angestammten Heimat vergisst“ rief er den Pommern zu. Minister Albertz stellte sich voll hinter die Ausführungen seines Vorredners und anerkannte vor allem gleich ihm die Notwendigkeit der landsmannschaftlichen Zusammenschlüsse.

Die allseits stark in der Öffentlichkeit beachtete Pommerntagung muss als ein erster, kraftvoller Durchbruch des landsmannschaftlichen Gedankens gewertet werden.

## Heimattreffen der Rummelsburger

Das 33. Patenschaftstreffen des Heimatkreises Rummelsburg in Pommern findet vom 7. bis 9. Juni 2019 in Bad Fallingbostal im Saal des Rathauses statt.

Das Motto lautet, wie auch in den vergangenen Jahren wieder: **Der Heimat die Treue**

Die früheren Einwohner des Kreises Rummelsburg und deren Nachkommen feiern zusammen mit den Paten und polnischen Freunden aus der alten Heimat.

**Programm**  
**Freitag, 7. Juni 2019**  
 Zusammenkünfte der bereits angereisten Landsleute auf der Ebene der Heimatkreisgemeinden in den zumeist schon angestammten Lokalen. Sonst: Kurhaus-Restaurant Potpourri mit der Möglichkeit eines warmen Abendessens. 15.00 Uhr Ordentliche Mitgliederversammlung des „Heimatkreises Rummelsburg e.V.“ im Sitzungssaal des Bad Fallingbosteler Rathauses.

**Sonnabend, 8. Juni 2019**  
 10:00 Uhr Kranzniederlegung am „Stein des Ostens“  
 14:00 Uhr Begrüßung der Teilnehmer im Saal des Rathauses  
 19:00 Uhr Heimatabend in den Räumen des Rathauses

**Sonntag, 9. Juni 2019 (Pfingstsonntag)**  
 9.30 Uhr Heimattag in der St. Dionysius-Kirche in Bad Fallingbostal.  
 11.00 Uhr Feierstunde im „Hof der Heidmark“, Festrednerin: Frau Editha Westmann, Niedersächsische Landesbeauftragte für Vertriebene und Spätaussiedler  
 14.00 Uhr Begrüßung der Teilnehmer im Saal des Rathauses. Pommerlied.  
 Öffnungszeiten der Versammlungsräume:  
 Im Rathausaal:  
 Sonnabend, 8. Juni 2019: von 9 Uhr bis 22 Uhr  
 Sonntag, 9. Juni 2019: von 9 Uhr bis 17 Uhr  
 Dort wird auch der „Arbeitskreis Familienforschung“ mit einem Stand vertreten sein. Ausstellung: Im Vorraum des Rathauses-Saales werden Fotografien zum Thema „Das Bild der Heimat“ gezeigt. Veranstalter des gesamten Treffens ist der „Heimatkreis Rummelsburg e.V.“  
 Herzlich Willkommen!

## Tod in der Ruine?

**Zu: Ursula Karuseit (Nr. 6)**

Zum Ableben der Schauspielerin Ursula Karuseit gibt es einige Fehler in diesem Artikel. Es muss nicht betont werden, dass Karuseit im ehemaligen „DDR-Regierungs-Krankenhaus“ in Berlin verstorben ist. Es hätte genügt, wenn man geschrieben hätte „in einem Berliner Krankenhaus“. Außerdem gibt es dieses Krankenhaus schon lange nicht mehr, es steht nur noch als Ruine. Dafür wurde ein Helios-Klinikum errichtet. Ich glaube wohl kaum, dass sie in einer Ruine verstorben ist.

Sie heiratete 1969 den Regisseur Benno Besson. In der nächsten Spalte steht, dass sie 1968 in zweiter Ehe Johannes Wegner geheiratet hat. Wie geht das? Ist sie auch noch Bigamistin gewesen? Es wäre ganz ratsam, wenn man so einen Artikel schreibt, dass man genaue Recherchen führt.

Außerdem finde ich es unerschämmt, dass nach fast 30 Jahren deutscher Wiedervereinigung immer noch Ost und West voneinander getrennt werden. Wir werden im Osten Deutschlands immer noch als notwendiges Übel angesehen. Ich frage mich nur, wann das einmal ein Ende nimmt.

**Edeltraut Diel,  
Berga**

## Preußens Energie

**Zu: Kraft und Licht des Fortschritts (Nr. 4)**

Dieser Artikel über die Entwicklung der Elektrizität in Ostpreußen gibt uns Einblick in die großartige preußische Wirtschaftsentwicklung, denn schon 1886/1890 wurden in Ostpreußen Wasser- und Stromkraftwerke errichtet, von denen heute noch profitiert wird.

Nichts ist heute neu. Einseitige, hochgeschaukelte Projekte fallen tief. Man sollte die hochentwickelte Technik gegen ideologische Kleingeistigkeit nutzen, nur so ist ein realistisches Überleben möglich. Wir hätten von Preußen zu lernen.

**Günter Algner,  
Berlin**

## Unterlassene Hilfe

**Zu: Der letzte Kampf des Schlachtschiffs „Bismarck“ (Nr. 5)**

Das deutsch-britische Flottenabkommen war 1935. Nicht 1938. Und die Indienststellung der „Bismarck“ war am 24.8.1940. Unerwähnt blieb, dass die Briten (hier die „Dorsetshire“) nur 113 deutsche Seeleute retteten. Die „HMS Maori“ und die „Sachsenwald“ retteten fünf Überlebende. Die Briten ließen mindestens 800 Überlebende elendig ertrinken. Angeblich wegen deutscher U-Bootgefahr. **Markus Krämer,  
Allendorf**

## Mit Batterie-Autos reitet man ein totes Pferd

**Zu: Steigende Gefahr eines Blackouts (Nr. 4)**

Mit der Idee des Batterie-Elektroautos wird ein totes Pferd geritten. Grundsätzlich ist es schon so, dass in der Zukunft die Elektro-Mobilität vorherrschen wird. Aber nicht mit dem derzeitigen Konzept der E-Mobile mit einer Energiequelle namens Batterie. Diese in der dafür benötigten Menge sind teuer und schwer, zu leistungsschwach bei Kälte und Hitze und hauptsächlich umweltzerstörend.

Allein der Wasserverbrauch bei der Gewinnung der Rohmaterialien ist in keiner Weise akzeptabel. Dass dem Kunden nicht bewusst ist, dass er die Batteriemiete jeden Monat bezahlen muss, auch wenn das Auto in der Garage steht und er in Urlaub ist oder das Auto abgemeldet ist, wird in der Werbung nicht erwähnt.

Die Zukunft liegt eindeutig beim Wasserstoff. Diese Lösung gibt es schon lange, und nur die Behinderung beim Ausbau der Tankstellen hat bisher die Durchsetzung verhindert. Mit der

Brennstoffzelle wird ein Generator betrieben, der den benötigten Strom erzeugt. Ich verweise hier auf das Patent des Gerhard Bauer für eine Wasserstoffturbine.

Alternativ ist auch der Einsatz von Thorium denkbar. Besonders dann, wenn die Herstellung von großen Mengen Wasserstoff ein Problem wegen des Wirkungsgrades sein sollte. Also, es steht alles bereit, die deutsche Autoindustrie wieder zum Weltmarktführer zu machen und absolut umweltschonend mobil zu sein. **Peter Haag,  
Schillingstadt**

## Keine Manieren

**Zu: Wie Barbaren unsere Umwelt erobern (Nr. 4)**

Ich kann jeden Satz zur Verwahrlosung der Manieren zustimmen. Die Rücksichtslosigkeit, der Egoismus und die Aggression besonders hier in Berlin haben ein unerträgliches Ausmaß erreicht. Es wird viel von Mitmenschlichkeit gesprochen, doch das findet man nur in Ausnahmefällen. Fast täglich wird durch ungehobelte Umgangsart meine Menschenwürde verletzt. **Wolfgang Hornuff,  
Berlin**

## Reim auf Rente

**Zu: Arbeiten bis zum Umfallen (Nr. 25/2018)**

Erschaffen einst zu Bismarcks Zeiten, um des Alters Existenz zu bestreiten, des Volkes sozialen Frieden zu errichten, für alle beruflich' und sozialen Schichten.

Das System gegründet genial und stark, gemeißelt ward's im Generationenvertrag: Jeder Mensch zahlt' ein nach Maß, auf die Gesetzlich' Rent' war Verlass.

Weit verbreitet in deutschen Landen, hat sie zwei Weltkrieg' sicher überstanden. Die Reichsmark wurd' abgeschafft, doch die Gesetzlich' Rent' blieb in Kraft.

Sogar im Nachkriegs-Wirtschaftswunder ging die Gesetzlich' Rent' nicht gleich unter. Die Finanzierung erfolgte paritätisch, die Rent' war sicher, aber nicht majestätisch.

Plötzlich hat der Rechtsstaat leichtfertig vernichtet, was Generationen zuvor mühsam hab'n errichtet: Die sozial' Sich' rung wurd' skelettiert, das System fortlaufend perforiert.

Früher war die Krankenversicherung inbegriffen, auch diese Leistung wurd' längst gestrichen. Der Krankenversicherung Beitrag' wurden aufgelastet, die Renten sogar mit Steuern noch belastet!

Das Eintrittsalter wurd' angehoben, die sozial' Symmetrie leichtfertig verschoben. Was Du jetzt bekommst für Maloch' und Fron, ist's im Alter nicht blanker Hohn?

Für Rentner kommen karge Zeiten, wovon soll'n sie ihr'n Unterhalt bestreiten? Wovon soll'n sie künftig leben, oder müss'n sie im Alter ihr Fingerl heben?

Die Mieten klettern immer schneller, der Rentner Kaufkraft fällt in den Keller, wer jetzt die Miet' nicht kann begleichen, muss der im Alter aus sein' Wohnung weichen?

Manch Rentner kriegt 'nen Tritt in den Hintern, muss gar im „Sozialhotel“ überwintern. Justitia interessiert das alles wenig, „der Gesetzlich Versichert' ist halt kein König!“ Wer im Berufsleben eifrig „riestert“, stellt bei Null Prozent Zins fest ganz verbietet: Nur der Vertreter hat sein' Tasch'n g'füllt, des Rechtsstaats Versprechen hab'n sich nicht erfüllt!

Der Gesetzlich Versichert' stemmt die Beiträg' unter Qualen, der Beamt' dagegen muss für sein' Pension gar nix zahlen.

Obendrein kriegt er noch Euro 1000 Ortszuschlag, manch Frauenrent' mit Euro 800 dagegen bleibt äußerst karg. Wer das Alter erreicht ohn' viel zu tun, erhält im Alter die „Sozial' Grundsicherung“. Ist diese Leistung auch noch mehr als die Schlecker-Frau kriegt an Rente zum Verzehr?

Jetzt ist die Rente minimiert, die Auszahlung fast zum Almosen generiert. Vor 150 Jahr'n hatten wir's doch schon: Kein Auskommen nach des Arbeitslebens Fron!

**Gerhard Hett  
Neusäß**



**Unheilvoller Ort: Vor 100 Jahren spielten sich in Kaaden an der Eger dramatische Szenen ab, als tschechisches Militär auf friedlich demonstrierende Sudetendeutsche schießen ließ, wobei 25 von ihnen starben**

Bild: Lukáš Kalista

## Galgen oder Kandelaber für die Sudetendeutschen

**Zu: „Mit Rebellen verhandelt man nicht“ (Nr. 8)**

Es ist außerordentlich verdienstvoll, dass der Autor mit seinem Beitrag der 54 sudetendeutschen Frauen, Männer und Kinder gedenkt, die am 4. März 1919 durch tschechoslowakisches Militär ermordet wurden. Das Selbstbestimmungsrecht, für das die Sudetendeutschen damals friedlich demonstrierten, verweigerte man ihnen allerdings. Gegen ihren Willen fanden sie sich in einen Staat hineingepresst, in dem sie von Anfang an unerwünscht waren. Denn die Tschechen hatten es nur auf die industriell hochentwickelten sudetendeutschen Gebiete abgesehen, während man die Sudetendeutschen möglichst schnell loswerden wollte.

Bereits am 10. Januar 1919 schwadronierte Tomáš Masaryk, der erste Staatspräsident der 1918

gegründeten Tschechoslowakei, in einem Interview mit der französischen Zeitung „Le Matin“ von einer „sehr raschen Entgermanisierung“ der sudetendeutschen Gebiete.

Die Katze völlig aus dem Sack ließ dann Edvard Benesch, tschechischer Außenminister und späterer Nachfolger Masaryks im Amt des Staatspräsidenten. Am 29. Oktober 1920 tat er im „Ceske slovo“ kund, „dass den Deutschen kein Selbstbestimmungsrecht gegeben werden darf, dass sie sich besser an Galgen oder Kandelabern aufhängen mögen“.

Die Diskriminierung der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei geschah aber nicht nur mit Worten, sondern auch – und der 4. März 1919 ist hierfür ein herausragendes Datum – mit Taten. Im Gegensatz zu tschechischen Firmen erhielten sudetendeutsche Unternehmen kaum Staats-

aufträge, sodass die Arbeitslosigkeit bei den Sudetendeutschen während der Weltwirtschaftskrise zu Beginn der 1930er Jahre besonders hoch war. Des Weiteren wurden sie unter anderem in der Schulpolitik, bei der Bodenreform sowie durch das Zweisprachigkeitsgesetz im öffentlichen Dienst benachteiligt.

Kurzum, die Tschechen taten alles, um die Sudetendeutschen dem neuen Staat Tschechoslowakei zu entfremden. Vor diesem Hintergrund ist es nur allzu verständlich, dass die Sudetendeutschen das zwischen Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich ausgehandelte sogenannte Münchener Abkommen von 1938, mit dem die Abtrennung des Sudetenlandes von der Tschechoslowakei und seine Eingliederung in das Deutsche Reich beschlossen wurde, in ihrer überwiegenden Mehrheit begrüßten.

Der Jubel der Sudetendeutschen beim Einmarsch der reichsdeutschen Truppen galt allerdings weniger, wie immer wieder insinuiert wird, Hitler und den Nationalsozialisten, sondern war in erster Linie Ausdruck der Freude darüber, dem tschechischen Joch entronnen zu sein.

An dieser Stelle muss daran erinnert werden, dass die Bewohner des Saarlandes, das nach dem Ersten Weltkrieg gemäß dem Saarstatut des Versailler Vertrags auf 13 Jahre einer Völkerbundregierung unterstellt worden war, 1935 mit fast 91 Prozent für eine Rückkehr in das Deutsche Reich stimmten. Während ihr „Jubel“ von 1938 den Sudetendeutschen bis auf heute vorgeworfen wird, ist das Bekenntnis der Saarländer zu Deutschland durch Wahlen im Jahre 1935 längst kein Thema mehr.

**Dr. Walter Kreul,  
Germering**

## Auch bei einem EU-Austritt ohne Vertrag wird im Vereinigten Königreich kein Chaos ausbrechen

**Zu: Europa brodelt (Nr. 51/52)**

Das Parlament des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland hat mit überraschend großer Mehrheit das von der EU diktierte Abkommen über den Austritt Großbritanniens aus der Union abgelehnt, das von den deutschen Medien euphemistisch als „Mays Deal“ bezeichnet wurde. Wer sich über diesen Ausgang überrascht oder ungehalten zeigt, der hat die Zeichen an der Wand nicht wahrgenommen.

„Die Zollunion muss die Grundlage für die zukünftigen Beziehungen sein“ und „die Briten müssen ihre Regeln anpassen, aber die EU wird die komplette Kontrolle behalten“, so hat Sabine Weyand, die deutsche stellvertretende Verhandlungsführerin vonseiten der EU, sich laut „Times“ gegenüber den 27 Botschaftern der Europäischen Union in einem Memo (13.11.2018) geäußert.

Verärgert stellte Labour-Chef Jeremy Corbyn die rhetorische Frage, ob man dieses Zitat als „faire Zusammenfassung des Deals“ betrachten dürfe. Mindestens eine deutsche Zeitung hat dies als strategischen Fehler bezeichnet. Was Weyand passt, ist aber ist genau das, was viele Parlamentarier und viele britische Frauen und Männer in Großbritannien ablehnen,

nämlich die Vorstellung, mittels des in Großbritannien verhassten sogenannten Backstops auf ewig an die EU gebunden zu sein, ohne die Möglichkeit zu haben, aus eigenem Entschluss aus der Zollunion austreten zu können, um – frei von EU-Fesseln – Freihandelsabkommen mit Drittstaaten aushandeln zu können.

Das britische Parlament soll – so das Diktat der EU – auch nicht mitentscheiden, ob der Backstop überhaupt in Kraft treten soll. Es stößt in Großbritannien auch auf, dass die EU dem irischen Ministerpräsidenten bezüglich des Backstops de facto ein Vetorecht einräumt. Die Briten haben sehr gut zugehört und sich an frühere Zeiten erinnert, als Frau Weyand sich demonstrativ erleichtert geäußert hatte über die

starke Verhandlungsposition der EU und die schwache Position der Briten.

Diese Einstellung gegenüber Großbritannien hat ihren Vorläufer: Auf dem CDU-Parteitag in Leipzig im November 2011 sagte der damalige CDU-Fraktionschef Volker Kauder: „Jetzt auf einmal wird in Europa deutsch gesprochen!“, und er fuhr fort: „Nur den eigenen Vorteil suchen zu wollen und nicht bereit sein, sich auch einzubringen – das kann nicht die Botschaft sein, die wir den Briten durchgehen lassen, meine Damen und Herren.“

Viele Briten werden durch solche Äußerungen, die entsprechende Einstellungen signalisieren, in ihrer historisch begründeten Sicht der Deutschen bestätigt: Die wollen in der EU das Sagen

haben. Die Twitter-Meldung des damaligen Premierministers David Cameron vom 19. Februar 2016, er habe ein Abkommen ausgehandelt, das dem Vereinigten Königreich einen speziellen Status in der Europäischen Union gewährleisten solle, erinnert an die historische „Peace for our time“-Deklaration, die Großbritannien Premierminister Neville Chamberlain am 30. September 1938 beim Münchener Abkommen bekannt gab – auf einer anderen Ebene der Auseinandersetzung, versteht sich.

Daher erstaunt mich der Entschluss des britischen Parlamentes in keiner Weise. Es wird bei einem Austritt ohne Vertrag nicht zum Chaos kommen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat letzter Tage diesbezüglich beruhigt,

die entsprechenden Gesetze und Maßnahmen seien vorbereitet. Der Brexit schädige Großbritannien auf Dauer wirtschaftlich – so wird landauf landab prophezeit, ja schon als Gewissheit verkündet, bevor der Brexit überhaupt vollzogen ist. Warten wir ab – ich bin überzeugt, dass nach kurzfristigen wirtschaftlichen Turbulenzen nach einem Brexit „im Chaos“ in neuer Art und Weise gelten wird: „Britannia, Britannia rule the waves“.

**Jürg Walter Meyer,  
Leimen**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

# Ein Nachtgespenst ging um

Vor 90 Jahren sorgte eine Einbruchserie in Berlin für Aufsehen – Die Vorliebe für weibliche Opfer fand lyrischen Niederschlag

**Selbst Kurt Tucholsky war von dem Einbrecher fasziniert, der die Berliner vor 90 Jahren nachts heimsuchte. „Erschrecken Sie nicht! Erschrecken Sie doch! Ich bin schon lange weg, wenn du im Halbschlaf pinnst. Ich bin das Nachtgespenst!“, dichtete er.**

Das Nachtgespenst schlich sich 1929 in Berlin in fremde Häuser ein, blendete aus dem Schlaf Geschreckte mit einer Taschenlampe, zog ihnen die Bettdecke weg, bestahl sie. Erschrecken Sie nicht! Als „Theobald Tiger“ hat Kurt Tucholsky das populäre Motiv des Nachtgespensts im Januar 1930 in seinem gleichnamigen Gedicht in der „Weltbühne“ verewigt. Kurt Gerron besang es spitzbübisch in dem von Rudolf Nelson vertonten Chanson, das Nachtgespenst ging in Kunst, Kultur und Literatur ein.

Manch einsame Dame wünschte sich vielleicht sogar insgeheim dessen Besuch: „Zärtlich umfasst er die Schlummernde und drückt einen Kuss auf ihre Lippen, dann verschwindet er lautlos, wie er gekommen“, phantasierte eine der insgeheim begeisterten Zeitschriften, die österreichische „Illustrierte Wochenpost“.

Das Nachtgespenst kam nie unvorbereitet, schnitt in den ausgespäteten Zielobjekten die Telefonleitungen durch und schaltete die Sicherungen aus. Der mysteriöse Fall wurde von der Presse weiblich ausgeschlachtet, es kam zu einem für die Weimarer Zeit nicht ungewöhnlichem Phänomen. In schlechten Zeiten solidarisierte man sich nun im Geiste mit dem Geist und verharmloste diesen: „Auf alle Fälle hat das gute Nachtgespenst noch nie jemand etwas Ernstliches zuleide getan“, schrieb eine Zeitung. Der Mann, der 1929 als Nachtgespenst unterwegs war, blieb nicht der Einzige, dem man den Titel verlieh.

Im März 1929 verhaftete die Berliner Polizei einen Dachdecker, der als angebliches Nachtgespenst ein riesiges Beutelager in seiner Wohnung angesammelt hatte. Ein anderes Nachtgespenst stieg in Wohnungen ein, ohne je etwas mitgehen zu lassen. Doch

das „gute Nachtgespenst“ unterschied sich von allen anderen Anwärtern auf das kriminelle Siegereppchen, weil es ein besonderes

Interesse für weibliche Bestohlene zeigte.

Die Polizei wurde langsam nervös – die Berliner waren es schon

längst – und wollten Erfolgserlebnisse. In ihrer Hektik verhafteten Beamte in Neukölln einen jungen Mann, der sich zwar nicht als das

gesuchte Nachtgespenst entpuppte, aber seit Kurzem dessen Vorgehensweise imitierte. Allgemeine Verwirrung machte sich breit: Wer ist denn nun das echte, das einzig wahre Nachtgespenst, das nämlich die weiblichen Schlafenden auch schon mal küsst und so zur romantischen Legende wird? Wachte das Opfer in dem Moment auf und fing an zu schreien, zückte das Nachtgespenst dann aber wenig zärtlich einen ganz realen Revolver.

Verzweifelt setzte der Polizeipräsident eine besondere Belohnung aus. Erst am 25. März 1930 gelang der Polizei die Festnahme des illustren Einbrechers. In einer Wohnung am Savignyplatz traf das Nachtgespenst auf einen mutigen Bewohner, der sich zusammen mit seinem Sohn beherrzt an die filmreife Verfolgung machte. Das Nachtgespenst floh in das Abteil eines Nordring-Zuges, seine beiden Verfolger konnten gerade noch auf den Waggon aufspringen. Am Bahnhof Wedding brach es sich dann beim Sprung aus dem ausfahrenden Zug beide Beine und wurde im Untersuchungsgefängnis Moabit Zellenachbar der legendären Sklarek-Brüder, die Betrügereien im großen Stil begangen hatten.

Schließlich knickte der Mann, der angeblich Josef Kostrow hieß, ein, gestand nicht nur unzählige Einbrüche, sondern auch, dass es ihm Spaß gemacht habe, schlafenden Frauen die Bettdecke wegzuziehen, sie zu küssen und zu streicheln, sodass er schließlich nicht mehr von den Berührungen lassen konnte.

Kriminalkommissar Lüdtker begegnete dem Mann dennoch wohlwollend, denn der Mann sei ja eigentlich der „Typus des sympathischen Verbrechers“. Der aus Schlesien stammende uneheliche Sohn eines Fabrikanten, der mit zwölf Jahren in eine Fürsorgeeinrichtung kam, hatte zunächst eine Buchdruckerlehre begonnen und dann das Weite gesucht. Er beging erste Diebstähle und landete schließlich in Berlin, wo er als Boxer auf Jahrmärkten und als Rausschmeißer in Kaschemmen gearbeitet hatte.

Am 20. Januar 1931 musste sich das Nachtgespenst vor dem Charlottenburger Schöffengericht „materialisieren“ und wurde wegen unzähliger schwerer Diebstähle sowie drei Fällen von Notzucht angeklagt. Die Staatsanwaltschaft beantragte eine Strafe von acht Jahren.

Das Interesse an dem neuen „Sensationsprozess“ war so groß, dass der große Moabiter Schwurgerichtssaal zum Bersten gefüllt war. „Josef Kostrow“ entpuppte sich als falscher Name, zunächst geisterte der 40-Jährige als „Josef Janoschka“ durch die Presse. Der bereits vorbestrafte Janoschka wurde zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, von der Anklage der Vergewaltigung jedoch mangels Beweisen freigesprochen. Doch dann wendete sich das Blatt. Johann Janoschka, so sein richtiger Name, musste erneut vor Gericht. In der Beruungsverhandlung wurde die Strafe am 8. Juli 1931 von der Dritten Kammer des Berliner Landgerichts auf neun Jahre Haft und fünf Jahre Ehrverlust sowie Sicherheitsüberwachung aufgestockt, die Sittlichkeitsverbrechen, unter anderem die angebliche Vergewaltigung einer Postbeamtin, konnten ihm nach wie vor nicht nachgewiesen werden.

Im Sommer 1935 wurde Janoschka entlassen und fand eine Arbeitsstelle bei einem Bauunternehmer. Im Rahmen eines neuen „Gesetzes über die planmäßige Überwachung von Berufsverbrechern“ hatte er eine Meldepflicht, der er eines Tages nicht mehr nachkam. Dann wurde er rückfällig: Erschrecken Sie doch!

Anfang März 1936 wurde der Verbrecher wieder festgenommen und nach fast 150 Diebstählen zu neun Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Sicherheitsüberwachung verurteilt. Spätestens seit 1933 war es in vielen Zeitungen mit Sympathiegefärbten Berichten über angebliche „Gentleman-Verbrecher“ vorbei. Auch Janoschka verschwand nun vom Radar, denkbar ist, dass ihn die Nationalsozialisten „liquidiert“ haben und sein Lebensweg im KZ endete. *Bettina Müller*



Raubte schöne Frauen aus: Karikatur in der „Illustrierten Wochenpost“ vom 22. November 1929

## Die Neuen in der WG sind die Alten

Senioren entdecken Wohngemeinschaften als günstiges Zuhause – Doch dabei sollte man sich juristisch absichern

Vor vier Jahren bildete Heiner Lauterbach mit drei weiteren Schauspielkollegen eine Wohngemeinschaft – jedenfalls in einer Filmkomödie. In „Wir sind die Neuen“ fielen die lebensfreudigen Senioren einer benachbarten Studenten-WG gehörig auf die Nerven.

Der Film trifft noch heute einen Nerv. Denn angesichts steigender Mieten in den Großstädten kommen Wohngemeinschaften wieder in Mode – anders als in den 70er-Jahren meist ohne Che-Guevara-Poster und Matratzenlager, dafür aber mit Internet-Anschluss, Geschirrspüler und Gehhilfen. So entdecken Senioren die „Über-50-WG“ für sich, um im Alter nicht zu vereinsamen, und für Studenten ist die Miete immer noch die happigste Ausgabe, an der sich in einer WG sparen lässt. Auch Vermieter sind selten abgeneigt, gerade in Uni-Städten.

Ohne Recht und Regeln geht die WG aber schnell baden. Der Deutsche Mieterbund rät, sich über alle Eventualitäten Gedanken zu machen: „Zunächst sollte geklärt werden, wer gegenüber dem Vermieter für die Mietzahlung verantwortlich ist. Soll

nur ein Mitglied der Wohngemeinschaft verantwortlich sein, darf auch nur diese Person den Mietvertrag unterschreiben.“ Unterschreiben alle WG-Mitglieder, sind alle gegenüber dem Vermieter zur Mietzahlung verpflichtet.

Wenn die WG auf Dauer mit ein und denselben Mitgliedern angelegt ist, sollten alle Hauptmieter sein. Ist die WG nur auf kurze Frist angelegt, sollte einer Hauptmieter sein, die anderen Untermieter. Der Verband Haus & Grund rät Vermietern, den Mietvertrag mit allen Mietern zu machen. Je mehr Schuldner es gebe, desto höher sei die Sicherheit für den Vermieter.

Weil unter WG-Genossen Zoff nicht selten ist, sollten die Kommunegründer einen Gesellschaftsvertrag aufsetzen, um Rechte und Pflichten untereinander zu klären. Dazu gründet man per Vertrag eine BGB-Gesellschaft. Das entkräftet auch Vorbehalte von Vermietern. Haben alle WG-Genossen den Mietvertrag unterschrieben, muss eine Kündigung auch gegenüber allen Vertragspartnern erfolgen. Kündigt die WG, müssen alle Bewohner unterschreiben.

Vor allem in den Studenten-WG geht es oft wie im Taubenschlag zu. Kündigen einzelne Bewohner, während andere bleiben wollen, gibt es ein Problem. Dann müssen kündigungswillige Mitglieder erst einmal ihre Mitgliedschaft in der

Wohngemeinschaft ausgetauscht werden dürfen. Der Mietvertrag sollte deshalb eine Vereinbarung über Mieterwechsel enthalten. Oder nur einer unterschreibt für die WG, aber eine Klausel garantiert, dass WG-Mitglieder wechseln dürfen.



Einzug in die Senioren-WG: Szene aus „Wir sind die Neuen“

BGB-Gesellschaft nach Paragraph 723 des Bürgerlichen Gesetzbuches kündigen. Dann können sie von ihren Mitbewohnern die Zustimmung zur Kündigung des Mietvertrages verlangen.

Zu Streit kann auch die Frage führen, ob einzelne WG-Mitglieder gegen den Willen des Vermie-

ters ausgetauscht werden dürfen. Neben klassischen Wohngemeinschaften sind auch Zweier-WG verbreitet. Meist wohnen dann unverheiratete Paare zusammen. Für sie gilt das Wechselrecht nicht, wohl gibt es aber im Grundsatz einen Anspruch, dass der Vermieter die Untervermietung erlauben muss. Der Mieter muss

den Vermieter aber fragen. Wer untervermieten will, kann sich auf BGB-Paragraf 553 berufen. Ausnahme: Der Wohnraum ist „übermäßig belegt“, oder der Vermieter hat wichtige Gründe zur Ablehnung.

In manchen WG herrschen de facto nur Untermietverhältnisse, weil man den Vermieter umgehen wollte. Das kann Ärger geben. Nimmt ein Student als Mieter zum Beispiel einen Kommilitonen als Untermieter auf, braucht er die Zustimmung des Vermieters. Dazu müsse der Vermieter den Mieter vom „grundsätzlichen Verbot der Dritüberlassung“ befreien, erklärt Fachanwalt Norman Spreng in seinem Ratgeber „Rechte und Pflichten des Mieters“. Die Erlaubnis kann, so Spreng, „auch stillschweigend erteilt werden, etwa wenn der Vermieter die Untervermietung bei Kenntnis der Umstände über eine längere Zeit duldet“.

Willkürlich ablehnen darf der Vermieter nicht. Im Gegenteil: Hat der Mieter ein „berechtigtes Interesse“, kann er das Recht unterzuvermieten einklagen. Oft genügt ein wirtschaftliches Interesse. *Kai Althoetmar*

## Wut und Angst im ganzen Land

Die Bundesrepublik scheint wieder unsicheren Zeiten entgegenzusehen. Denn wenn sich eine Forsa-Umfrage zur Macht der Gefühle bewahrheitet, dann verbinden die Bürger vor allem „Wut“ (57 Prozent) und „Angst“ (56 Prozent) stark oder sehr stark mit der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung des Landes. Für das Stimmungsbild hat Forsa im Auftrag der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur insgesamt 1001 Bundesbürger befragt. Sie konnten angeben, wie stark die Gefühle „Angst“, „Hoffnung“, „Begeisterung“, „Vertrauen“, „Trauer“ und „Wut“ ihren Blick auf die gesellschaftliche Lage Deutschlands prägen. Das in Berlin vorgestellte Ergebnis mündet in dem Ausstellungsergebnisprojekt „Die Macht der Gefühle. Deutschland 19 | 19“, das auf 20 Tafeln heutige Erscheinungsformen von 20 Emotionen aufgreift und anhand historischer Ereignisse die Gefühlswelten der vergangenen 100 Jahre thematisiert. Mehr als 3000 Ausstellungsexemplare sollen an Initiativen, Organisationen, Kulturbetriebe und politischen Bildungsträger weltweit versendet werden. *tws*

## Versailles aus der Sicht zweier Historiker

Frage man in den 1930er Jahren deutsche Emigranten, die vor dem NS-Regime geflohen waren und nun in aller Welt lebten, wie es zu der brutalen Herrschaft Hitlers habe kommen können, dann sagten sie meist nur ein Wort: Versailles! Gemeint war der am 28. Juni 1919 in Versailles abgeschlossene Friedensvertrag zwischen den westlichen Siegern und dem besiegten Deutschland, der den Ersten Weltkrieg beendete. Aber es war kein Vertrag, der Frieden schuf, sondern einer der den Keim zu einem neuen Krieg in sich trug. Der Oberbefehlshaber der siegreichen Streitkräfte, der französische Marschall Ferdinand Foch, sagte schon in Versailles: „Das ist kein Friede. Das ist ein Waffenstillstand für 20 Jahre.“

Mit Blick auf das baldige 100-Jahrgedenken sind mehrere Bücher zum Thema erschienen. Zwei Titel, so hat es den Eindruck, ragen dabei heraus, einmal „Die große Illusion“ des Marburger Historikers Eckart Conze, zum anderen „Der überforderte Friede“ seines in Freiburg lehrenden Kollegen Jörn Leonhard. Beide Bücher sind außerordentliche wissenschaftliche Leistungen. In der Überfülle der Fakten, der wissenschaftlichen Analyse und Wertung, in der Beherrschung der Stoffmassen, in stilistischer Brillanz und mit einer heute als selbstverständlich erachteten globalen Betrachtungsweise zeigen sich beide Autoren als würdige Vertreter großer Geschichtswissenschaft.

Conze kommt etwas leserfreundlicher mit 500 Seiten aus, erzählt nüchtern und endet mit Fragen zur unmittelbaren Gegenwart. Leonhard hingegen verlangt vom Leser Aufmerksamkeit für knapp 1300 Seiten Text, die dann aber in der Tat eindringlich zeigen, wie sehr der Erste Weltkrieg nicht nur ein europäischer Krieg war, sondern (vielleicht bis auf La-

teinamerika) wirklich die ganze Welt berührte, und wie sehr Versailles mit unerfüllten Hoffnungen und nicht erfüllten Versprechen seitens der Alliierten einen unaufhaltbaren Erosionsprozess der bis dahin festen Weltordnung vor allem in Asien und Nahost in Gang setzte. Dem auch emotionalen Höhepunkt, der Konfrontation der Sieger und Besiegten in Versailles, einmal bei der Übergabe der Friedensbedingungen an die Deutschen, dann bei der Vertragsunterzeichnung, zittern beide Autoren

## Ein Vertrag, der den Keim eines neuen Kriegs trug

gleichmaßen nach und geben das dramatische Geschehen fast minutös wieder.

Der vierjährige Weltkrieg hatte an Opferzahlen, tödlicher Technik und gnadenloser Härte alle bisherigen Kriege in den Schatten gestellt und zu einer beispiellosen Emotionalisierung geführt. Anders als 100 Jahre zuvor beim Wiener Kongress verhandelten Sieger und Besiegte nicht als gleichberechtigte Partner, sondern in Versailles diktieren die Siegermächte die Bedingungen, denen sich Deutschland und die anderen Besiegten Österreich, Ungarn und Bulgarien fügen mussten. Nur das Osmanische Reich widersetzte sich dem Diktat und erreichte als Türkei unter Atatürk nach blutigen Kämpfen mit griechischen Invasionstruppen einen moderaten Friedensschluss (gerade dieses Kapitel ist bei Leonhard besonders ausführlich; schlagartig werden dem Leser die andauernden Spannungen zwischen Griechen und Türken deutlich).

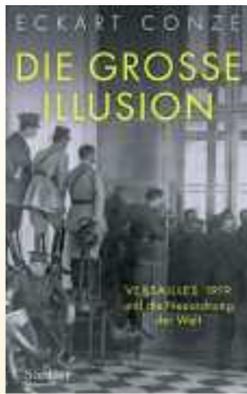
Fast unisono galt der Versailler Vertrag in Deutschland als

„Schanddiktat“, nicht nur wegen der kaum aufzubringenden Reparationen, sondern vor allem wegen des berühmten Vertragsparagrafen 231, der Deutschland als allein Schuldigen am Krieg erklärte. Es war wohl diese moralische Verurteilung, die ohnmächtige Wut und Nationalismus ständig anstachelte und das Land nie richtig zur Ruhe kommen ließ. Anti-Versailles-Stimmung und antidemokratischer Nationalismus besiegelten 1933 das Ende der Weimarer Republik.

Beide Autoren zeigen anschaulich, mit welch unterschiedlichen Vorstellungen von Frieden und Nachkriegszeit die großen Mächte in die Verhandlungen gingen. Die USA unter Präsident Wilson setzten auf eine neue Welt des Friedens, symbolisiert im Völkerbund. Großbritannien sah mit der Ausschaltung seines wirtschaftlichen und militärischen Rivalen Deutschland sein Hauptkriegsziel erreicht. Frankreich verlangte am verbissensten drakonische Bestrafung und isolierte sich dabei von seinen Verbündeten. Letztlich hielt sie aber die Furcht vor einem erneuten Deutschland zusammen.

Gleichwohl, Wilson unterzeichnete zwar, aber der Vertrag wurde im amerikanischen Senat verworfen. Die USA schlossen daraufhin mit Deutschland 1921 einen separaten Friedensvertrag.

Große Geschichtsschreibung. Legt man die Bücher nach der Lektüre aufwühlender Ereignisse (und wohl auch wegen des Umfangs) ermattet zur Seite, gesellt sich zu allem Erschrecken doch auch dieser Gedanke: Einen solchen Krieg mit einem solch desaströsen Ende wird es zumindest in Europa nicht mehr geben. Wenigstens in diesem Punkt haben die Völker aus ihrer Vergangenheit gelernt. Und das ist ja nicht wenig. Dirk Klose



**Eckart Conze:** „Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt“, Siedler Verlag, München 2018, gebunden, 560 Seiten, 30 Euro



**Jörn Leonhard:** „Der überforderte Friede. Versailles und die Welt 1918-1923“, C.H. Beck Verlag, München 2018, gebunden, 1532 Seiten, 39,95 Euro

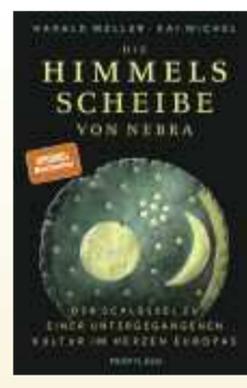
## Eine aufregende Geschichte

Die sogenannte Himmelscheibe von Nebra soll zwischen 3700 und 4100 Jahre alt und die älteste existierende konkrete Darstellung des Sternenhimmels sein. Angeblich wurde sie 1999 von zwei Raubgräbern auf dem Mittelberg im Ziegelrodaer Forst gefunden und danach an Hehler weiterverkauft, die dann 2002 dank des Spürsinns von Harald Meller, dem gerade neu ernannten Landesarchäologen von Sachsen-Anhalt, aufflogen. Meller erlangte dadurch eine enorme Popularität und gilt inzwischen quasi als „Gralshüter“ des Artefaktes. In dieser Eigenschaft legt er nun gemeinsam mit dem Historiker und Wissenschaftsjournalisten Kai Michel das Buch „Die Himmelscheibe von Nebra“ vor.

Darin schildert das Autorenduo zunächst die offizielle Version der Entdeckungsgeschichte des charakteristischen Bronzeobjektes mit seinen Goldauflagen, die vermutlich Sonne, Mond und Sterne symbolisieren, sowie die hieran vorgenommenen wissenschaftlichen Untersuchungen. Anschließend versuchen Meller und Michel dann auf höchst ambitionierte Weise, die untergegangene bronzezeitliche Kultur im hypothetischen „Reich von Nebra“ im Dreieck zwischen Magdeburg, Leipzig und Erfurt, aus dem die Scheibe stammen soll, zu rekonstruieren und zu beschreiben. Dieses Unterfangen bleibt allerdings reichlich spekulativ, weil ja keinerlei Schriftzeugnisse aus der angeblichen Entstehungs- und Nutzungszeit der Him-

melsscheibe existieren. Ebenso vermag die Darstellung nicht, die Zweifel an der Echtheit des Objektes sowie an seiner korrekten räumlichen und zeitlichen Zuordnung auszuräumen. So fehlen eindeutige Beweise dafür, dass das Artefakt tatsächlich gemeinsam mit den Beifunden (zwei Bronzeschwerter, zwei Beile, ein Meißel und Teile von Armreifen) aus der Erde am Mittelberg geholt wurde. Manche Angaben der Raubgräber zu den genauen Fundumständen klingen nämlich recht unglaubwürdig, weshalb sogar der Verdacht laut wurde, der ganze Hort stamme in Wirklichkeit aus Ungarn – und tatsächlich ähneln die Schwerter auch sehr dem dort während der Bronzezeit verwendeten Waffentyp.

Für Meller und Michel sind diese Bedenken gegenstandslos, was kaum verwundern kann, wenn man bedenkt, wie sehr Sachsen-Anhalt sowie auch Mellers Karriere vom Rummel um die Himmelscheibe, deren Versicherungswert bei 100 Millionen Euro liegt, profitiert haben. Beispielsweise kann das Land Lizenzgebühren für die Vermarktung der Scheibe durch Dritte verlangen, und Mellers Team erhielt beträchtliche Fördergelder von der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Wolfgang Kaufmann



**Harald Meller/Kai Michel:** „Die Himmelscheibe von Nebra. Der Schlüssel zu einer untergegangenen Kultur im Herzen Europas“, Propyläen Verlag, Berlin 2018, gebunden, 384 Seiten, 25 Euro

## Vertreibung aus dem »Paradies«

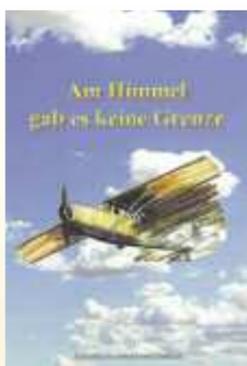
Drei „Bürger“ der „DDR“, Mann, Frau, Tochter, sehnten sich nach der Freiheit und wollten deshalb ihre Heimat, das sozialistische Arbeiterparadies, verlassen. Sie unternahmen 13 Fluchtversuche über Land. Als sich auch der letzte als aussichtslos erwies, begannen sie mit dem Bau eines Delta-Leichtflugzeuges. Doch das „Fluchtzeug“ wurde beschlagnahmt. Dabei war der Bau eines Flugzeuges gar nicht gesetzlich verboten, folglich auch die Konfiszierung rechtswidrig.

Mit dieser Sachlage und Einsicht beginnt die unglaubliche Geschichte, ein zweijähriger Kampf mit dem Führungsstab des Systems der „DDR“. Schließlich sind die Genossen so genervt, dass der Ministerrat beschließt, die Vaterlandsverräter aufzufordern, einen Entlassungsantrag aus der „DDR“ zu stellen, was dann auch geschieht. Am 6. Oktober 1982 fahren sie mit ihrem Gefährt über die deutsch-deutsche Grenze. Alles nur ein Traum mit Happy End?

Das Buch beweist das Gegenteil. Es enthält nicht nur Kopien von Anträgen der Helden, so auf Erteilung eines Urheberscheines betreffend die Flugzeugkonstruktion, auf Erwerb einer Sportflugerlaubnis, sondern auch „DDR“-Dokumente, so die Anordnung einer Durchsuchung und einer Beschlagnahme sowie ein Bericht an „Genossen Generalleutnant Mittag“. Sogar ein Auszug aus dem Gesetzblatt ist beigefügt, der zeigt, dass die Gesetzeslücke dieses Vorganges geschlossen wurde. An der Faktizität besteht also

kein vernünftiger Zweifel. Doch warum wurde das singuläre Spektakel im Westen nicht publik? Auch darauf gibt das Buch die überzeugende Antwort, indem es beiläufig das Leben dort beschreibt, so die Allgegenwart des Staatssicherheitsdienstes, dem zahllose Menschen hauptberuflich oder nebenberuflich angehörten. Im Falle der Reinholds war besondere Vorsicht geboten, damit ihnen keinesfalls ein Flug gelingt, der an den historischen Ballon-Flug erinnert mit seiner weltweiten, auch verfilmten Resonanz. Nicht unerwähnt soll bleiben, dass auch Stasi-Mitarbeiter Erwähnung finden, die den potenziellen Opfern Warnungen zukommen ließen und so Schlimmes verhinderten. Das erinnert an die Zeit des Dritten Reiches und die Versuchung, alle Mitarbeiter der als kriminell eingestuften Organisationen, so der Geheimen Staatspolizei, für ehemals Kriminelle zu halten, obwohl erwiesen ist, dass auch unter ihnen aufrichtige Helfer waren.

Gerade heute, wo die „DDR“ in der fernen Erinnerung eine versöhnliche Patina ansetzt, ist es wichtig, die harte Realität von damals ins Gedächtnis zu rufen, die an das Kriegsende erinnert, die m u s s a m e n Tauschgeschäfte, um an Arti-



**Reinhold von Drüben: „Am Himmel gab es keine Grenze“, Roswitha & Reinhold von Drüben, Gauting 2019, gebunden, 448 Seiten, 20 Euro**

kel des täglichen Bedarfs heranzukommen oder um in einer Gaststätte verköstigt zu werden – ohne Devisen: Die „DDR“-Bürger waren im eigenen Land Menschen zweiter Klasse, minderwertig verglichen mit den „Kapitalisten“, die mit Devisen imponieren konnten.

Eine Nachbarin wird zitiert, die altersbedingt in den goldenen Westen reisen durfte: „Du hättest erleben sollen, mit welcher Besorgnis und Furcht die Menschen bei meiner Rückreise im Zug ihr bisschen Gekauftes oder auch die Geschenke, welche sie bekamen, bei sich trugen. Bis zur Grenze lachende Gesichter, dann abrupt diese Grabesstille. Zeitschriften, Romane, die Kataloge, die man gern zuhause Freunden und Bekannten zeigen möchte, werden versteckt.“ Dazu passt, dass ihnen die Mitnahme von Geld untersagt worden war, weshalb sie an der Grenze keinen Kontakt zu den Verwandten herstellen konnten, bei denen sie sich angesagt hatten. Konrad Löw

## Glaubwürdiger Kritiker der Gesellschaft

Bereits in seinen früheren Büchern trat der 1980 geborene Jurist, Buchautor und Zeitungskolumnist Milosz Matuschek als Sozialforscher in Erscheinung, beschäftigte sich jedoch mit unverfänglichen Themen wie der romantischen Liebe. Unterdessen hat er trotz blendender Aussichten einen Abruf von der vorgezeichneten Karriere gewagt, unterrichtet nicht mehr an der Pariser Sorbonne, sondern wählte die berufliche Selbstständigkeit.

Inzwischen ist Matuschek als Autor mit dem Titel „Generation Chillstand. Aufruf zum Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben“ ein glaubwürdiger Verkünder seiner Forderung „Weltverbesserung statt Selbstoptimierung“. Das Buch richtet sich an junge Menschen. An der Universität hatte er den Eindruck gewonnen, dass selbst der bestausgebildete, technikaffine akademische Nachwuchs verstanden und akzeptiert habe, in unserer Gesellschaft sei es riskant, sich nonkonform zu verhalten. Für ihn ist das ein „Verzweigungsprogramm“, das Innovation verhindert, anstatt sie zu fördern. Die Millenials, also die ab 1980 Geborenen, sollten sich dessen bewusst werden, dass wir gerade die Endphase einer Periode erleben, in welcher jeder Gewinner war, lautet einer der markigen Kernsätze des Buches. In der kommenden Phase des Umbruchs – gemeint ist das nahende Ende unseres angeschlagenen Geldsystems – werde ihnen eine wichtige Aufgabe zufallen, glaubt Matuschek.

Der zweite Teil seines Befunds zum Zustand unserer Gesellschaft beinhaltet die Botschaft, dass den

jungen Leuten dazu leider das wichtige Rüstzeug fehle. Das betreffe sogar alltagspraktisches Wissen über Steuern und Versicherungen. Man habe Schüler und Studenten zu angepassten, desinformierten Mitgliedern unserer Leistungsgesellschaft erzogen. Auch im Privatleben würden sie „gefakt“ durch ein überbordendes Angebot an flacher Unterhaltung im Internet. Wer daran Interesse habe? Eine internationale Elite aus Politik und Wirtschaft, die den Ton in unserer durchkapitalisierten, digitalisierten Lebenswelt angebe. Selbst der Journalismus habe sich dem Mainstream unterworfen.

Unser Gesellschaftssystem beschreibt er als ein Zusammenwirken von Staat, Geheimdiensten, Werbefirmen, Techkonzernen, Banken und Versicherungen. Wie im Feudalismus seien Macht, Geld und Wissen auf wenige Lobbygruppen verteilt. Die Basis, das Internet, sei ein durch und durch feudales Medium geworden. Mit ihrem angepassten Verhalten würden die jungen Menschen den Einfluss der Eliten laufend weiter festigen, mit dem Datenmeer, das sie zum Zeitvertreib erzeugen, die Machtgrundlage der Silicon-Valley-Konzerne erweitern. Matuschek erzählt

aber auch Geschichten von „Helden“, die gegen diese Vereinnahmung aufbegehren.

Es scheint, als habe er seinen Austritt aus der Wettbewerbsgesellschaft beschlossen. Die Risse im Gemäuer seien nicht mehr zu übersehen: trügerische Versprechungen durch Geldanlagen wie Lebensversicherungen und reelle Geldentwertung. Das Platzen der Blase sei keine Frage des „ob“, sondern des „wann“. Der Geist der neuen Zeit und des neuen Denkens sei längst aus der Flasche. Damit zielt er auf Alternativmedien, „alternatives Wissen“ sowie auf Alternativwährungen. An dieser Stelle dürfte sich jedoch ein größerer Teil der Leser abnabeln von seiner ansonsten bestechend arrangierten Argumentationskette. Dennoch überwiegt schlussendlich der Eindruck, dass man selten einen so gewitzten und brillanten Aufruf zum Aufbruch zwischen zwei Buchdeckeln in Händen gehalten hat.

Dagmar Jestrzemska



**Milosz Matuschek:** „Generation Chillstand. Aufruf zum Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben“, dtv Verlag, München 2018, broschiert, 256 Seiten, 14,50 Euro

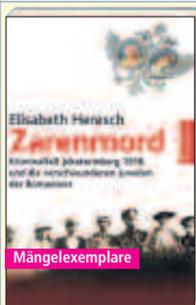


Rico Nestmann  
**Kraniche**  
Graue Tänzer an Bodden und Meer  
Kraniche sind mit ihrer Größe, Anmut und Schönheit eindringliche Sinnbilder für die Kostbarkeit der Natur auf unserer Erde. Der Schutz der Kraniche bewahrt zugleich eine Vielzahl anderer Tier- und Pflanzenarten sowie die Reinheit von Wasser, Boden und Luft in den ausgedehnten Territorien dieser Vögel. Im Flug zwischen den Brut- und Überwinterungsgebieten überqueren die „Vögel des Glücks“ mehrere Länder und Rastplätze. Hier fressen und ruhen die Vögel zwischen den einzelnen Flugetappen. Mit dem vorliegenden Band wird die Faszination des Kranichzuges zwischen Bücherdeckeln lebendig. Mit ebenso einzigartigen wie eindrucksvollen Fotografien sowie kenntnisreichen Texten kann sich der Leser und Betrachter Auge in Auge mit den „Vögeln des Glücks“ sehen und eines der faszinierendsten Naturschauspiele Mitteleuropas hautnah erleben. Aber der Bildband ist vor allem auch eine wahre Schatzkammer ebenso schöner wie eindrucksvoller Kranichfotografien. 136 Seiten  
Nr. P A1078 Gebunden 19,95 €



L. Studenroth/W. Kraska  
**Meine Reise nach Masurien**  
Oma Lucie erzählt von ihren Kinder- und Jugendjahren in Ostpreußen 272 Seiten  
Nr. P 533177 16,95 €

Wenn Oma Lucie, eine über 90-jährige Ostpreußin, erzählt, erwachen augenblicklich Bilder aus längst vergangenen Tagen zu neuem buntem Leben. Rührend schöne Erinnerungen an ein Kinderparadies werden greifbar, aber genauso die Widersprüche des Erwachsenwerdens in einem totalitären Staat sowie die unbarmherzigen Grausamkeiten des Kriegsendes. Zusammen mit ihrem Neffen Wolfgang hat sie ihre Erinnerungen zu einer Art Reisebericht zusammengestellt. Die Reise führt zurück in ein untergegangenes Land, in dem die kleine Lucie zunächst eine traumhaft schöne Kindheit in Radostowen im Landkreis Ortelburg verlebte. Später siedelt die Familie in die Allensteiner Gegend um. Je erwachsener Lucie wird, umso mehr erkennt sie die harten Zwänge der Wirklichkeit, bis sie mit ihrer Familie Ostpreußen verlassen muss.



Elisabeth Heresch  
**Zarenmord**  
Kriminalfall Jekaterinburg 1918 und die verschwundenen Juwelen der Romanows  
256 Seiten/Gebunden  
Nr. P A1159 9,99 €

Beinahe ein Jahrhundert hat es gedauert, bis die letzten Rätsel um das Verbrechen an Zar Nikolaus II. und seiner Familie endgültig gelöst werden könnten. Die Russlandexperte Dr. Elisabeth Heresch rollt den spannenden „Kriminalfall Jekaterinburg“ in seiner Tragik und Reichweite noch einmal auf. Sie beschreibt die letzten Monate der Zarenfamilie unter Arrest in Tobolsk und Jekaterinburg, die zaghaften Rettungsversuche des deutschen Kaiserhauses, die Verweigerung des Exils durch das englische Königshaus – immerhin direkte Verwandte der Zarenfamilie – und die Bluttat selbst aus der Erinnerung der Mörder. Sie schildert die detektivische Suche nach ersten Indizien, Zeugenaussagen und Hinweisen auf die Grabstellen von 1918/19 und die abenteuerlichen Umstände der Funde von 1979/91 und 2007, die das perfide Versteckspiel der Mörder beendeten.



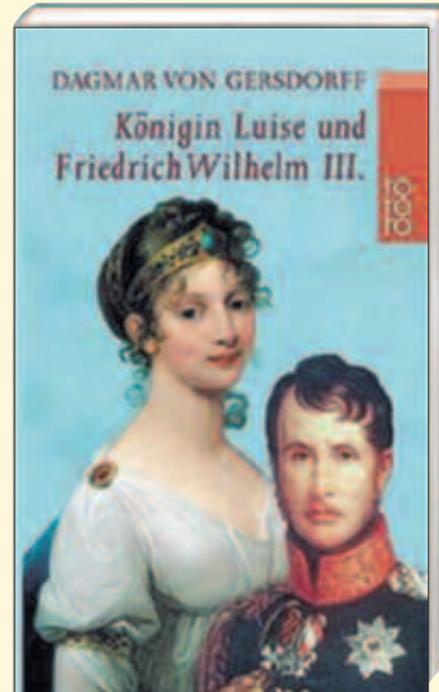
Georg-Jescow von Puttkamer  
**Zwei Eichen und zwei Linden**  
Die Puttkamer: Die Geschichte einer deutschen Adelsfamilie  
Deutsche Geschichte als Familienportrait – Über 700 Jahre lang waren die Puttkamer eine der führenden Familien des sogenannten „ostelbischen Grundbesitzeradels“, mit mehr als 300 landwirtschaftlichen Gütern in Hinterpommern. Aber wieso soll das heute noch von Interesse sein? Diese Familiengeschichte schildert die Schicksale, Leistungen und die schwarzen Flecken einer Familie, die untrennbar mit der preußischen und deutschen Geschichte verbunden ist. So war die Ehefrau Otto von Bismarcks eine geborene von Puttkamer. Und von verwegenen Raubrittern und mondänen Künstlergestalten, über Abenteurer und Auswanderer bis hin zum Berliner Polizeipräsidenten und dem Kommandanten der gefürchteten „Puttkamer-Husaren“ führt uns diese unterhaltsam geschriebene Geschichte die unterschiedlichsten Figuren und ihre zeitgeschichtliche Ambivalenz vor Augen, zwischen Glamour und Rückständigkeit, zwischen Glanz und Grauen. 288 Seiten.  
Nr. A1307 Gebunden 24,00 €



Simon Sebag Montefiore  
**Die Romanows**  
Glanz und Untergang der Zaren-Dynastie 1613–1918  
Der Bestseller-Autor und Russland-Experte, schildert in seiner ebenso spannenden wie unterhaltsamen Biographie „Die Romanows: Glanz und Untergang der Zarendynastie 1613–1918“ die sagenumwobene Dynastie, die Russland bis heute prägt. Wie kein anderes Adelsgeschlecht sind die Romanows der Inbegriff von schillerndem Prunk, Macht, Dekadenz und Grausamkeit. Über 300 Jahre dominierten sie das russische Reich, mehr als 20 Zaren und Zarinnen gingen aus dem Geschlecht hervor, allesamt getrieben von unbändigem Machtgier und rücksichtslosem Willen zu herrschen – einige dem Wahnsinn näher als dem Genie. Simon Sebag Montefiore erzählt die Saga dieser unglaublichen Familie, in der Rivalität, Giftmorde und sexuelle Exzesse regelrecht auf der Tagesordnung standen. Basierend auf neuester Forschung und unbekanntem Archivmaterial zeichnet er die Schicksale und politischen Verwicklungen nach. Mit zahlreichen Abbildungen, prächtige Ausstattung. 1040 Seiten.  
Nr. P A1306 Taschenbuch 22,00 €



Christoph von Weitzel (Bariton)/Ulrich Pakusch (Klavier)  
**Schläft ein Lied in allen Dingen – Die schönsten Dt. Volkslieder**  
Lieder: Ännchen von Tharau; Der Mond ist aufgegangen; Guter Mond, du gehst so stille; Wenn ich ein Vöglein wär, Kein schöner Land; Wem Gott will rechte Gunst erweisen; Geh aus mein Herz; Weißt du wieviel Sternlein stehen; Der schöne Tag bricht an; Das bucklige Männlein; Der Lindenbaum; Schneiders Höllenfahrt; In einem kühlen Grunde; Abschied vom Walde; Es ist ein Schnitter; Bist du bei mir u.v.m. Laufzeit: 63 Min.  
Nr. P A0737 CD 12,95 €



Dagmar von Gersdorff  
**Königin Luise und Friedrich Wilhelm III.**  
Luise und Friedrich Wilhelm III. lernten sich 1793 kennen; er stocksteif, gehemmt und ungeliebt von den Eltern – sie dagegen vernünftig, leichtfüßig und verwöhnt. Mit zehn Kindern sollte die Ehe dieses Herrscherpaars gesegnet sein, das in einer Liebesheirat zusammengekommen hatte. Die Literatur- und Kunsthistorikerin Dagmar von Gersdorff entblättert eine der wohl erstaunlichsten Ehen des deutschen Monarchismus. 208 Seiten  
Nr. P A1305 Taschenbuch 9,99 €



Ingrid Hantke  
**Die schönsten Dorfgeschichten**  
50 Lebenserinnerungen aus alter Zeit 384 Seiten  
Nr. P A1310 Geb. 6,95 €

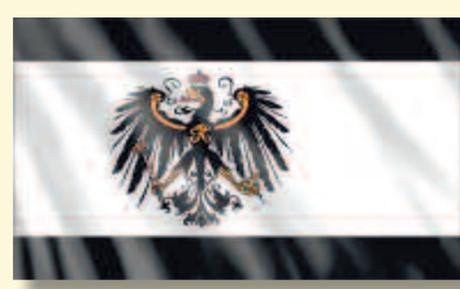
Wenn Menschen vom Land aus ihrer Jugend und von ihrem Leben erzählen, haben sie oft viel zu berichten, von dem die Städter meist gar nichts mehr wissen. So dienen diese authentischen Erinnerungen aus ganz Deutschland als Gedächtnisstütze für die einen („Ja, so war es.“) und als lebendiges Geschichtsbuch für die anderen („Das habt ihr alles erlebt?“). Aus über 1.000 Zeitzeugenberichten wurden für diesen Band die 50 schönsten und interessantesten Berichte aus 50 Jahren (1920–1970) ausgewählt. Erzählt wird vom Leben auf dem Land, von harter Arbeit auf Feld und Hof, der Kirmes mit Tanz und Frohsinn, die einmal im Jahr mit Sehnsucht erwartet wurde, von den Kindern, den Tieren, der Ernte und vielem mehr.



**Kühlschranks magnet und Flaschenöffner mit Wappen des Königreiches Preußen**  
Größe: 4,5 cm Breite und 7 cm Höhe  
Nr. P A1303 Kühlschranks magnet mit Flaschenöffner 4,95 €



**Kühlschranks magnet und Flaschenöffner mit Elchschaukelmotiv der Landsmannschaft Ostpreußen**  
Größe: 7 cm Breite und 4,5 cm Höhe  
Nr. P A1274 Kühlschranks magnet mit Flaschenöffner 4,95 €



**Fahne Königreich Preußen**  
Die Fahne ist bedingt wetterfest.  
Format 150 cm x 90 cm  
Nr. P 9981 Fahne 12,50 €



**Landmannschaftsfahne Ostpreußen mit Elchschaukel-Wappen**  
Die Fahne ist bedingt wetterfest.  
Format 150 cm x 90 cm  
Nr. P 9905 Fahne 12,50 €



**Kühlschranks magnet und Flaschenöffner mit Ostpreußenwappen**  
Größe: 7 cm Breite und 4,5 cm Höhe  
Nr. P A1276 Kühlschranks magnet mit Flaschenöffner 4,95 €



**Kühlschranks magnet und Flaschenöffner mit einer Abbildung der beliebten preußischen Königin Luise**  
Größe: 4,5 cm Breite und 7 cm Höhe  
Nr. P A1275 Kühlschranks magnet mit Flaschenöffner 4,95 €



**Fahne Pommern**  
Die Fahne ist bedingt wetterfest.  
Format 150 cm x 90 cm  
Nr. P 9955 Fahne 12,50 €



**Ostpreußenfahne mit Wappen Ostpreußen**  
Die Fahne ist bedingt wetterfest.  
Format 150 cm x 90 cm  
Nr. P 9907 Fahne 12,50 €



Maria Sibylla Merian  
**Klappkarten**  
Die liebevollen und detailgetreuen Naturmotive der Naturforscherin und Künstlerin Maria Sibylla Merian sind weltweit bekannt. Ihr Todestag jährt sich in diesem Jahr zum 300. Mal. Schon mit 11 Jahren war Maria Sibylla Merian in der Lage, Kupferstiche herzustellen; bald übertraf sie in dieser Technik ihren Lehrer und entwickelte einen persönlichen Malstil. Ihre Blumenbilder ergänzte sie nach dem Vorbild der Utrechter Malerschule mit kleinen Schmetterlingen und Käfern. In diesem Set finden Sie ihre schönsten Kunstwerke zusammen mit poetischen und ermutigenden Zitaten berühmter Persönlichkeiten. 8 Klappkarten sind in der Schachtel enthalten.  
Nr. P A1124 Klappkarten 7,95 €



**Leselupe mit Licht**  
(ohne Batterie)  
Hauptlinse mit 2-facher u. kleine Linse mit 6-facher Vergrößerung  
Nr. P A0445 11,95 €

**RAUTENBERG BUCHHANDLUNG**

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

**RAUTENBERG Buchhandlung**  
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG  
Beethovenstraße 5 B  
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12  
Telefax 09 31/ 46 58 89-29  
Email info@rautenberg-buch.de  
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00\*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei\* (\*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname ..... Name .....

Straße/Nr. .... Telefon .....

PLZ/Ort .....

Datum ..... Unterschrift .....

## MELDUNGEN

## US-Gericht weist Herero-Klage ab

**New York** – Ein US-Bundesgericht hat die Klage einer namibischen Gruppe auf Entschädigung durch Deutschland verworfen. Die Gruppe fordert Entschädigung von Berlin wegen des Herero-Krieges in Deutsch-Südwestafrika im Jahre 1904. Das US-Gericht berief sich bei der Ablehnung der Klage auf das Prinzip der Staatenimmunität. H.H.

## Bayern zahlen für Soros-Uni

**München** – Der Freistaat Bayern will Lehrstühle der vom US-Milliardär George Soros gegründeten „Zentraleuropäischen Universität“ in Budapest finanzieren. Dies gab der Spitzenkandidat der christdemokratischen EVP bei den EU-Wahlen, Manfred Weber (CSU), bekannt. Die Uni hatte im Dezember wegen Streits mit der ungarischen Regierung beschlossen, nach Wien umzuziehen. Weber will Ungarn zu einem Verbleib der Hochschule in Budapest bewegen. Andernfalls droht er mit dem Rauswurf von Ministerpräsident Viktor Orbáns Fidesz-Partei aus der EVP. H.H.

## ZUR PERSON

## Mit Berlins Hilfe in den Sattel

Bei der politischen Wachablösung scheint sich Venezuelas Opposition an einen Strohhalme zu klammern: an Deutschland. Nach dem massiven Stromausfall bat der selbsternannte Übergangspräsident **Juan Guaidó** die Deutschen um technische Hilfe und Beratung.

Auf einen anderen deutschen Beistand muss Guaidó jetzt verzichten: auf den Botschafter Daniel Martin Kriener. Dieser wurde vom Maduro-Regime zur „Persona non grata“ erklärt und musste das Land verlassen, weil er den 35-jährigen Guaidó nach einer Auslandsreise persönlich vom Flughafen in Caracas abgeholt hatte, um zu verhindern, dass dieser bei seiner Rückkehr festgenommen wird (siehe Seite 8).

Anders als der gewählte Carles Puigdemont, der als Präsident eines unabhängigen Kataloniens von den Deutschen nicht anerkannt wurde, steht der nicht gewählte Interimspräsident Guaidó aus westlicher Sicht auf der richtigen Seite. Der aus einer Mittelschichtfamilie stammende Wirtschaftsingenieur organisierte schon als Student Massenproteste gegen den damaligen kommunistischen Machthaber Hugo Chávez. Zudem strahlte er das jugendliche Flair eines Barack Obama aus, dessen Präsidentschaft er hautnah während eines Studiums in der US-Hauptstadt Washington erlebte.

Seit dem 5. Januar ist er Präsident der Nationalversammlung. Das Amt konnte er nur antreten, weil seine mitte-links orientierte Partei Voluntad Popular (VP, Volkswille) turnusgemäß einen Präsidenten der Oppositionsparteien aufstellen konnte. Da der Chef der VP, Leopoldo López, unter Hausarrest stand, einigte man sich auf Guaidó, der sich einen Monat später zum Interimspräsidenten Venezuelas erklärte und seitdem dem gewählten sozialistischen Staatspräsidenten Nicolás Maduro die Stirn bietet. Wie lange noch, hängt wohl auch von der politischen Einnischung aus Deutschland ab. H. Tews



Wann verliert Miss May die Fassung?

## Kopfstehen

Wie der CDU so etwas auch mal passiert, wem sich Armin Laschet verantwortlich fühlt, und wie wir bei der Stange bleiben / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

D ass denen das auch mal passiert! In der AfD-Führung werden sie sich die Hände gerieben haben nach der denkwürdigen Einlassung von CDU/CSU-Fraktionschef Ralph Brinkhaus. Ob im Jahre 2030 auch ein Moslem für die CDU Bundeskanzler werden könne, wollte die Nachrichtenagentur „Idea“ von Brinkhaus wissen, und der antwortete: „Warum nicht, wenn er ein guter Politiker ist und er unsere Werte und politischen Ansichten vertritt.“

„Beim besten Willen, ich kann nicht glauben, dass Ralph Brinkhaus das gesagt hat – nein, das glaube ich nicht“, stöhnte Mecklenburg-Vorpommerns CDU-Chef Vincent Kokert in der „Bild“-Zeitung auf. Nur der ganz, ganz linke Flügel der Union findet den Brinkhaus-Spruch zumindest in Ordnung.

Echte Freude aber kam nur bei den AfDlern auf. Denn normalerweise ist es deren Schicksal, was der Union hier gerade passiert ist. Nämlich, dass irgendeine Partei- Repräsentant mit einer Formulierung aus der Kulisse platzt, die ausschließlich dem Gegner nützt und für den eigenen Laden rein gar nichts einbringt.

Nun gut, er soll also „unsere Werte“ vertreten, dann darf er auch christdemokratischer Kanzler werden. Was aber meint Brinkhaus mit „unsere Werten“? Wir haben erfahren, dass das Bundeskriminalamt seit 2014 mehr als 7000 Hinweise auf mögliche Kriegsverbrecher unter Asylsuchenden erhalten hat und denen so gut wie gar nicht nachgegangen ist – während Kanzlerin Merkel unverdrossen ihr „freundliches Gesicht“ zeigte und jedermann als „Rassist“, „Brandstifter“ oder Schlimmeres tituliert wurde, der die Gefahr auch nur zu ahnen meinte. Welche „Werte“ sind es, die man dadurch vertritt, dass man einem Dschihadisten-Heer die Tore öffnet?

Und was heißt hier, den Hinweisen nicht nachgegangen. Wenn das alles wäre! Wie es scheint, hielten einflussreiche Kreise ihre Hand sogar schützend über Anis Amri, weshalb dessen Ausweisung trotz bekannter Gefährlichkeit immer wieder verteidelt wurde, bis er ein Dutzend

Menschen tötete. Angeblich gab es bürokratische Hürden. Ja, ja, die Mühlen der Bürokratie mahlen eben langsam, oder? Nach dem Massenmord umkerkt wird. Für eine derart feiste Lüge würde einen jeder vernünftige katholische Priester aus dem Beichtstuhl prügeln!

Kalben setzte gleich noch einen drauf und erklärte, es gebe ja auch Frauen, die den Nikab „freiwillig“ mit ihrem verstorbenen Gebieter in dessen Gruft einmauern ließen. Deren Sache! In des, sollte sich die Frau dafür entscheiden, „nur“ Hausfrau und Mutter zu sein, muss sie natürlich an ihrem „antiquierten, frauenfeindlichen Rollenverständnis“ arbeiten, denn so was geht gar nicht.

Was waren das für Zeiten, als Frauen auf die Straße gingen gegen einengende Kleidervorschriften, die ihnen als „züchtig“ angeedient worden waren. 50 Jahre später steigt jene Partei, die sich für die Krone des Feminismus hält, als Kämpferin für das „Recht“ auf Vollverschleierung in den Ring.

Weise Zungen behaupten, dass auf das totale Chaos die totale Ordnung folgt. In dieser Logik folgt der totalen Emanzipation die totale Unterwerfung. Wer es übertreibt, landet bei seinem eigenen Gegenteil.

So ist das linke Lager dazu verdammt, sich selbst den Hals umzudrehen, nicht nur bei den Grünen. Haben Sie es mitbekommen? Sahra Wagenknecht hat sich aus ihrer Sammlungsbewegung „Aufstehen“ davongemacht. Und zwar heimlich durch die Hintertür: Der parteilose Bundestagsabgeordnete Marco Bülow (früher SPD), der dem Vorstand von „Aufstehen“ angehört, will von Wagenknechts Abgang aus der Zeitung erfahren haben. Bitter.

Was soll's. Angetreten war „Aufstehen“ mal mit einer blitzgescheiten Erkenntnis. „Linke“ Politik gibt ja vor, sich für die unteren Schichten ganz besonders einzu-

setzen. Was aber hat es dann mit „linker“ Politik zu tun, wenn man mittels Masseneinwanderung erst den Arbeitsmarkt und mittelfristig auch den Sozialstaat ruiniert? Genau diese Frage stellte sich Wagenknecht auch, heraus kam „Aufstehen“.

Dann jedoch eilten die Genossen herbei und zerpflückten die Kern-Idee nach Strich und Faden, bis nur noch irgendwas mit Hambacher Forst und „Gegen Rechts“ übrigblieb. Wer aber ist so bescheuert und will für diesen lauen Käse „aufstehen“? Lohndrücker und Sozialstaats-Zerstörer mit rotem Stern kommen genauso glaubwürdig daher wie die grünen Nikab- oder Burka-Emanzen: Beide sind nicht mal mehr als Karikatur ihrer einstigen Bedeutung zu gebrauchen.

Solange die Wahlergebnisse stimmen, muss das kein Beinbruch sein. Was aber geschieht, wenn Frauen, die sich emanzipiert dünken, bemerken, dass die Grünen ihnen in den Rücken fallen? Was, wenn Arbeiter erkennen, dass ihre vermeintlichen Vorkämpfer ihnen in Wahrheit den Boden wegziehen für ein menschenwürdiges Leben? Wenn also beide sehen, dass die vermeintlichen „Werte“ kopfstehen?

Nun, wenn den Leuten dämmert, dass man sie in die Falle gelockt hat, muss man ihnen den Rückweg abschneiden, damit sie nicht ausbüxen. Heißt hier: Man muss verhindern, dass die Betrogenen irgendwo anders hinlaufen, damit sie stattdessen aus lauter Alternativlosigkeit bei der morschen Stange bleiben.

Das geht nur mit Propaganda, Propaganda und noch mehr Propaganda. Niemand schafft es heutzutage mehr als eine Stunde lang durchs Fernsehprogramm, ohne ins Netz politischer Belehrung zu geraten. Spätestens beim Wegzappen vom Werbeblock kriegen sie Dich in irgendeinem Kanal zu fassen! Neulich überfiel mich Serdar Somuncu ohne Vorwarnung nach einem Vampirfilm auf Tele 5! Faselte von „Nazis“ und den „dummen Menschen im Osten“. Selten sowas Plattes und Ordinäres gehört. Doch wenn die Not groß ist, kratzt man halt jeden Dreck zusammen. Es geht schließlich um „unsere Werte“.

## MEINUNGEN

**Horst Teltschik**, wichtigster außenpolitischer Berater von Helmut Kohl, erklärt im „Spiegel“ (9. März), warum Kohl auch heute eine **versöhnlichere Russlandpolitik** betriebe als Merkel:

„Die Einseitigkeit ist nicht zu übersehen. Stört uns, dass China die Uiguren unterdrückt? ... Oder nehmen Sie die Ermordung Ihres Kollegen Jamal Khashoggi durch die Saudis: Haben wir Sanktionen gegenüber Saudi-Arabien verhängt?“

**Malte Fischer** erklärt in der „Wirtschaftswoche“ (6. März) den **Euro nach 20 Jahren seines Bestehens für gescheitert**:

„Eine Währung muss sich bewähren und Dinge bewahren. Der Euro hat beides nicht getan. Er hat sich nicht bewährt, weil er ohne die milliarden schweren Rettungsaktionen der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Regierungen längst untergegangen wäre. Ein Tauschmittel auf der Intensivstation der Politik, dessen Überleben von fiskalisch-monetärer Dauerbeatmung abhängt, ist keine Währung, sondern eine Krankheit.“

**Der Südtiroler Deutschrockler Philipp Burger**, Kopf der Gruppe „Freiwild“, kommentiert auf Facebook (5. März) die Entscheidung einer Hamburger Kita, den Kindern **Indianerkostüme zu verbieten**, weil diese Verkleidung **„diskriminierend“** sei:

„Ich liebe Deutschland, keine Frage. Ich liebe seine meist lieben und netten Menschen, seinen Fleiß, seine Kultur, seine Lieder und auch seine zumeist ehrlich gemeinte Offenheit. Was ich aber heute sagen kann, Deutschland ist mit riesigem Abstand auf dem allerbesten Weg, das mit Abstand dümmste Land der Welt zu werden.“

**Der Politologe Jürgen Falter** warnt in der „Heilbronner Stimme“ (7. März) vor den **verheerenden Wirkungen der „Politischen Korrektheit“**:

„Am schlimmsten ... sind die sich ausbreitenden Versuche, auch in Universitäten Denk- und Sprechverbote zu erlassen. Früher kam das einmal von rechts, von den Nationalsozialisten, heute kommt es eher von links und links-alternativ ... Hier sind vor allem die geisteswissenschaftlichen Fachbereiche mancher US-Universität ein abschreckendes Beispiel. Und dass an deutschen Universitäten ... die Lektüre von Kant bekämpft wird, des bedeutendsten Denkers, den Deutschland jemals hervorgebracht hat, weil er ein alter weißer Mann sei ... ist erschreckend.“

**7000 Hinweise auf mögliche Kriegsverbrecher, aber nur 129 Ermittlungen** – **Rainer Zitelmann** blickt im Magazin „The European“ (8. März) auf das **Versagen des Rechtsstaats seit 2015/16**:

„Angela Merkel ließ Millionen Flüchtlinge ins Land mit der Begründung ‚Wir schaffen das‘. Dass das nicht stimmte, hat sich inzwischen vielfach erwiesen ... Das aktuelle Beispiel der unbearbeiteten Hinweise auf Kriegsverbrecher zeigt schlaglichtartig das Versagen des Rechtsstaats: Was würde man denn sagen, wenn es mehrere tausend Hinweise auf andere schwere Delikte gäbe – Mord, Totschlag, Vergewaltigung – und die Behörden gingen diesen Hinweisen einfach nicht nach. Begründung: ‚Es sind zu viele.‘“